

# Die Logik der sowjetischen Organisationsgesellschaft

---

Die Sowjetunion lässt sich als umfassender Versuch beobachten, eine beträchtliche Region innerhalb der modernen Weltgesellschaft abzugrenzen, indem die gesellschaftlichen Strukturen im sowjetischen Teil der Welt an marxistisch-leninistischen Prinzipien ausgerichtet und die Verbindungen mit der ›kapitalistischen‹ Umwelt unterbrochen werden sollten. Aus systemtheoretischer Perspektive wurde wiederholt darauf hingewiesen, dass ein entscheidender Grund für den Zusammenbruch der sowjetischen Gesellschaftsordnung gerade in ihrem scharfen Kontrast zur modernen Weltgesellschaft lag (vgl. z.B. Hayoz 1997; Luhmann 1997: 809f, 2000a: 384f; Willke 2005: 46ff). Ungeachtet des letztlich Scheiterns des sowjetischen Versuchs war es jedoch gelungen, über rund 70 Jahre eigene und aus westlicher Perspektive hochgradig intransparente Strukturen zu etablieren und zu reproduzieren, die im sogenannten postsowjetischen Raum auch mehr als 20 Jahre nach dem Zusammenbruch des Regimes noch deutlich erkennbare Spuren hinterlassen haben und nach wie vor Bindungskraft entfalten. Um zu verstehen, welche gesellschaftlichen Strukturen in den ehemals sowjetischen Staaten im Transformationskontext entstehen, ist es wichtig, zunächst die Logiken dieser sowjetischen Variante gesellschaftlicher Differenzierung nachzuvollziehen – denn letztlich gilt: Die neue Ordnung wird nicht *auf*, sondern *mit den Ruinen* des Kommunismus errichtet (Stark 1996: 995). Der Konstruktionsweise des Gebäudes, auf das die bis in die Gegenwart verbliebenen ›Ruinen‹ verweisen, möchte ich mich im folgenden ersten Teil dieser Studie schrittweise widmen.

Als Beschreibungs- und Beobachtungskategorien bietet sich dabei das systemtheoretische Instrumentarium an, insbesondere die Logik von und Beziehungen zwischen Funktionssystemen und Organisationen. Dies gilt ungeachtet der betont betriebenen hermetischen Abgrenzung der Sowjetunion gegenüber dem Rest der (nicht-sozialistischen) Welt und den daraus resultierenden unbestreitbaren strukturellen Diskrepanzen zwischen ›Ost‹ und ›West‹. Gerade die spezifischen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion in der Sowjetunion lassen sich auf diese Weise

nicht nur sichtbar machen, sondern trotz ihrer Fremdheit und scheinbaren Widersprüchlichkeit als Variation innerhalb und damit Teil der Weltgesellschaft greifbar machen. Diese Sichtweise steht quer zu einer in weiten Teilen der Transformationsforschung eingeübten Perspektive, die die Sowjetunion implizit in Opposition zur modernen Gesellschaft als theoretisch kaum greifbaren Sonderfall mit einer grundsätzlich distinkten Logik einordnet: »Wir richten den Blick immer gleich auf unterschiedliche Gesellschaftsformen und übersehen dabei, daß auch der Sozialismus nicht die Gesellschaft, sondern nur das Verhältnis von Organisation und Gesellschaft variiert hat« (Baecker 1998 [1997]-b: 108). Oder im Sinne Pollacks (2003: 11): Eine eigene Theorie des Staatssozialismus führt notwendigerweise in eine analytische Sackgasse, denn »[w]er lediglich *eine* Gesellschaft studiert, versteht keine«. Ein solches gesellschaftstheoretisches Aufschließen sowjetischer Idiosynkrasien verspricht insbesondere in zwei Richtungen Anschlussfähigkeit: Empirisch bereitet es den Boden für die Beschreibung der postsowjetischen Transformationsgesellschaft (ebenfalls) als Teil der Weltgesellschaft, theoretisch eröffnet es Anknüpfungs- und Reibungspunkte für soziologische Theoriebildung und -weiterentwicklung.<sup>1</sup>

Um nun einerseits ein hinreichend allgemeines Bild der sowjetischen Variante gesellschaftlicher Differenzierung zu zeichnen, andererseits aber den Fluchtpunkt meiner eigenen empirischen Analyse der postsowjetischen Transformationsgesellschaft nicht aus den Augen zu verlieren, argumentiere ich im Folgenden in drei Schritten, die sich auf den ländlichen Raum und das sowjetische Dorf hin konkretisieren: Im ersten Schritt werden die ideologischen Prämissen des Sozialismus und der daraus resultierende umfassende Interventionsanspruch mit systemtheoretischen Kategorien beschrieben und eingeordnet. Der zweite Argumentationsschritt fokussiert die Form der Umsetzung des sozialistischen Gesellschaftsprogramms in der Sowjetunion, die letztlich darin bestand, die Gesellschaft möglichst umfassend in organisierte Strukturen zu überführen. Im dritten Schritt ziehe ich schließlich ausgewählte Strukturmerkmale des sowjetischen Dorfes und der sowjetischen Landwirtschaft heran, um mit Blick auf konkrete gesellschaftliche Operationen eine Reihe von Widersprüchlichkeiten innerhalb des Regimes deutlich zu machen, die wiederum exemplarisch instruktiv für das Gesamtphänomen der sowjetischen Organisationsgesellschaft sind.

---

1 In ähnlicher Weise fordert Pollack (2003: 10f) für die DDR-Forschung eine stärkere Orientierung an soziologischen Theorien, womit sie ihre gleich mehrfache Entkopplung von der Osteuropaforschung, aber auch von historischen, politikwissenschaftlichen und soziologischen Debatten überwinden könne.

## SOZIALISMUS ALS PROGRAMM UND DAS PROGRAMM DES SOZIALISMUS

Wenn die deutschsprachige Soziologie und Sozialgeschichte sozialistische Gesellschaftsordnungen behandelt, steht meist die DDR im Fokus. Dabei schwingt der Begriff der Entdifferenzierung mal leise mit, mal wird er prominent gestellt um zu erörtern, ob es sich bei der DDR um eine moderne Gesellschaft handelte.<sup>2</sup> Trotz seiner augenscheinlich zentralen Stellung in den Diskussionen und Kontroversen, die sich an ihm entzünden (und auf die ich, da sie sich ausschließlich um den Gegenstand der DDR drehen, an dieser Stelle nicht näher eingehen möchte), bleibt der Begriff der Entdifferenzierung jedoch überraschend unscharf:<sup>3</sup> Die Verwendung ist entweder schwammig, theoretisch inkohärent oder übermäßig simplifizierend. *Schwammig* ist sie, weil üblicherweise weder der theoretische Rahmen noch die Differenzierungsform, die im jeweiligen Fall den Abstoßpunkt von Entdifferenzierung bilden, geklärt werden. *Inkohärent* ist sie etwa wenn system- und akteurstheoretische Aspekte vermischt und aufeinander bezogen werden. Und übermäßig *simplifizierend* ist sie, weil die Begriffsklärung meist mit der Gleichsetzung von Entdifferenzierung und fehlender Differenzierung endet und die Frage nach zugrundeliegenden Mechanismen ebenso ausgeblendet bleibt wie die Unterscheidung von Interaktion, Organisation und Funktionssystemen als Ebenen sozialer Systembildung. Die Operationalisierung erfolgt in solchen Fällen meist eindimensional über die Frage, inwieweit beispielsweise in der DDR Parteizugehörigkeit in professionellen Rekrutierungsverfahren eine Rolle gespielt hat – was zweifellos ein relevanter Aspekt ist, das Phänomen jedoch nicht in umfassender Weise erfasst (die genannten Argumente betreffen in unterschiedlichem Maße z.B. Ettrich 2003; Gebauer 2003; Meuschel 1992, 1993; Pollack 1990, 1998, 2000; für die UdSSR: Hayoz 1995, 1997).

Zwar geht es im Folgenden nicht um die DDR, sondern um Russland respektive das Staategebilde der Sowjetunion, weshalb bei vorschnellen Gleichsetzungen und Analogieschlüssen Vorsicht geboten ist. Ungeachtet der zum Teil erheblichen strukturellen Diskrepanzen verschiedener sozialistischer Staaten erscheint mir die

- 
- 2 In Analysen der sozialistischen Regime und postsozialistischen Transformationsprozesse in Osteuropa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion kommt der Begriff der Entdifferenzierung hingegen interessanterweise faktisch nicht vor – und dies gilt sowohl für deutschsprachige als auch für nicht-deutschsprachige Autorinnen und Autoren, zu den Ausnahmen gehören die Arbeiten von Hayoz (1995, 1997).
  - 3 Die mangelnde theoretische Konturiertheit und den fehlenden Blick für das Auflösungsvermögen systemtheoretischer Begrifflichkeiten sieht Nassehi (2012) als ein generelles Problem in der Rezeption der Luhmannschen Systemtheorie in der Soziologie.

Annahme einer Familienähnlichkeit sozialistischer Regime jedoch plausibel (vgl. für diese Sichtweise z.B. Kornai 2000; Verdery 1996: 19f) und auch ich nehme vor diesem Hintergrund den Begriff der Entdifferenzierung als Ausgangspunkt meiner Beschreibung, die mit einer Begriffsklärung beginnt. Mit Luhmann erschließt sich gesellschaftliche Entdifferenzierung im Kontext der modernen, d.h. funktional differenzierten Gesellschaft über Codes und Programme. Eine solche theoretische Grundlage erlaubt es, Sozialismus (wie er in der Sowjetunion umgesetzt wurde) als Programm zu kategorisieren, das sich durch seinen universellen Geltungsanspruch von den Programmen einzelner gesellschaftlicher Funktionssysteme unterscheidet. Im Anschluss daran lässt sich nachzeichnen, auf welche Weise im sowjetischen Regime Programmelemente aus ideologischen Prinzipien abgeleitet und in konkrete gesellschaftliche Interventionsansprüche transformiert wurden.

### **Theoretische Vorüberlegungen: Code, Programm und Entdifferenzierung**

In den Funktionssystemen der modernen Gesellschaft kommen Programme potenziell auf zwei Ebenen vor: Auf der Codeebene ergänzen sie den funktionssystemspezifischen Code und auf der Inhaltsebene beeinflussen sie die Frage, auf welche Objekte sich die Kommunikation beziehen kann oder soll. Die Logik der *Codeebene* erschließt sich über den Differenzierungs- und Abgrenzungsmodus von Funktionssystemen gegenüber ihrer (innergesellschaftlichen) Umwelt: Funktionssysteme entwickeln dazu systemspezifische Kommunikationsformen, die häufig, wenn auch nicht zwingend die Form binärer Codes annehmen (also beispielsweise Zahlung|Nicht-Zahlung im Wirtschaftssystem, wahr|unwahr in der Wissenschaft, Recht|Unrecht im Rechtssystem). Programme übernehmen in diesem Kontext die Aufgabe, Regeln und Kriterien für die Zuweisung der Codewerte zu konkreten Operationen festzulegen (Luhmann 1997: 362ff u. 750, 2008 [1986]: 59f). Sie stellen damit notwendige Ergänzungen der Binärcodes dar, die als solche »zunächst nur hochabstrakte Schematismen [sind], die gegeneinander differenziert sind, aber damit noch nicht begrifflich machen, wie die Operationen der Gesellschaft tatsächlich reguliert werden« (Luhmann 2008 [1986]: 59). Mit anderen Worten: Die Frage, unter welchen Umständen eine Aussage als (wissenschaftlich) wahr gilt oder eine Operation als (rechtlich) unrecht erachtet wird, kann durch den Code allein nicht geklärt werden. Programme sind folglich stets codespezifisch und können nicht zwischen verschiedenen symbolisch generalisierten Kommunikationsmedien fluktuieren (Beispiele sind Theorien und Methoden für das Medium der Wahrheit oder Gesetze für das Medium des Rechts, vgl. Luhmann 1997: 377). Während der Code nicht geändert werden kann, ohne gleichzeitig die Identität des Systems zu ändern, führen Programme die Möglichkeit der Variabilität in das System ein: »[W]ährend

die Codes Einfachheit und Invarianz erreichen, wird ihr Programmbereich, gleichsam als Supplement dazu, mit Komplexität und Veränderlichkeit aufgeladen« (Luhmann 1997: 362). Programme erlauben den Funktionssystemen, das Spektrum möglicher Umweltbezüge, das durch den Code zunächst begrenzt wird, auszuweiten und auf diese Weise ihre Anpassungs- und Lernfähigkeit zu steigern, ohne die eigene Identität zu verlieren (Luhmann 1997: 364f, 2008 [1986]: 60).

Zusätzlich zur Codeebene können Programme auch auf der *Inhaltsebene* auftreten. Dort regulieren sie, was als Objekt bestimmter Kommunikationen in Frage kommt, also worauf der systemspezifische Code potenziell angewendet werden kann. Auf diese Weise kann über das Programm zunächst Ausgeschlossenes wieder in das System eingeschlossen werden, wie Luhmann anhand des Kunstsystems illustriert: »Ein Kunstwerk muß dem eigenen Code stimmig/unstimmig oder, traditionell gesprochen: schön/häßlich genügen. Aber in der Wahl des *sujets* kann man ›politisieren‹ oder auf Verkaufsmöglichkeiten achten« (Luhmann 1997: 378). Im Unterschied zur Codeebene, auf der Programme notwendige Ergänzungen des systemspezifischen Codes darstellen und für das Verständnis der Logik des Funktionssystems essentiell sind (Luhmann 2008 [1986]: 59f), sind Programme auf der Inhaltsebene optional. Das Kunstsystem – um beim Beispiel zu bleiben – operiert und reproduziert sich unabhängig davon, ob seine *Sujets* aufgrund entsprechender Inhaltsprogramme ›politisiert‹, ›ökonomisiert‹ oder nach anderen Kriterien ausgewählt werden. Relevant für seine Funktionsfähigkeit und Schließung gegenüber der Umwelt ist allein, dass die Codeebene davon unberührt bleibt und hier Anschlussmöglichkeiten für weitere systemspezifische Kommunikationen generiert werden.

Darüber hinaus unterscheiden sich die beiden Programmebenen in ihrem Umgang mit Umweltkomplexität: Kriterien für die Zuweisung von Codewerten sind üblicherweise selbstreferentiell. Taucht dabei dennoch Fremdreferenz auf, muss sie in systemeigene Operationen überführt werden und latent bleiben – also als Selbstreferenz getarnt werden – um Teil des Programms sein zu können. Beispielsweise wird in der Wissenschaft der wissenschaftliche Wert einer Aussage untergraben, wenn bei ihrer Qualifikation als ›wahr‹ explizit auf die gegenwärtigen politischen Machtverhältnisse verwiesen wird. Stattdessen müssen es die (wissenschaftsintern konstituierten) Theorien und Methoden übernehmen, geeignete Kriterien für die Zuweisung der beiden Seiten des Wahrheitscodes zu formulieren – auch wenn dabei faktisch politische Überlegungen eine wesentliche Rolle spielen (vgl. zu diesem Beispiel Kneer/Nassehi 2000: 133f).

Diese Latenzanforderung an Fremdreferenz gilt hingegen nicht für die Inhaltsebene des Programms: Ausgeschlossenes kann hier wieder eingeschlossen und dieser Prozess kann auch als solcher gekennzeichnet werden. Beispielsweise steht der wissenschaftliche Wert eines Forschungsprojekts nicht notwendigerweise deshalb in Frage, weil das Projekt unter Verweis auf seine Finanzierbarkeit oder seine poli-

tische Bedeutung gerechtfertigt wird. Probleme für die wissenschaftliche Kommunikation entstehen allerdings, sobald nur diejenigen Ergebnisse und Aussagen als wahr akzeptiert werden, die politisch erwünscht oder ökonomisch nützlich sind. An diesem Punkt wird der Übergang zur *Entdifferenzierung* deutlich: Entdifferenzierung liegt vor, wenn Fremdreferenz auf die Codeebene eines Funktionssystems durchdringt, wenn also die Kriterien für die Vergabe der Codewerte nicht mehr aus dem System selbst heraus entstehen, sondern in seiner Umwelt festgelegt werden. Die systemspezifische Kommunikation wird aus der Umwelt heraus okkupiert und die Codewerte – selbst wenn sie semantisch weiterhin Bestand haben – werden unterminiert.

Systemtheoretische Darstellungen haben darauf hingewiesen, dass Programme in Organisationen expliziert werden und damit dort besonders deutlich zum Vorschein kommen. Organisationen übernehmen es auch, Sequenzen für den Umgang mit Codes und Kommunikation einzurichten, den Umgang mit diesen Sequenzen in der Gesellschaft zu beobachten (also Erfolg oder Misserfolg festzustellen), daraus zu lernen und gegebenenfalls über Änderungen zu entscheiden (Baecker 2006: 123). Letztlich zielt die einsetzende Organisation dabei darauf, die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit oder zumindest einzelne Funktionssysteme im Hinblick auf bestimmte Vorstellungen zu gestalten und so die Kontingenz der weiteren Entwicklung einzuschränken (Baecker 2006: 125). Ein möglicher Effekt der Implementierung von Programmen, deren Geltungsbereich in der Regel räumlich, sachlich oder sozial begrenzt ist, besteht darin, regionale Unterschiede in der Weltgesellschaft zu verstärken oder sogar zu begründen. Durch das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Programme in einer der genannten Dimension lässt sich die Diffusion bestimmter Kommunikationen wie sie der Neoinstitutionalismus beobachtet (klassisch DiMaggio/Powell 1983) oder aus systemtheoretischer Perspektive das für die Genese der Weltgesellschaft konstitutive »Und-so-weiter« (Stichweh 1995: 36) verzögern, in ihrer Form ändern oder sogar ganz unterbrechen.<sup>4</sup>

---

4 In der »Und-so-weiter«-Hypothese setzt Stichweh (1995: 36) einzelne Interaktionen in Relation zum Horizont der Weltgesellschaft: »Die ›Und so weiter‹-Hypothese besagt, daß der für die Theorie der Weltgesellschaft entscheidende Sachverhalt nicht ist, daß die einzelne Interaktion enorme räumliche oder zeitliche Distanzen überspannt, daß es vielmehr darum geht, daß in jeder einzelnen Interaktion ein ›Und so weiter‹ anderer Kontakte der Teilnehmer präsent ist und dies die Möglichkeit weltweiter Verflechtungen eröffnet, eine Möglichkeit, die wiederum als Selektivitätsbewußtsein in der einzelnen Interaktion relevant wird und auf diese Weise in die Interaktionssteuerung eingreift.«

## **Sozialismus als Gesellschaftsprogramm: Ideologische Grundprinzipien**

Vor dem Hintergrund der skizzierten theoretischen Kategorien und als eine erste Annäherung lässt sich der Sozialismus in der Form, wie er in den Staaten der ehemaligen Sowjetunion als Grundprinzip gesellschaftlicher Ordnung etabliert wurde, als Programm begreifen. Als ein solches war er jedoch nicht auf ein einzelnes Funktionssystem begrenzt, sondern beanspruchte, die Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion *generell* entlang marxistisch-leninistischer Prinzipien auszurichten (Baecker 2006: 124; auch Koenen 2012: 83). Das ideologische Selbstverständnis des Sozialismus speist sich zu einem erheblichen Teil aus der Beobachtung – und Ablehnung – des Kapitalismus, die den Ausgangspunkt für das Gefühl der eigenen Überlegenheit bildet. Dabei werden die dem Kapitalismus zugeschriebenen Defizite und Ineffizienzen primär auf die zentralen Prinzipien Privateigentum, Wettbewerb und Markt zurückgeführt. Diese Prinzipien lassen sich, so die sozialistische Überzeugung, durch die Einführung einer planwirtschaftlichen Ordnung beseitigen (Kornai 1992: 50f), so dass auch die Defizite verschwinden.

Im Kern dieser Idee steht der Antagonismus von Arbeit und Kapital. In Anlehnung an Lockes Arbeitswertlehre wird Arbeit als der zentrale Faktor zur Erzeugung von Wohlstand und damit zur Überwindung der Differenz von arm und reich bzw. Haben und Nichthaben betrachtet (Luhmann 1988: 159f). Als die aus der Unterscheidung von Haben und Nichthaben ausgeschlossene Dritte (oder bei Luhmann als Parasit im Sinne von Serres) wird Arbeit in einer Gesellschaft mit Geldwirtschaft zur Möglichkeit, Eigentum zu erlangen, das sich aus kondensierten Positionen des Habens oder Nichthabens und damit als Erstcodierung von Knappheit ergibt (Luhmann 1988: 187f). Arbeit wird demnach durch die Differenz von Haben und Nichthaben respektive von Eigentum und Nichteigentum stimuliert (Luhmann 1988: 212).

Der Eigentumscode verweist unmittelbar auf Exklusion (Luhmann 1988: 189; auch Baecker 2006: 52f): Jeder ist im Hinblick auf alle eigentumsfähigen Güter entweder Eigentümer oder Nichteigentümer, eine dritte Möglichkeit – etwa beides gleichzeitig in Bezug auf ein und dasselbe Gut – ist nicht denkbar: »Jedes Eigentum des einen ist das Nichteigentum aller anderen« (Luhmann 1988: 189). Exklusion von der Nutzung eines Gutes – Nichteigentum – ist dabei jedoch theoriologisch und auch in der Praxis nicht gleichzusetzen mit Exklusion aus wirtschaftlicher Kommunikation. Die Inklusion in das Wirtschaftssystem erfolgt gerade nicht allein durch den positiven Codewert, sondern durch die Differenz beider Codewerte – und in diesem Sinne bietet Eigentum im Sinne von Nutzungsrechten und deren Verteilung

in der Gesellschaft einen ersten Anhaltspunkt, an dem sich Knappheitskommunikation »entzünden« kann<sup>5</sup> (Baecker 2006: 52; vgl. dazu auch Polanyi 1978 [1944]).

Letztlich ist hier auch der Grund für den evolutionär unwahrscheinlichen Fall zu suchen, dass die exkludierende Codierung von Knappheit in der Regel akzeptiert wird: Die aktuellen Nichteigentümer »akzeptieren ihren Ausschluss von bestimmtem Eigentum, weil das ihre Inklusion in die Wirtschaft bewirkt. Wirtschaft kann deshalb nur evolvieren, wenn für diese Form der Inklusion hinreichende Motive bereitgestellt werden können« (Luhmann 1988: 189). Diese Inklusionsmotive wiederum ergeben sich aus der Zweitcodierung von Knappheit durch Geld und Zahlungen, d.h. der Güterknappheit wird die Knappheit des Geldes gegenübergestellt und die Knappheit wird auf diese Weise selbst codiert (Luhmann 1988: 197):

»Während Eigentum noch uninteressant sein kann – was soll ich mit einem Garten mit zwanzig Apfelbäumen –, wird durch das Medium Geld sowohl Knappheit als auch Interesse universalisiert. [...] Geld dient als Medium der Beobachtung von Knappheit, und Zahlungen sind Formen, die das Medium operationalisieren.« (Luhmann 1997: 349)

Erst durch die Möglichkeit der Zahlung und den offenen Verwendungszweck von Geld wird Eigentum universell transformierbar und im selben Maße universalisieren sich die Motive für die Teilnahme an wirtschaftlicher Kommunikation. Geld wird in der modernen Gesellschaft zum symbolisch generalisierten Kommunikationsmedium, das eine Überbrückungsfunktion in allen drei Sinndimensionen ausübt (Baecker 1998 [1997]-a: 83ff; Luhmann 1997: 319): Differenzen in der *Sozialdimension* werden überbrückt, wenn Alter bereit ist, Egos Geld im Tausch gegen Leistungen anzunehmen; in der *Zeitdimension* überbrückt Geld die Differenz zwischen heute und morgen, indem es »gegenwärtig Möglichkeiten [sichert], auch morgen auf knappe Güter und Dienstleistungen zugreifen zu können« (Baecker 1998 [1997]-a: 83); *sachliche Differenzen* werden durch die Erwartung überbrückt, dass alles, »was eine Gesellschaft als Bedürfnis definiert, auch als Bedürfnis akzeptiert bleibt« (Baecker 1998 [1997]-a: 85) und Bedürfnisse sich mit Geld befriedigen lassen. Auf diese Weise transformiert sich die Unwahrscheinlichkeit von Zahlungen in Wahrscheinlichkeit (Esposito 2008: 126). Solange Zahlungen fließen, kann Alter Egos Knappheitsreduktion erleben und sieht sich nicht zum Handeln gezwungen. Zwar steigt durch den Zugriff eines einzelnen immer noch die (Güter-)Knappheit

---

5 Aus systemtheoretischer Sichtweise rückt so im Hinblick auf Eigentum die Sozialdimension und nicht die Sachdimension in den Vordergrund. Letztere bezieht sich auf die dyadische Beziehung zwischen einem Eigentümer und einem Gegenstand oder einer Ressource, bei der sowohl die Wirtschaftswissenschaften als auch das gängige Alltagsverständnis von Eigentum ausgehen (Carruthers/Ariovich 2004: 23).

aller anderen, gleichzeitig sinkt jedoch deren Knappheit an Geld, mit dem andere Knappheiten heute oder in der Zukunft verringert werden können und das somit zwingend auf neue Zahlungsmöglichkeiten verweist (Baecker 2006: 48ff): »Das Medium Geld stellt dann sicher, daß der Erlebende akzeptiert, daß andere mit ihrem Geld sich das beschaffen, was sie möchten« (Luhmann 1997: 348). Mit Weber ist Wirtschaften dann die »*friedliche* Ausübung von Verfügungsgewalt« (Weber 1964: 43). Unter der Bedingung der zweifachen Knappheitscodierung findet Inklusion in das Wirtschaftssystem nicht nur über den positiven Codewert statt (also Zahlung).<sup>6</sup> Stattdessen generiert die Unterscheidung der beiden Codewerte und die Option des »crossings« unterschiedliche Anschlussmöglichkeiten für weitere Operationen (also Zahlungsmöglichkeiten) auf beiden Seiten der Unterscheidung (Luhmann 1988: 189): Zahlungen und damit die Weitergabe von Zahlungsfähigkeit auf der positiven (markierten) Seite und die Wiederherstellung von Zahlungsfähigkeit auf der negativen (unmarkierten) Seite (Baecker 2002: 73ff).

Der Zusammenhang von Arbeit, Wohlstand und (potenzieller) Inklusion eröffnet jedoch, so stellt Luhmann fest, Spielraum für Ambivalenz und abweichende Beobachtungsvarianten. Gerade Geld als Kommunikationsmedium, das die Zweitcodierung von Knappheit in Form von Zahlung und Nichtzahlung erst ermöglicht, lässt sowohl Raum für symbolisches Erleben – also den Blick auf das, was verbindet – als auch für diabolisches Erleben, das auf die trennenden Aspekte des Mediums abstellt (Luhmann 1988: 258f). Mit dem »symbolon« ist für Luhmann gleichzeitig das »diabolon« gesetzt, »die Einheit der Differenz kann in Richtung auf das Zusammen des Unterschiedenen, aber auch in Richtung auf das Auseinander artikuliert werden« (Luhmann 1988: 258). Letztere Lesart macht sich der Sozialismus zu eigen: Für ihn begünstigt die Differenz von arm und reich bzw. von Haben und Nichthaben primär die Machtakkumulation auf Seiten des Kapitals und führt zur Ausbeutung der Arbeiterinnen und Arbeiter als deren notwendige Konsequenz (Luhmann 1985: 122f): Das Resultat ist Exklusion statt Inklusion. An die Stelle von (wirtschaftlicher) Dynamik, die der erstgenannten Argumentation zugrunde liegt, tritt die Moral – jedoch, so Luhmann mit Blick auf die sozialistische Ideologie, »offenbar ohne Kontakt mit der eigentümlichen strukturellen Dynamik der modernen Geldwirtschaft« (Luhmann 1988: 160). Der stufenreiche Gegensatz zwischen arm

---

6 Deutschmann (2009a, 2009b) geht mit Blick auf Inklusionen und Exklusionen, die durch Geld induziert werden, noch einen Schritt weiter: Er sieht Geld als dominantes Inklusionsmedium in der modernen Gesellschaft, das seinem Besitzer universale Freiheitsgrade eröffnet. Entsprechend sind Wahrheit, Recht oder Liebe zwar nicht käuflich, stehen aber unter Finanzierungsvorbehalt (2009a: 155). Mit Simmel ist Geld für ihn »nicht nur Kaufkraft, sondern ›Vermögen‹. Wer über es verfügt, ›hat‹ nicht nur etwas, sondern ›kann‹ etwas« (2009b: 227).

und reich respektive zwischen Haben und Nichthaben, denn auch hier sind Abstufungen denkbar, wird ersetzt durch eine Dichotomie, die sich wiederum leicht in die gesellschaftlichen Klassen der Arbeiter und der Kapitalisten übersetzen lässt (Luhmann 1988: 161): »Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, dass sie die Klassegegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager: Bourgeoisie und Proletariat« (Marx/Engels 1997 [1848]: 20). Der Klassenunterschied wird zum Gegensatz, »transformiert die Ordnungssemantik in eine Kampfsemantik« (Luhmann 1985: 124) und bringt eine Änderungserwartung ins Spiel, deren Angelpunkt die als kontingent beobachteten Produktionsverhältnisse sind (Luhmann 1985: 123). Letztendlich führt dieser Konflikt, so Marx, zum Sieg des Proletariats über die Bourgeoisie, zur Abschaffung von Eigentum und damit zur Auflösung der gesellschaftlichen Klassen selbst (Marx/Engels 1997 [1848]: 35).

Aus dieser knappen Darstellung der sozialistischen Idee lassen sich zwei Leitunterscheidungen ableiten, anhand derer sich der Sozialismus als Gesellschaftsprogramm von seiner Umwelt abzugrenzen versuchte und sich die interne Logik des sozialistischen Programms verstehen lässt: *Erstens* die Unterscheidung von Inklusion und Exklusion, *zweitens* und daraus abgeleitet die von Hierarchie und Markt respektive und komplementär dazu von Kollektiv- und Privateigentum. Diese Leitunterscheidungen und die damit notwendigerweise einhergehenden Reduktionen beanspruchen nicht, alle Facetten der sozialistischen Regime<sup>7</sup> in den ehemaligen Ostblockstaaten beschreiben zu können, doch sie erscheinen mir mit Blick auf meine Fragestellung ausreichend geeignet, um die spezifischen Bedingungen gesellschaftlicher Reproduktion unter dem Programm des Sozialismus im Hinblick auf den Transformationsprozess zu ordnen und zu verstehen.

Dreh- und Angelpunkt dieser Leitunterscheidungen ist wiederum das Eigentum. Sowohl der Sozialismus als auch der Kapitalismus, so lassen sich die vorhergehenden Gedanken zur sozialistischen Ideologie zusammenfassen, nehmen dessen Exklusionspotenzial wahr, beobachten es jedoch im Hinblick auf sich ergebende Anschlussmöglichkeiten unterschiedlich: Das kapitalistische (Wirtschafts-)Programm richtet seinen Blick auf das *Inklusionspotenzial* der Differenz von Haben und Nichthaben, das durch Monetarisierung und den Marktmechanismus in Gang ge-

---

7 Um eine doppelte Verwendung des Systembegriffs zu vermeiden, verwende ich die Bezeichnung »System« ausschließlich im systemtheoretischen Sinn. Für »politische Systeme« im Sinne der politischen Ordnung von Staaten verwende ich im Folgenden den Begriff des Regimes, der sich aus politikwissenschaftlicher Sicht auf »eine Lebensweise, Ordnungs- oder Regierungsform, also ein institutionalisiertes Set von Prinzipien, Normen und Regeln, das die Umgangsweise der Akteure in einem gegebenen Handlungszusammenhang grundlegend regelt«, bezieht (Zürn 2002: 798).

setzt wird. Die wirtschaftliche Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder ist möglich, kann jedoch aufgrund der per se unkontrollierbaren Evolution von Wirtschaft nicht umfassend sichergestellt werden:<sup>8</sup> »Wer zahlt, bekommt, was er wünscht. Wer nicht zahlt, muß dies beobachten. [...] Es gibt Leute, die nicht zahlen können. Und wie bei allen Funktionssystemen gilt auch hier: Die Inklusion ist zugleich Exklusion« (Luhmann 1988: 267). Exklusion ist aufgrund der Logik und strukturellen Realität einer funktional differenzierten Gesellschaft kaum zu vermeiden (und andersherum ist Vollinklusion sehr unwahrscheinlich). Die moderne Gesellschaft muss also mit Exklusion rechnen und damit auch mit Exklusionsverkettungen, da das Herausfallen aus wirtschaftlichen Kommunikationszusammenhängen unter der Bedingung funktionaler Differenzierung potenziell weitere Ausschlüsse nach sich ziehen kann (Stichweh 2000c: 96ff). Dies wiederum kann dazu führen, dass die Bedürfnisse bestimmter Gesellschaftsmitglieder nicht zur Geltung kommen (Baecker 2006: 124), weil ihnen regelhaft der Zugang zu bestimmten materiellen Ressourcen und damit potenziell auch zu anderen zentralen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung oder Kunst verwehrt wird.<sup>9</sup> Weder das Wissen um mögliche noch die Beobachtung aktueller Exklusion bedeuten jedoch, dass Exklusion für eine funktional differenzierte Gesellschaft grundsätzlich legitim wäre – im Gegenteil: In der modernen Gesellschaft wird Exklusion zunehmend nur noch dann als zulässig gewertet, wenn sie in die Form von Inklusion gebracht wird, was in der Regel (aber nicht ausschließlich) Organisationen übernehmen<sup>10</sup> (Stichweh 2009c: 37f). So wird die drohende Exklusion aus wirtschaftlichen Kommunikationszusammenhängen in vielen kapitalistischen Regimen beispielsweise durch Transferzahlungen und andere wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen zu korrigieren versucht<sup>11</sup> (Deutschmann

---

8 Insbesondere durch die Differenzierung von Leistungs- und Publikumsrollen ist in der modernen Gesellschaft die Vollinklusion aller Gesellschaftsmitglieder in alle Funktionssysteme möglich – aber nicht unbedingt wahrscheinlich (Stichweh 2000: 89, 2009: 33f) und Exklusion wird damit in allen sozialen Bereichen zu einer Möglichkeit, auf die sich die Gesellschaft einstellen muss. In welcher Form Exklusionen miteinander verkettet sind, ergibt sich aus dem Grad der Differenzierung bzw. den Modi der strukturellen Kopplung der Funktionssysteme (Stichweh 2000: 97ff).

9 Vgl. dazu zum Beispiel auch Kronauer (2000), Buhr und Leibfried (2009) sowie Häussermann und Kronauer (2009).

10 Organisationen zur Umsetzung ›inkludierender Exklusion‹ sind beispielsweise Psychiatrien oder Gefängnisse.

11 Die historische Entwicklung verschiedener Formen der Geldinklusion in der ständischen Gesellschaft, der Klassengesellschaft und der wohlfahrtsstaatlichen Gesellschaft erläutert Deutschmann (2009b: 231ff). Zu Mechanismen der Inklusion und Exklusion auf der Grundlage des Geldmediums siehe außerdem Bohn (2009).

2009b: 232f; Stichweh 2000c: 91ff). Gleichzeitig tendieren Regime, die sich für symbolisches Erleben von Geld entschieden haben, gerade aufgrund dieser Zuschreibungspraxis dazu, die Exklusionsproblematik nicht als Effekt der Strukturen des Wirtschaftssystems zu beobachten – und unterscheiden sich dadurch von der sozialistischen Perspektive:

»Eine Geldtheorie, die nur den Tausch im Blick hat, wird die hier angedeuteten Phänomene also gar nicht registrieren. Sie wird sie als ›soziale Probleme‹ für Hilfsaktionen beiseite schieben. Daß es soziale Probleme sind, ist natürlich nicht zu bestreiten, es wären aber keine sozialen Probleme, wenn es keine wirtschaftlichen Probleme wären, wenn also Normalbeteiligung an Wirtschaft für alle sichergestellt wäre.« (Luhmann 1988: 262f)

An diesem Punkt wird eine Asymmetrie zwischen dem sozialistischem und dem kapitalistischen Programm deutlich: Die Abgrenzung beider über die Unterscheidung von Vollinklusion und Exklusion erscheint allein aus der sozialistischen Beobachterposition heraus angemessen und nicht als Selbstbeschreibung des Kapitalismus, der sich kaum als in erster Linie exkludierendes Unterfangen beobachtet. Die Selbstbeobachtung des Kapitalismus fokussiert hingegen das Ziel, durch die Umsetzung seiner Prinzipien wirtschaftliches Wachstum zu induzieren und ein höheres (ökonomisches) Wohlstandsniveau zu schaffen. Bedeutende Parameter sind entsprechend Daten und Indikatoren zum Einkommen, zu Gewinnen, zur Arbeitslosigkeit und zum Wirtschaftswachstum (in der Regel bezogen auf regionale Segmente). Kapitalismus ist seinem Selbstverständnis nach ein Wirtschaftsprogramm, das bestimmte Kriterien für wirtschaftliche Kommunikation (also Zahlungen) bereithält und durchzusetzen versucht, aus sich heraus jedoch keine Umstrukturierungen über das Wirtschaftssystem hinaus beansprucht. Wohlgemerkt schließt dies nicht aus, dass sich nicht andere Funktionssysteme mehr oder weniger stark an der Wirtschaft und ihrer Expertise auszurichten beginnen (beispielsweise das Erziehungssystem, die Wissenschaft oder die Politik) und dies Ergebnisse zeitigt, die in der Gesellschaft und vor allem in den jeweiligen Funktionssystemen selbst auf Kritik stoßen. Dass dem Kapitalismus ungeachtet dessen vor allem, aber nicht nur von seinen Kritikerinnen und Kritikern der Anspruch gesellschaftsweiter Geltung unterstellt wird (in Analogie zum Sozialismus) und umgangssprachlich oft von ›kapitalistischen Gesellschaften‹ die Rede ist, ist letztlich vermutlich im Wesentlichen auf solche ›externen Effekte‹ zurückzuführen. Entsprechende Beobachtungen aus der Umwelt des Wirtschaftssystems heraus – allen voran aus der Politik, die aus unterschiedlichen Perspektiven mit dem kapitalistischen Programm hantiert, aber beispielsweise auch (meist kritisch) aus der Kunst oder der Wissenschaft – tendieren wahlweise dazu, den Kapitalismus zu verteufeln oder ihn als Sinnbild gesamtgesellschaftlicher ›Heilsversprechen‹ zu sehen. Die moderne Gesellschaft, so stellt

Baecker (2003: 7) mit Blick auf Walter Benjamin fest, glaube an den Kapitalismus, der für sie alternativlos geworden sei und in ihr Züge einer »Kultreligion« annehme (Benjamin 2009 [1985]). Im kapitalistischen Programm selbst fehlt hingegen dieser umfassende Anspruch.<sup>12</sup>

Zwar beriefen sich in der Vergangenheit auch kapitalistische, liberaldemokratische Regime auf eine klare Grenze zum Sozialismus, diese war jedoch zum einen historisch durch die Konfrontation beider Regime während des Kalten Krieges bedingt. Zum anderen gingen Abgrenzungsbestrebungen wohl aus der Beobachtung des ›Westens‹ hervor (dessen Selbstverständnis im Übrigen neben einer kapitalistischen Wirtschaftsweise auch Kategorien wie Demokratie, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und die Achtung der Menschenrechte umfasst<sup>13</sup>), dass in seiner unmittelbaren Nachbarschaft Menschen in Unfreiheit leben – was seinem liberalen Selbstverständnis fundamental widerspricht. Irritationen dieser Art und allgemein der Blick auf das sozialistische ›Gegenprogramm‹ sind für kapitalistische (Wirtschafts-)Regime jedoch in wesentlich geringerem Maße identitätsstiftend, als es umgekehrt aus sozialistischer Perspektive der Fall ist. Dort nimmt die Unterscheidung von Sozialismus und Kapitalismus als konkurrierende Gesellschaftsordnungen oder –programme innerhalb der eigenen ideologischen Selbstbeschreibung eine hochgradig identitätsstiftende Funktion ein. Selznick (1952: 11) spricht gar von einer »Negativideologie«, die auf ein Feindbild oder zumindest eine mehr oder weniger diffus wahrgenommene Bedrohung angewiesen ist, um sich zu definieren und zu legitimieren.<sup>14</sup> In diesem Sinne kommt dem angestrebten ›Sieg über den Kapitalis-

12 Ergänzen ließe sich an dieser Stelle noch, dass sich auch in einer vermeintlich »kapitalistischen Gesellschaft« die nicht-wirtschaftlichen Funktionssysteme kaum selbst als kapitalistische beobachten und beschreiben würden. Folgt man (auch) den entsprechenden Selbstbeschreibungen, gab es im Unterschied dazu jedoch durchaus sozialistische Kunst, sozialistischen Sport oder sozialistische Wissenschaft.

13 Deutlich wird dies z.B. an der sogenannten Trias des Europarats: Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte (zum Europarat allgemein vgl. z.B. Brummer 2008; für eine Analyse ausgewählter Aspekte des Verhältnisses des Europarats und Russlands vgl. Melzer 2008, 2012). Auch wenn dieser umfassende Anspruch nicht immer eingelöst wird, ist er doch ein Bezugspunkt, um den die Mitgliedsstaaten kaum herumkommen und sich bei Verletzung dieser Prinzipien erheblichem Rechtfertigungsdruck aussetzen.

14 So heißt es beispielsweise in der »Deklaration über die Gründung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken« in der Verfassung der UdSSR vom 6. Juli 1923: »Seit der Bildung der Sowjetrepubliken zerfielen die Staaten der Welt in zwei feindliche Lager: in das Lager des Kapitalismus und in das Lager des Sozialismus. Dort, im Lager des Kapitalismus, herrschen nationale Feindseligkeiten und Ungleichheit, koloniales Sklaventum, Chauvinismus, nationaler Haß und Pogrome, imperialistische Grausamkeit und Kriege –

mus« sowie der eigenen Profilierung durch den Vergleich mit ausgewählten Parametern kapitalistischer Gesellschaften eine hervorgehobene Bedeutung zu. Mit Luhmann, für den die Etablierung von Gegenbegriffen auf Beobachterinteressen verweist – »und wie immer, wenn Bezeichnungen durch Gegenbegriffe bestimmt sind, verrät das die Präsenz eines Beobachters, nach dessen Interessen man fragen kann« (Luhmann 1997: 519) – lässt sich zusammenfassen: Während das sozialistische Programm ein vitales Eigeninteresse daran hat, den Kapitalismus als Gegenbegriff und ideologischen Kontrapunkt zu setzen, erscheint es aus kapitalistischer Perspektive weniger zwingend, den Sozialismus zur Bildung und Absicherung der eigenen Identität in vergleichbarer Weise prominent zu stellen.

Wie aber versucht der Sozialismus die beobachteten Defizite des kapitalistischen Programms zu überwinden? An die Stelle kapitalistischer Exklusion sollte die *Vollinklusion aller Gesellschaftsmitglieder* treten. Jeder sollte in den Aufbau der neuen Gesellschaftsordnung eingebunden sein und keiner sollte (und durfte) sich entziehen (es sei denn, er erwies sich als der Teilnahme unwürdig und wurde entsprechend »zwangsexkludiert«). Durch eine grundlegende Umgestaltung der Wirtschaftsweise, der Abschaffung von Markt und Privateigentum sowie der Einführung planwirtschaftlicher Mechanismen, so die Erwartung, werde es möglich, »ökonomisch effektiver, besser und sozial gerechter als die kapitalistischen Gesellschaften die Bedürfnisse der Menschen zu befriedigen« (Koch 2002: 130). Und dabei bleibt es nicht: Aus der Überzeugung, die marktbedingten Defizite des Kapitalismus kompensieren zu können, schließt der Sozialismus nicht nur auf die eigene *ökonomische* Überlegenheit, sondern ergänzt diese mit einer *ethisch-moralischen* Komponente. Die überdeutlich postulierten positiven Effekte der sozialistischen Wirtschaftsweise, vor allem Gleichheit und soziale Gerechtigkeit, stellen demnach nicht nur das Regime als solches moralisch über den Kapitalismus, sondern bewirken darüber hinaus einen Wandel der Gesellschaftsmitglieder selbst. Eigenschaften wie Egoismus und Gewinnstreben würden sich quasi von selbst dem Streben nach dem Wohl des sozialistischen Kollektivs unterordnen (Kornai 1992: 52). Das anvisierte Ziel ist damit nicht mehr allein die Änderung gesellschaftlicher Strukturen, sondern »das Umerziehen der in ihr lebenden Menschen und das Herausbilden eines »neuen Menschen«« (Koch 2002: 119):

»A transformation of the physical world was not, however, the only item on the Bolshevik agenda. It was a cultural revolution that they sought, the creation of a new person. [...] The

---

*hier*, im Lager des Sozialismus, gegenseitiges Vertrauen und Friede, nationale Freiheit und Gleichheit, friedliches Zusammenleben und brüderliches Zusammenarbeiten der Völker.« (Zitiert nach Altrichter 1986: 161f)

»new man« – the Bolshevik specialist, engineer, or functionary – came to represent a new code of social ethics, which was sometimes simply called *kultura*.« (Scott 1998: 195)

In einem ko-konstitutiven Prozess stellt dieser neue Typ Mensch oder »Sowjetmensch«<sup>15</sup> (Mehnert 1971; von Zsolnay 1968) wiederum sicher, dass sich die ökonomische Überlegenheit des Sozialismus entfalten kann. Und auf diesem Wege lassen sich auch politische Eingriffe zur Beschleunigung dieses Umerziehungsprozesses rechtfertigen, denn »the profound change in human nature is an important factor for ensuring the economic superiority of socialism« (Kornai 1992: 52).

### **Vollinklusion als politische Adressierbarkeit**

Das Erreichen des Ziels der Vollinklusion aller Gesellschaftsmitglieder verlangt nach umfassenden gesellschaftlichen Steuerungsmöglichkeiten und prinzipieller Planbarkeit. Ein Wunsch, der aus systemtheoretischer Perspektive im scharfen Widerspruch zur Logik komplexer und selbstreferentieller Sozialsysteme steht, da diese ihre Strukturen nur durch eigene Operationen ändern können (zur Steuerungsproblematik vgl. Willke 2005: insb. Kap. 2). Alle (politischen) Steuerungsversuche sind aus Sicht der Funktionssysteme Irritationen oder Impulse aus der Umwelt, die das System aufnehmen kann oder auch nicht. Steuerung – oder im Sinne Luhmanns Differenzminderung (1989: 5) – ist damit immer nur im und durch das System selbst möglich (Luhmann 1988: 331). Im Kontext funktionaler Differenzierung kann die Politik zwar beispielsweise mit Hilfe von Programmen versuchen, Einfluss darauf zu nehmen, wer in ein Funktionssystem (zum Beispiel die Wirtschaft) inkludiert wird und wer ausgeschlossen bleibt (Luhmann 1988: 346), und diese Versuche werden mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit vom jeweiligen

---

15 »Der neue Mensch lebt nicht für sich, sondern für die Gesellschaft. Er arbeitet nicht für seine persönliche Bereicherung oder für sein persönliches Glück, sondern für das Wohl der Gesellschaft. Er denkt in internationalen Klassenkategorien und nimmt bei jeder Stellungnahme einen Klassenstandpunkt ein. Alles, was in der Welt geschieht, beobachtet er durch das Prisma der klassengebundenen Lehren des Marxismus-Leninismus. [...] »Der neue Mensch, der vom Kollektivgeist durchdrungen ist, entwickelt sich nicht automatisch, sondern in einem ständigen erbitterten Kampf gegen die Überreste der Vergangenheit«, unter denen der Individualismus einen vorrangigen Platz einnimmt. Der Mensch müsse speziell dazu erzogen werden, sich der Gesellschaft und den Interessen der Gemeinschaft freiwillig unterzuordnen.« (von Zsolnay 1968: 20ff)

Adressaten auch registriert. Inklusion determinieren kann sie jedoch nicht, sondern sie nur als mehr oder weniger zufällig beobachten<sup>16</sup> (Stichweh 2000c: 91 ff):

»Das politische System kann also nur sich selbst steuern mit Hilfe einer spezifischen politischen Konstruktion der Differenz von System und Umwelt. Daß dies geschieht und wie dies geschieht, hat ohne Zweifel gewaltige Auswirkungen auf die Gesellschaft, weil es Differenzen erzeugt, an denen sich andere Funktionssysteme dann ihrerseits orientieren müssen. *Aber dieser Effekt ist schon nicht mehr Steuerung und auch nicht steuerbar*, weil er davon abhängt, was im Kontext anderer Systeme als Differenz konstruiert wird und unter die dort praktizierten Steuerungsprogramme fällt.« (Luhmann 1988: 337)

Um Inklusion nicht dem Zufall zu überlassen – und dies ist aus sozialistischer Perspektive ein zentraler Reibungspunkt mit dem Kapitalismus – muss die Gesellschaft in eine Form gebracht werden, die ebenjene Kontrolle und Steuerung ermöglicht oder doch wenigstens wahrscheinlicher macht. Das sozialistische Programm sucht die Lösung für dieses Problem in dem Versuch, die gesellschaftliche Gemeinschaft als Organisation einzurichten (Pollack 1990; Baecker 1998 [1997]-b: 128).

Im Unterschied zu Funktionssystemen sind Organisationen in der Lage, in allen drei Sinndimensionen Kontrolle auszuüben: Kontrollfähigkeit in der *Sachdimension* ergibt sich aus Entscheidungen als basalen, d.h. nicht weiter auflösbaren Elementen von Organisationen (Luhmann 2009 [1978]: 395). So wie sich Gesellschaft über Anschlusskommunikation reproduziert, verknüpfen Organisationen Entscheidungen miteinander: »Man entscheidet, weil entschieden worden ist oder damit entschieden werden wird« (Luhmann 2009 [1978]: 398). Auf der Grundlage von Entscheidungen bindet die Organisation sich einschließlich ihrer Mitglieder selbst, indem sie sich auf einige wenige Möglichkeiten festlegt und andere durch die Verwendung von Hierarchien, Routinen oder Zielvorgaben ausschließt (Baecker 2007: 116f). In der *Zeitdimension* erweisen sich Organisationen als die einzigen Sozialsysteme, die sich Ziele setzen und auf diese Weise die eigene Zukunft bestimmen können, »[a]lle anderen Ordnungen der Gesellschaft müssen stattdessen die Zukunft als offen behandeln« (Baecker 2007: 118). Nicht zuletzt aus dieser Fähigkeit und den damit einhergehenden Möglichkeiten der Unsicherheitsreduktion resultiert ihre Attraktivität sowohl für die eigenen Mitglieder als auch für die Gesellschaft, die die Organisation beobachtet (Baecker 2007: 118f). Um ihre Grenze zur Umwelt zu beobachten, unterscheiden Organisationen zwischen Mitgliedern und Nicht-Mitglie-

---

16 Versuche der gezielten Einflussnahme auf Inklusion und Exklusion im Wirtschaftssystem sind die vielfältigen Aktivitäten des Wohlfahrtsstaates, deren Wirkung jedoch, wie Stichweh (2000: 89ff) argumentiert, angesichts der zunehmenden Globalisierung der Funktionssysteme immer weniger planbar und steuerbar wird.

dern (Luhmann 1997: 826ff). Anders als den gesellschaftlichen Funktionssystemen ist es Organisationen möglich, Inklusion und Exklusion gezielt zu moderieren, also die *Sozialdimension* zu kontrollieren. Die Entscheidungen in diesen drei Dimensionen sind zugleich die konstitutiven Elemente der Organisation selbst.

An Organisationsmitglieder – das Personal – lassen sich vor diesem Hintergrund bestimmte Verhaltenserwartungen richten, die außerhalb der Organisation nicht zum Tragen kommen.<sup>17</sup> Durch den Beitritt richtet sich an die Mitglieder die Erwartung, dass die Mitgliedschaftsregeln, der Bestandszweck und das Programm der Organisation weitgehend unabhängig von individuellen Interessen akzeptiert und respektiert werden. Je nach dem Verhältnis von Organisationszweck und Mitgliedschaftsmotivation lassen sich in diesem Kontext zwei Organisationstypen unterscheiden: In sogenannten »conjoint authority systems« (beispielsweise Vereine oder Gewerkschaften) sind beide kongruent respektive kann die Organisation Übereinstimmung unterstellen. In »disjoint authority systems« (zum Beispiel Unternehmen) fallen sie hingegen auseinander respektive muss die Organisation mit Diskrepanz rechnen (Coleman 1994: 72ff; Stichweh 2000b: 25):

»Für klassische Organisationen gelten »disjoint authority systems«, d.h. man tritt in der Organisation das Recht auf die Wahl der eigenen Handlung im Tausch gegen Ressourcen ab. [...] Vereine werden demgegenüber durch »conjoint authority systems« gekennzeichnet. Auch hier erfolgt ein Transfer von Rechten, da man sich durch andere Mitglieder des Vereins oder den Vorstand in der Handlungswahl bestimmen oder durch sie vertreten läßt, aber man kann auf eine tauschförmige Gegenleistung verzichten, weil unterstellt wird, daß die abgetretenen Rechte im Sinn eigener Interessen genutzt werden.« (Stichweh 2000b: 25)

»Disjoint authority systems« sind aus diesem Grund darauf angewiesen, durch entsprechende Kompensation der Mitglieder (in der Regel in Form von monetären Ressourcen, also Gehaltszahlungen, Aufwandsentschädigungen und ähnlichem) eine Indifferenzzone zu schaffen. Innerhalb dieser Zone kann den Mitgliedern aufgrund des intraorganisationalen Tauschs die Bereitschaft abverlangt werden, weitgehend unabhängig von den eigenen Interessen an der Verfolgung des Organisationszwecks mitzuwirken, ohne dass dafür explizite Anweisungen notwendig wären und ohne dass dabei Autoritätsstrukturen regelhaft in Frage gestellt würden (Barnard 1971 [1938]: 168f; unter Verweis auf Barnard auch Luhmann 2000a: 19). In jedem Fall – mit oder ohne Indifferenzzone – führt die Mitgliedschaft jedoch

---

17 Eine Ausnahme stellen hier normative Organisationen (nach der Typologie von Etzioni) dar, die für ihre Normen einen Geltungsanspruch erheben, der die eigenen Grenzen explizit überschreitet (Etzioni 1975: 40; vgl. auch Bonazzi 2008: 273ff).

dazu, dass das Recht der eigenen Handlungswahl in einem bestimmten Bereich abgetreten wird (Stichweh 2000b: 25).

Diese grundlegenden Eigenschaften von Organisationen finden sich in der Struktur sozialistischer Regime deutlich wieder. Sie greifen auf die Organisationsform zurück, um ihre Ideologie möglichst in allen gesellschaftlichen Bereichen umzusetzen. Selznick (1952: 2) verwendet mit Blick auf die sozialistische Einheitspartei der Sowjetunion gar den Begriff der »organizational weapon« als einen aus Sicht des Regimes selbst unverzichtbaren Bestandteil der Gesellschaftsordnung:

»For Lenin, organization was an indispensable adjunct to ideology. He did not believe that he could win power by propaganda alone. Rather, he urged the need to forge a group which, beginning with an ideological commitment, would use whatever means available to influence decision in society.« (Selznick 1952: 8)

Alle Gesellschaftsmitglieder werden – so zumindest die Idee – zu Organisationsmitgliedern. Das Ziel der Vollinklusion nahm auf diese Weise die Form *umfassender politischer Adressierbarkeit* an: Alle sollten ständig für politische Kommunikation erreichbar sein und jede kommunikative Operation sollte als politische Kommunikation interpretierbar und zurechenbar gemacht werden.

## **DIE ORGANISATIONEN DER ORGANISATIONSGESELLSCHAFT**

Wie gestaltete sich die Umsetzung des sozialistischen Gesellschaftsprogramms und seiner ideologischen Ideale in der Praxis und welche strukturellen Konsequenzen waren damit verbunden? Mit Blick auf die umfassende »Programmierung« der sowjetischen Gesellschaft griff die politische Führung auf zwei Organisationstypen zurück, die sich in diesem Fall weniger durch organisationsinterne Merkmale, sondern vielmehr durch ihre externe Funktionalität unterschieden: Die Einheitspartei an der Spitze der gesellschaftlichen und politischen Hierarchie, die auf verschiedene Weise die Autonomie der staatlichen Verwaltung unterlief und auf eine interne Entdifferenzierung des politischen Systems hinwirkte, sowie Massenorganisationen, die durch ihre Omnipräsenz Mitgliedschaft unumgänglich machten und für einen hohen Organisationsgrad – und damit politische Kontrollierbarkeit – der meisten gesellschaftlichen Bereiche sorgten.

### **Partei und Staat**

Die Kommunistische Partei der Sowjetunion (KPdSU, im Folgenden auch Einheitspartei) setzte sich selbst an die Spitze der sowjetischen Organisationsgesellschaft.

Ihren exklusiven und umfassenden Führungsanspruch versuchte die Partei zu legitimieren, indem sie sich selbst den Alleinvertretungsanspruch der Arbeiterklasse zuschrieb:

»Unerläßliche Voraussetzung dieser sozialen Revolution ist die Diktatur des Proletariats [...]. Die internationale Kommunistische Partei, die sich die Aufgabe stellt, das Proletariat zu seiner großen historischen Mission zu befähigen, organisiert es in einer selbständigen, allen bürgerlichen Parteien entgegengesetzten politischen Partei, leitet alle Äußerungen seines Klassenkampfes, enthüllt ihm den unversöhnlichen Gegensatz zwischen den Interessen der Ausbeuter und denen der Ausgebeuteten und macht ihm die historische Bedeutung und die notwendigen Voraussetzungen der bevorstehenden sozialen Revolution klar.« (aus dem zweiten Parteiprogramm der KPdSU von 1919, zitiert nach Meissner 1965: 122f)

Ein organisches Gesellschaftsbild, dem zufolge die Interessen jedes Gesellschaftsmitglieds unauflöslich mit den Interessen des Kollektivs verknüpft sind, bildete die Grundlage für das »ideologische Monopol« der Einheitspartei und für die Unterdrückung von politischem Pluralismus: »Because there can only be one common interest – the creation of a communist society – there can only be one political party« (Hahn 1988: 81; auch Kornai 1992: 55). Alle übrigen Elemente des politischen Systems, darunter sowohl staatliche als auch nicht-staatliche, sind damit an die Partei und ihre Vorgaben gebunden, so dass sich auch in der Architektur der politisch-administrativen Struktur des Regimes das organische Gesellschaftsverständnis widerspiegelt: »The party itself is regarded as the leading social organization and the vanguard of all other social organizations as well as of state organs. Party, soviets and social organizations are all concerned with building communism« (Churchward 1983: 38). Die Partei selbst übernahm die Federführung, wenn es darum ging, alles, was in der Gesellschaft geschah, auf Konsistenz mit dem sozialistischen Programm zu überprüfen und vermeintliche Abweichungen zu kriminalisieren. Wer sich widersetzte, geriet nicht nur in Opposition zur politischen Führung, sondern wurde als »Klassenfeind« per definitionem zum Gegner der gesamten Gesellschaft (Pollack 1990: 294).

»Er [der Sozialismus, E.M.] machte die Gesellschaft zur Organisation, die sich die vollständige Inklusion zur Aufgabe gab und jeden, der sich diesem Inklusionsangebot entzog, nur als Abweichenden unschädlich zu machen versuchen konnte. Wer abwich, war undankbar.« (Baecker 1998 [1997]-b: 128)

Dass es hierfür eines gigantischen bürokratischen Apparats bedurfte, liegt auf der Hand und damit auch, dass die Kontrollkosten zur Aufrechterhaltung dieser Ord-

nung schnell ins Unermessliche stiegen, sobald sich Abweichungstendenzen unter den Mitgliedern auch nur ansatzweise als Normalität zu etablieren begannen.

Innerhalb des politischen Systems fand der gesellschaftliche Führungsanspruch der Partei seinen Ausdruck in einer zweidimensionalen Hierarchie, die sich von der obersten (nationalen) Ebene bis hinunter auf die lokale Ebene der Dörfer erstreckte. In der *vertikalen Dimension* setzte sich diese Hierarchie aus drei Strängen zusammen: Den ersten Strang bildete die Partei selbst mit dem Zentralkomitee (bzw. dem Politbüro) an ihrer Spitze, von der ausgehend sie sich in einzelne Unterabteilungen und Subkomitees bis auf die unterste (lokale) Ebene untergliederte (Gill 1988). Daneben standen als zweiter und dritter Strang die Hierarchie der »Sowjets« (Räte) und der daraus hervorgehenden Exekutivkomitees (»izpolnitel'nyi komitet« oder kurz »izpolkom«) als Organe der Lokalverwaltung,<sup>18</sup> wobei Erstere offiziell als Repräsentativ- und Legislativorgane fungieren sollten und Letztere für das organisatorische und administrative Tagesgeschäft verantwortlich waren<sup>19</sup> (Campbell 1995: 149f; Hahn 1988: 117). Den groben formalen Rahmen der Funktionen der Lokalverwaltung steckte die dritte und letzte Verfassung der Sowjetunion von 1977 ab:

»Die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten entscheiden alle Fragen von örtlicher Bedeutung [...]. Die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten leiten auf ihrem Territorium den staatlichen, wirtschaftlichen sowie sozial-kulturellen Aufbau; sie bestätigen die Pläne für die ökonomische und soziale Entwicklung sowie den örtlichen Haushalt; sie verwirklichen die Leitung der ihnen unterstehenden Organe, Betriebe, Einrichtungen und Organisationen [...].« (Verfassung der UdSSR von 1977, Art. 146, zitiert nach Henke/Wirantaprawira 1981: 194)

18 Gemäß der sowjetischen Verfassung umfasst der Begriff Lokalverwaltung oder – nach der gängigen Übersetzung – örtliche Verwaltung alle Verwaltungsorgane unterhalb der obersten, zentralstaatlichen Ebene (Hahn 1988: 83). Innerhalb der Lokalverwaltung wurde wiederum ein breites Spektrum an Verwaltungseinheiten unterschieden, von denen die größeren wie Gaue (»krai«), (autonome) Gebiete (»oblast'«) und bedeutende Städte direkt dem Zentralstaat untergeordnet waren, während Dörfer (»posëlok«) und ländliche Siedlungen (»sel'skij naselennyj punkt«) am unteren Ende der Hierarchie angesiedelt waren (Jacobs 1983: 4ff). Eine mehrstufige Ebenendifferenzierung in national, regional und lokal wurde erst mit dem postsowjetischen System kommunaler Verwaltung eingeführt (vgl. dazu S. 135ff).

19 Dies umfasste beispielsweise die Implementierung der Wirtschaftspläne, Personalentscheidungen, die Überwachung der Unternehmen, Entscheidungen über Angelegenheiten lokaler Bedeutung sowie die Bereitstellung kommunaler Dienstleistungen.

»Im Rahmen ihrer Kompetenzen gewährleisten die örtlichen Sowjets der Volksdeputierten die komplexe ökonomische und soziale Entwicklung auf ihrem Territorium, und kontrollieren die Einhaltung der Gesetzgebung durch die übergeordneten Organen unterstehenden Betriebe, Einrichtungen und Organisationen auf ihrem Territorium; sie koordinieren und kontrollieren deren Tätigkeit hinsichtlich der Bodennutzung, des Naturschutzes, des Bauwesens, der Nutzung des Arbeitsvermögens, der Konsumgüterproduktion, der sozial-kulturellen Betreuung, der Dienstleistungen und anderer Dienste für die Bevölkerung.« (Verfassung der UdSSR von 1977, Art. 147, zitiert nach Henke/Wirantaprawira 1981: 194f)

Aus diesen allgemein gehaltenen Vorgaben ließ sich eine Reihe konkreter Aufgaben ableiten: Zum einen sollten die lokalen Verwaltungsorgane über die Bereitstellung diverser kommunaler Güter und Dienstleistungen entscheiden, worunter beispielsweise medizinische Versorgungseinrichtungen, Wohnungsbau, der Unterhalt kultureller Einrichtungen (in den Dörfern vor allem die sogenannten Kulturhäuser) sowie die Bereitstellung und Instandhaltung lokaler technischer Infrastruktur (Straßen und Wege, öffentlicher Transport, Wasserversorgung und ähnliches) fielen (Jacobs 1983: 3). Zum anderen war die Lokalverwaltung als Kontrollinstanz der Unternehmen auf dem Verwaltungsterritorium vorgesehen, um die plangemäße Produktion zu überwachen und gegebenenfalls durchzusetzen (Ross 2009: 32f). Auf der formalen Ebene wurden den lokalen Verwaltungsorganen damit bis auf die unterste Ebene vor allem mit Blick auf die unmittelbaren Bedürfnisse der Bevölkerung, auf die reagiert und für die Lösungen erarbeitet werden mussten, überraschend umfassende Zuständigkeiten und Entscheidungskompetenzen eingeräumt (Hahn 1988: 90f): »With such a broad range of responsibilities, the potential is there for local soviets to become dynamic forces for economic and social development in their areas« (Jacobs 1983: 3). Dieser Eindruck täuscht jedoch.

Die politische Führung stand angesichts dieser Formalstrukturen vor einem (Partizipations-)Dilemma, das es in ihrem eigenen Interesse zu lösen galt: *Einerseits* konnte sie aus ideologischen wie aus praktischen Gründen kaum auf die formalen Strukturen der Massenpartizipation verzichten. Nach offizieller Lesart des sozialistischen Programms sollte insbesondere die Institution der (lokalen) Räte – Stalin zufolge die »Massenorganisation der Werktätigen« (Meissner 1985: 65) – dazu dienen, die Regierung und Staatsverwaltung den Bürgerinnen und Bürgern durch umfassende Einbindung anzunähern. Auch hier greift wieder das Exklusionsmoment als identitätsstiftendes Prinzip: Durch Massenpartizipation in der staatlichen Verwaltung sollte das Ideal eines »Arbeiter- und Bauernstaates« verwirklicht werden, das offiziell als Kontrapunkt zu »kapitalistischen« und »bourgeoisien« Regierungsformen präsentiert wurde. Dort, so gab man vor, werde die Mehrheit der Bevölkerung systematisch exkludiert und unter dem Deckmantel der Demokratie faktisch von einer schmalen Elite regiert (Churchward 1983: 35): »Die Formen der

bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: Alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Konsequenz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie*« (Lenin 1970 [1917]: 425). Massenpartizipation wurde entsprechend zum Mittel der Wahl, um höhere gesellschaftliche Entwicklungsstufen auf dem Weg zum Kommunismus zu erreichen: »[T]he Soviet Union was passing out of the dictatorship of the proletariat into mature socialism when the state would become the instrument of the entire society mobilized to achieve the rapid transition to communism« (Churchward 1983: 36). Als Teil des formalen Staatsaufbaus genoss die sowjetische Lokalverwaltung damit auch und gerade unter Legitimitäts Gesichtspunkten seitens der Politik eine Art »Bestandsschutz«, denn ganz ohne ein Mindestmaß an Akzeptanz in der Bevölkerung kommen selbst totalitäre Regime nicht aus (vgl. Luhmann 2000a: 385). *Andererseits* impliziert jede Form der Publikumseinbindung – also Demokratisierung – die Dekomposition von Entscheidungen in der Sozialdimension, die über direkte oder indirekte Zustimmung in Subentscheidungen zerlegt werden (Luhmann 2009 [1978]: 401). Das damit einhergehende Moment der Kontingenz, struktureller Unbestimmtheit und sinkender Kontrollmöglichkeiten birgt jedoch stets die Möglichkeit, von der offiziellen Linie der Einheitspartei abzuweichen. Da solche »grundsätzlichen Risse in der Zielstruktur von »Partei und Staat« in Einparteiensystemen nur schwer zu akzeptieren sind (Luhmann 2007 [1971]: 75), waren Mechanismen zur Einhegung dieser Kontingenz gefragt, ohne dabei die Formalstrukturen der Lokalverwaltung als solche ideologisch in Frage zu stellen.

Eine Methode bestand darin, die Einbindung des Publikums im Moment ihres Vollzugs – also im Wesentlichen bei den Wahlen der Volksdeputierten – ins Leere laufen zu lassen. Zwar waren die Sowjets als zentrale Verwaltungsorgane tatsächlich vordergründig an demokratische Legitimation geknüpft – Hahn (1988: 92) bemerkt mit sarkastischer Note: »Soviet specialists on government insist that elections in the Soviet system are the most democratic in the world« –, der vermeintliche Einfluss des Publikums wurde jedoch von den (de jure machtlosen) Parteifunktionären überrollt (Jacobs 1983: 6f; Kornai 1992: 36): »[P]arty bodies were theoretically meant to provide only ideological guidance, and were expressly prohibited from directly interfering in the work of local councils, in practice party substitution (podmena) of local soviets was widespread« (Ross 2009: 30). Massenpartizipation wurde zu einem wesentlichen Bestandteil der Fassade oder scheinheiligen »Schausseite« des Regimes<sup>20</sup> und bediente die Fiktion demokratischer

20 Diesen Aspekt der Fassade der DDR beschrieb Walter Ulbricht mit den Worten: »Es muß demokratisch aussehen, aber wir müssen alles in der Hand haben« (überliefert von Wolfgang Leonhard und zitiert nach Mähler 2002: 106).

Legitimation (Hahn 1988: 93; zum Begriff der Fassade von Organisationen vgl. Kühl 2011: 136). Strukturell wurde sie jedoch in Massenkontrolle umgemünzt:

»Under such a system of superiority and subordination, the distinction between elected officers and appointed officials counts for little. Collectively, the elected (though full-time) party leaders and the appointed party officials are known in common parlance as the party apparatus.« (Kornai 1992: 36)

In der Praxis hatte die horizontale Unterordnung des Exekutivkomitees sowohl unter ihr Pendant auf der nächsthöheren Hierarchieebene als auch unter den Sowjet derselben Ebene (das Prinzip der sogenannten dualen Subordination) wohl bestenfalls Fassadencharakter (Ross 2009: 29ff) und nebenbei den Effekt, den Umfang der Bürokratie ins Unermessliche zu steigern (Hahn 1988: 88f; Jacobs 1983: 6f):

»In reality, however, dual subordination ensures the bureaucratic centralization of the local government system. For a local decision to become final, it usually has to go right up the administrative hierarchy, causing much paperwork and delay. Because of democratic centralism and dual subordination, the lower organs historically have found it difficult to become policy initiators.« (Jacobs 1983: 7)

Campbell (1995: 149) bezeichnet die gewählten Räte vor diesem Hintergrund als »dekorative« Versammlungen ohne nennenswertes Mitspracherecht, die den Exekutivkomitees Legitimität verschaffen und deren Entscheidungen abnicken sollten:

»The ispolkom is empowered to make legally binding decisions and functions as the executive and administrative organ of government between sessions of the soviet. The role of the deputies at the subsequent sessions is largely to confirm the decisions made by this body [...].« (Hahn 1988: 114)

Innerhalb des Kreislaufs von Politik, Verwaltung und Publikum, den Luhmann in demokratischen Regimen beobachtet – Wähler (als Publikum) beeinflussen mit ihren Äußerungen die Entscheidungsprämissen der Politik, die Politik nimmt Einfluss auf die Verwaltung, die Verwaltung auf das Publikum und das Publikum wiederum reagiert in der politischen Wahl darauf, wie es von der Verwaltung behandelt wird (Luhmann 2000b: 257, 2010: 139) – kehrt sich damit in sozialistischen Regimen an der Schnittstelle zwischen Politik und Publikum um. Rückkopplungsmechanismen in Richtung der Politik werden unterdrückt und der politische Code Regierung|Opposition wird unterlaufen, indem in der autokratischen Version die Mög-

lichkeit eines durch Wahlen herbeigeführten Machtwechsels entfällt<sup>21</sup> (Hayoz 2007: 167; vgl. auch Luhmann 2000b: 98).

Aus liberal-demokratischer Perspektive ist eine solche Wendung zweifellos scharf zu kritisieren. Jedoch: Die fehlende Rückkopplung zwischen Publikum und Politik beeinträchtigt zwar vermutlich die Fähigkeit des politischen Systems zur Informationsverarbeitung (Luhmann 2000b: 253ff). Seine Funktion, Kapazität bereitzuhalten um in der Gesellschaft und für die Gesellschaft kollektiv bindende Entscheidungen zu treffen, wird dadurch aber nicht zwingend außer Kraft gesetzt. Im Hinblick darauf ist neben den undemokratischen Implikationen der sowjetischen Ordnung noch ein weiterer Aspekt relevant, der die Schnittstelle von Politik und Verwaltung betrifft: Hier wurden Strukturen etabliert, die der Partei einen direkten Zugriff auf die Verwaltung ermöglichten und die Beschneidung der Verwaltungsautonomie bis hin zur internen Entdifferenzierung des politischen Systems bewirkten – kurz die vertikale Dimension der politischen Hierarchie wurde um eine horizontale Dimension ergänzt.

### **Die interne Entdifferenzierung des politischen Systems**

Das Phänomen der internen Entdifferenzierung eines Systems, dem eine Schlüsselrolle zukommt, um die Strukturen des sowjetischen Regimes zu verstehen, erschließt sich über die Autonomie seiner Teilsysteme. Autonomie ist mit Luhmann und Stichweh – in expliziter Abgrenzung zu Unabhängigkeit – zu verstehen als die »Pluralisierung der Abhängigkeiten eines Systems« (Stichweh 2009a: 44). Das System kann zu gegebenen Zeitpunkten seine Abhängigkeiten nach eigenem Ermessen und im Hinblick auf seine jeweils akuten Interessen variieren und unterschiedlich gewichten und schafft sich so Freiräume (Stichweh 2009a: 44). Es ist demnach in der Lage, seine eigenen Entscheidungsprämissen innerhalb jener Grenzen zu bestimmen, die durch die Operationen anderer (Sub-)Systeme gesetzt werden (Luhmann 2010: 141). Während innerhalb der Hierarchie des politischen Systems die Kapazität der Spitze – hier der politischen Führung – zur Komplexitätsverarbeitung stets begrenzt ist, kann diese Begrenzung durch die Toleranz autonomer

---

21 Einer vergleichbaren Logik folgt Offes (2007: 528) Charakterisierung der (liberalen) Demokratie als Regime, in dem »die Ergebnisse der Herrschaftsausübung [durch das Volk, E.M.] ungewiss sind, die Prozeduren dagegen feststehen. Wenn Wahlen »fair« sind, kann man erst nach der Auszählung der Stimmen mit Sicherheit sagen, wer gewonnen hat«. In sozialistischen (und allgemein in autokratischen) Regimen kehrt sich dieses Verhältnis um: Das Resultat, d.h. der Wahlsieger, steht bereits im Vorhinein fest, welche Prozeduren (beispielsweise Wahlfälschung oder Zwang) zu diesem Ergebnis führen, ist hingegen ungewiss.

Teilsysteme aufgefangen werden: »[U]nbewältigte Komplexität [wird] von der Ebene des Gesamtsystems auf die seiner Teile abgewälzt« und damit für das Gesamtsystem handhabbar gemacht (Luhmann 2010: 141). Die Eigenkomplexität des Gesamtsystems erhöht sich und damit steigen auch seine Fähigkeiten im Umgang mit (Umwelt-)Komplexität.

Die Aufgabenteilung, die sich zwischen den Teilsystemen eines binnendifferenzierten politischen Systems ergibt, besteht für Luhmann im Auseinanderziehen der Entscheidungsvorbereitung durch die Politik (im engeren Sinne, d.h. als Subsystem des politischen Systems) und der Ausführung durch die Verwaltung: Politisches Handeln dient dazu, »die Komplexität der gesellschaftlichen Möglichkeiten so weit zu reduzieren, dass verbindlich und ohne das Risiko erheblichen Widerstandes entschieden werden kann« (Luhmann 2010: 126). Die Verwaltung übernimmt die Ausführung »des politisch Möglichen und Notwendigen« (Luhmann 2010: 126) in Form der Herstellung bindender Problementscheidungen nach Maßgabe von Plänen und Programmen (Luhmann 2007 [1971]: 66):

»[Sie] befaßt sich mit dem Spielraum, den die Ausführung formaler Weisungen läßt, mit schriftlicher Dokumentation (Aktenführung) und mit der Frage, was und was nicht in die Akten kommt. Sie erörtert Rechtsfragen und Fragen der Möglichkeiten, budgetierte Gelder zu verwenden; und natürlich sind Personalfragen nur zum geringen Teil politische Fragen.« (Luhmann 2000b: 255)

Zwar war auch die sowjetische Verwaltung mit derartigen Aufgaben betraut, ihre Autonomie wurde dabei allerdings auf mehreren Wegen unterlaufen und damit eine *horizontale Hierarchiedimension* eingeführt, in der die Parteihierarchie die beiden anderen Hierarchiestränge der Sowjets und der Exekutivkomitees faktisch dominierte. Diese Dominanz basierte maßgeblich auf drei Mechanismen, die darauf zielten, die Verwaltungsautonomie vor allem in der Sach- und der Sozialdimension einzuhegen:

- *Budgetkontrolle*: Die Entscheidung über die Vergabe finanzieller Mittel an die lokalen Verwaltungsorgane war Teil des zentralen Planungsprozesses, der von der nationalen Ebene aus koordiniert wurde (dazu ausführlich Ross 1987: Kap. 2 und 3). Deren Entscheidungen spiegelten selten die Bedürfnisse der Kommunen wider, sondern basierten auf zentralen Bedarfsschätzungen und reflektierten primär die Präferenzen der politischen Führung.<sup>22</sup> Dass die Interessen beider Seiten

---

22 Neben Zuweisungen aus dem Staatshaushalt und zweckgebundenen staatlichen Subventionen bildeten Steuerzahlungen der im Verwaltungsgebiet ansässigen Unterneh-

gelegentlich übereinstimmten, war damit nicht ausgeschlossen, aber eben weder garantiert noch strukturell anvisiert (Lewis 1983: 56). Auch über die Mittelverwendung wurde grundsätzlich auf übergeordneten Verwaltungsebenen entschieden. An die Stelle einer lokalen Budgetautonomie trat die sachliche Abhängigkeit vom politischen Zentrum bzw. der Hierarchiespitze und der faktische Entscheidungsspielraum der Kommunen war entsprechend streng limitiert (Hahn 1988: 128; Lewis 1983: 51ff). Die Zentralisierung der Mittelvergabe in der Sachdimension ermöglichte es der politischen Führung, den örtlichen Verwaltungsorganen generelle Entscheidungskompetenzen zuzugestehen, die dann auf der Ebene der konkreten Entscheidung und Umsetzung finanziell wieder eingefangen und in kontrollierte Bahnen gelenkt wurden. Die Lokalverwaltung war ausführendes, nicht aber entscheidendes Organ – denn nicht vorhandene oder zweckgebundene Mittel lassen schwerlich Entscheidungen zu: »These norms and indices, in conjunction with the lack of substantial discretion over local budgets, lead to the conclusion that local soviets may indeed be implementing distributional choices, but they cannot be said to be making them« (Lewis 1983: 56).

- *Einrichtung einer politischen Parallelhierarchie:* Darüber hinaus wurden die gewählten Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber durch ernannte Funktionärinnen und Funktionäre ergänzt und damit innerhalb der Einheitspartei eine Parallelstruktur zur Verwaltung eingerichtet, die die Konformität von Verwaltungsentscheidungen mit dem sozialistischen Programm auf allen Ebenen überwachen und gegebenenfalls korrigieren konnte. Luhmann zufolge ist dies ein bewährtes Mittel von Einparteienregimen, um Schwächen und Unzulänglichkeiten der Programmierung zu kompensieren (vgl. Luhmann 2007 [1971]: 62). Und auch über die Ernennung, Beförderung und Entlassung von Verwaltungsmitgliedern hatte stets die Partei das letzte Wort und spielte dementsprechend eine Schlüsselrolle bei Mitgliedschaftsentscheidungen<sup>23</sup> (Kornai 1992: 37f): »Thus, according to Article 150 of the 1977 USSR Constitution: »Executive committees of local Soviets of People's Deputies shall be directly accountable both to the council that elected them and to their executive administrative body.« But, the councils' rights to elect their executive committees was also a sham. The party's powers of appointment (nomenklatura) over all key posts meant that, in practice, city executive committees were nominated by party officials at the regional (oblast) level (or higher), and then rubber stamped by deputies of the city council« (Ross 2009:

---

men eine zweite Einnahmequelle, die für die ländlichen Gemeinden aufgrund ihrer geringen Höhe jedoch zu vernachlässigen war (Lewis 1983: 52; Ross 2009: 34f).

- 23 So wurden beispielsweise die Mitglieder der Stadtverwaltung zunächst auf Aufforderung der Partei von der regionalen Exekutive ernannt und im zweiten Schritt vom städtischen Sowjet zwar formal gewählt, faktisch aber lediglich »abgenickt« (Campbell 1995: 149f).

29). Ineinander verzahnte Karrierewege von Parteifunktionären und Verwaltungsbeamten »with officials regularly moving from one administrative hierarchy to another« (Ross 2009: 31) waren vor diesem Hintergrund nicht ungewöhnlich.

- *Parteimitgliedschaft als Kontrollinstrument*: Schließlich fungierten Zwänge, die aus der Mitgliedschaft in der Partei erwuchsen, als kontinuierlich mitlaufende Kontrolle von Verwaltungsentscheidungen. Zwar reichte der Anteil der Parteimitglieder in den dörflichen Verwaltungsorganen nicht an die Parteidominanz in Organen höherer Verwaltungsebenen heran, war aber dennoch beachtlich: Im Jahr 1985 gehörten rund 40 Prozent der Abgeordneten lokaler Sowjets und 67 Prozent der Mitglieder der Exekutivkomitees (im Durchschnitt fünf von sieben) der Einheitspartei an, während sich die Exekutivkomitees auf der Ebene des Rajons oder des Bezirks bereits fast vollständig aus Parteimitgliedern zusammensetzten (vgl. Tabelle 1). Parteimitglieder waren auch abseits konkreter Anweisungen verpflichtet, den parteilichen Prinzipien Folge zu leisten. Anfallende Entscheidungen wurden damit im Sinne Luhmanns gesteuert<sup>24</sup> – nicht indem die Lokalverwaltung selbst, wohl aber ihre Mitglieder durch die Parteibindung gehalten waren, die Differenz der eigenen (Verwaltungs-)Entscheidungen zur Parteideologie zu minimieren. In diesem Sinne lässt sich die Partei als normative und in hohem Maße durchdringende (»pervasive«) Organisation beschreiben, deren Anspruch auf universelle Gültigkeit von und Bekenntnis zu marxistisch-leninistischen Prinzipien die eigenen Grenzen transzendierte und sich auf alle Lebensbereiche der Mitglieder erstreckte<sup>25</sup> (vgl. zu diesem Organisationstyp Etzioni 1975: 264ff; auch: Bonazzi 2008: 275f).

In Gestalt der Einheitspartei, so lässt sich zusammenfassen, gelang es der Politik, Verwaltungsautonomie effektiv zu beschneiden, indem sie sich selbst als überrelevante innere Umwelt des politischen Systems generierte. Der Einfluss der Politik konnte von der Verwaltung gerade nicht nach eigenen Maßgaben hervorgehoben oder zurückgedrängt werden, sondern war in jedem Fall unumgänglich: In der Sozialdimension wurde mit Blick auf die Verwaltungsmitglieder das autonomiekonsti-

---

24 »Nun ist Steuerung aber nicht einfach Beobachtung, nicht einfach Verwendung einer Unterscheidung zur Bezeichnung der einen (und nicht der anderen) Seite. Als Steuerung bezeichnet man vielmehr eine ganz spezifische Verwendung von Unterscheidungen, nämlich das Bemühen um eine *Verringerung der Differenz*.« (Luhmann 1988: 328)

25 Einen vergleichbaren Anspruch erheben in der Regel religiöse Organisationen gegenüber ihren Mitgliedern – nicht umsonst betitelt Lewytzkyi (1967) seine Analyse der Kommunistischen Partei der Sowjetunion als »Porträt eines Ordens« –, worin eine Ursache für die strikte Inkompatibilität von Sozialismus und Religion (respektive Partei/Sowjetmacht und Kirche) zu suchen ist.

tuierende Prinzip der Rollentrennung umgekehrt in eine explizite Rollenkopplung (vgl. dazu Luhmann 2010: 174f). Die Verwaltung konnte es sich nicht leisten, von den politischen Rollen ihrer Mitglieder (d.h. der Beamtinnen und Beamten) zu abstrahieren, sondern war gezwungen, diese explizit in die eigenen Operationen einzu beziehen (die bereits erwähnten »interlocking career structures« weisen darauf hin, vgl. Ross 2009: 31; vgl. zum Prinzip der Rollentrennung in diesem Zusammenhang Luhmann 2010: 177). In der Sachdimension sorgte die Politik auf direktem und indirektem Wege für eine »durchgreifende Ideologisierung allen öffentlichen Handelns« (Luhmann 2010: 128f). Die sowjetische Verwaltung wurde damit ausschließlich über ihre Grenze zur Politik beherrscht und letztlich »zu einem bloßen Annex, zu einem verlängerten Arm« (Luhmann 2010: 174) Letzterer reduziert:

»The intricacies of the hierarchical stratification, the principles of democratic centralism and dual subordination, and the overlapping and duplication of responsibilities are there for a purpose: to incorporate local government into the total bureaucratic system that runs the country, and to ensure that the center's will is enforced in the localities.« (Jacobs 1983: 17)

Oder ideologisch gewendet:

»[E]ach local soviet must strive to ensure that what it is doing fits harmoniously with the greater good of Soviet society as a whole. [...] Ideally, the role of the deputy as representative in this system is to merge dialectically the specific interests of constituents with the general interests of society.« (Hahn 1988: 81f)

Erkauft wurde die weitreichende Kontrolle der Einheitspartei sowohl über den eigenen Apparat als auch über die Entscheidungen der staatlichen Verwaltung jedoch mit sehr begrenzten Möglichkeiten zum Aufbau von Eigenkomplexität und damit mit beschränkten Fähigkeiten zur Verarbeitung von Umweltkomplexität. Das auf die Einheitspartei fixierte politische System war nicht mehr in der Lage, mit Kontroversen und widersprüchlichen Handlungsorientierungen umzugehen, ohne seinen eigenen Bestand zu gefährden (Luhmann 2010: 127). In der Folge war es darauf angewiesen, seine Umweltbeobachtung auf Übereinstimmung mit oder Abweichung von den ideologischen Grundsätzen des sozialistischen Programms zu reduzieren. Im System selbst wurde dies zwar reflektiert. Es zog daraus jedoch nicht die Konsequenz, ein höheres Maß an interner Differenzierung und Teilsystemautonomie zuzulassen und damit Eigenkomplexität aufzubauen, denn dies hätte sich notwendigerweise negativ auf seine Kontrollfähigkeit ausgewirkt.

Tabelle 1: Personelle Struktur der sowjetischen Lokalverwaltung (1985)

| Verwaltungs-<br>einheit      | Lokale Räte             |                            | Lokale Exekutivkomitees |                            |
|------------------------------|-------------------------|----------------------------|-------------------------|----------------------------|
|                              | Mitglieder<br>der KPdSU | Mitglieder d.<br>Komsomol* | Mitglieder<br>der KPdSU | Mitglieder d.<br>Komsomol* |
| Gebiet, Gau,<br>Distrikt     | 54,6 %                  | 26,5 %                     | 90,4 %                  | 5,6 %                      |
| Rajon                        | 49,0 %                  | 24,6 %                     | 88,1 %                  | 6,8 %                      |
| Stadt                        | 46,3 %                  | 25,1 %                     | 85,7 %                  | 6,3 %                      |
| Stadtbezirk                  | 46,8 %                  | 25,0 %                     | 88,2 %                  | 6,2 %                      |
| Siedlung                     | 41,1 %                  | 22,1 %                     | 73,0 %                  | 7,4 %                      |
| Dorf                         | 40,5 %                  | 21,0 %                     | 67,2 %                  | 8,7 %                      |
| Anteil aller<br>Abgeordneter | 42,8 %                  | 22,3 %                     | 71,1 %                  | 8,2 %                      |
| Anteil an der<br>Bevölkerung | 6,5 %**                 | 15,4 %                     | 6,5 % <sup>2</sup>      | k.A.                       |

\* Jugendorganisation der KPdSU

\*\* Dieser Anteil entspricht etwa 18,5 Millionen Parteimitgliedern

Quelle: Hahn (1988: 110), Kornai (1992: 35).

Zwar gab es im Bereich der sowjetischen Lokalverwaltung hin und wieder zaghafte Dezentralisierungsbestrebungen. Beispielsweise ließen sich mit Chruschtschows Amtsantritt nach dem Tod Stalins leichte Tendenzen in Richtung einer Verschiebung der politischen Macht beobachten, im Rahmen derer die Räte als Partizipationsorgane reaktiviert und die Mitsprache der lokalen Ebene in Entscheidungsprozessen gesteigert werden sollten (Campbell 1995: 148ff; Hill 1983: 21ff). Derartige Reformmaßnahmen blieben jedoch in der Regel entweder ohne nennenswerte Effekte oder führten zu einem undurchschaubaren Netz an verwaltungsinternen Rechenschaftsverpflichtungen ohne klar erkennbare Autorität (Campbell 1995: 150). Denn sobald das Regime durch die Schaffung neuer Stellen auf unteren Hierarchieebenen die Möglichkeit dezentraler Entscheidung schuf, welche der eigenen Logik jedoch stets zuwider lief, sah es sich im Bewusstsein dieses Widerspruchs gezwungen, mit einer Ausweitung des bürokratischen Apparats zu reagieren. Dies wiederum führte zu bekannten Struktureffekten übermäßig wachsender Organisationen: Unüberschaubarkeit, Trägheit und steigende Kosten der Kontrolle und eigenen Aufrechterhaltung. Die Partei initiierte Maßnahmen, deren Effekte sie hinterrücks wieder einfangen musste, um ihre eigene Existenz nicht zu

gefährden<sup>26</sup> (Campbell 1995: 149), und war damit buchstäblich gefangen in den eigenen Prinzipien:

»It is true that all the positive changes of the past three decades have been sponsored by the party. And yet the party as an institution insists on keeping local government firmly under control, issuing binding directives, influencing appointments and directly interfering in the work of state employees. [...] Soviet local government today still seems trapped by the cultural legacy of the past, and by the ideological underpinnings of the system.« (Hill 1983: 33)

Um die eigene Reproduktionsfähigkeit unter diesen Bedingungen zu sichern, war das politische System – respektive die Partei – darauf angewiesen, auf seine Umwelt durchzugreifen und diese auf eine Weise zu strukturieren, die die Wahrscheinlichkeit von Abweichungen reduzierte und deren Beobachtbarkeit anhand der eigenen Unterscheidungen ermöglichte. Dabei musste die Umwelt jedoch Umwelt bleiben. Was banal klingt, macht deutlich, dass die Partei allein das Ziel der Vollinklusion nicht bewerkstelligen konnte. Die Integration der Umwelt durch die Ausweitung der eigenen Grenzen mit dem Ziel der Kontrolle – alle werden Parteimitglieder und dadurch organisational gebunden – entfiel aufgrund des gesellschaftlichen Führungsanspruchs der Partei: Wollte sie diesen Führungsanspruch behaupten, musste Mitgliedschaft ein Privileg bleiben – und dies galt selbst für eine Massenpartei wie die KPdSU,<sup>27</sup> deren Rekrutierungspolitik auf der Idee basierte »that the party represented the cream of Soviet society« (Sakwa 1998: 84; zum aufwendigen und anspruchsvollen Aufnahmeprozess in die Partei vgl. auch Hough/Fainsod 1982: 320ff). Stattdessen versuchte sie, Umweltkomplexität – also gesellschaftliche Komplexität – so weit zu reduzieren, dass sie den eigenen Verarbeitungskapazitäten entsprach. Weicks (1979) Beobachtung – »Organisationen malen ihr eigenes Bühnen-

---

26 Die ersten ernstzunehmenden Reformen in Richtung politischer Dezentralisierung wurden in den späten 1980er Jahren auf Gorbatschows Initiative in Angriff genommen, wobei es im Kern darum ging, die Machtposition der Partei zugunsten anderer Institutionen und vor allem gegenüber den Sowjets zu schwächen (Hahn 1989; Ross 2009: 38ff). Zu den sichtbarsten Maßnahmen gehörte die Einführung zumindest ansatzweise kompetitiver Wahlen in einigen Bezirken, bei denen mehr als ein Kandidat zugelassen wurde (Ross 2009: 41f). Historisch kamen Gorbatschows Reformversuche jedoch zu spät, als dass sie den Zusammenbruch des Regimes hätten verhindern können, so dass aus heutiger Sicht mehr die zugrundeliegende Intention als die tatsächlichen Effekte beurteilt werden können (vgl. dazu ausführlich S. 135ff).

27 Im Jahr 1986 umfasste die KPdSU 19,04 Millionen Mitglieder, was einem Anteil von 9,7 Prozent der erwachsenen Bevölkerung oder 6,8 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach (Sakwa 1998: 84f).

bild, betrachten es durch das Opernglas und versuchen, ihren Weg durch die Bühnenlandschaft zu finden« (Tom Lodahl zitiert nach Weick 1995 [1979]: 198) – trifft demnach nicht nur auch auf die KPdSU zu, sondern entfaltete aufgrund der hervorgehobenen Stellung Letzterer innerhalb der sowjetischen Gesellschaft besondere Durchschlagskraft. Das zentrale Instrument im Hinblick auf dieses Vorhaben stellten Massenorganisationen dar, die sich als Versuch beobachten lassen, die Funktionslogik der ganzen Gesellschaft auf die Unterscheidung von Akzeptanz und Nicht-Akzeptanz des sozialistischen Programms auszurichten und damit für das (unterkomplexe) politische System handhabbar machen.

## Massenorganisationen

Ideologisch und in den Worten Lenins fungierten Massenorganisationen als »Transmissionsriemen« für die Vermittlung der marxistisch-leninistischen Ideologie an die breite Masse der Bevölkerung. Letztere wurde meist in Form klar definierter gesellschaftlicher Zielgruppen adressiert, wie etwa Arbeiterinnen und Arbeiter, Jugendliche, Frauen, Kulturschaffende und andere (Kornai 1992: 40; vgl. dazu auch Selznick 1952: 8ff). Beispiele für Massenorganisationen, die in vergleichbarer Form nicht nur in der Sowjetunion, sondern in allen Staaten des ehemaligen Ostblocks existierten, waren dementsprechend Einheitsgewerkschaften, Genossenschaften, die Sowjets (Räte), Jugendorganisationen, Kultur- und Sportverbände etc. Über ihre ideologische Transmissionsfunktion hinaus kamen Massenorganisationen aber auch mit Blick auf ganz praktische Ziele zum Einsatz: Sie wurden für Kampagnen mobilisiert, die Defizite vor allem ökonomischer Art kompensieren sollten (Planerfüllung, Energiesparen, die Steigerung schulischer oder universitärer Leistungen und dergleichen mehr) (Mähler 2002: 110).

Ein augenfälliges Merkmal sozialistischer Massenorganisationen war ihr Anspruch auf ein Funktionsmonopol für einen bestimmten gesellschaftlichen Bereich.<sup>28</sup> Der überwiegende Teil von ihnen wurde dabei entlang gesellschaftlicher Bereiche oder Problemlagen eingerichtet, die in einer funktional differenzierten Gesellschaft für gewöhnlich Funktionssysteme ausfüllen. Bestimmte Operationen (respektive Kommunikationen) sollten auf diese Weise möglichst umfassend in organisierte Strukturen überführt und damit kontrollierbar gemacht werden (Kornai 1992: 39; für das Beispiel der DDR auch Mähler 2002: 105f). So beanspruchte der Kulturbund »von den Briefmarkensammlern bis zu den Schriftstellern alle ›Kultur-

---

28 Ungeachtet ihrer Omnipräsenz im sowjetischen Alltag führen Massenorganisationen in Analysen sowjetischen Regimes bislang weitgehend ein Schattendasein. Unter den wenigen Ausnahmen sind die Studie von Kornai (1992: v.a. 39f) und für die DDR die Beiträge in Stephan et al. (2002).

schaffenden« in seinen Reihen [zu] vereinen« (Mähler 2002: 105). Ähnliche Ziele verfolgten die Einheitsgewerkschaften, Genossenschaften, Jugendorganisationen oder Sportverbände. Ein besonders prominentes Beispiel für den Versuch der umfassenden Organisation eines gesellschaftlichen Bereichs ist sicher das Knappheitsproblem, das über die Steuerung des Produktions- und Distributionsprozesses durch den Zentralstaat gelöst werden sollte (vgl. für den Bereich der Landwirtschaft ausführlich S. 70ff). Die defizitären Konsequenzen dieses Vorhabens traten in Form der chronischen sowjetischen Mangelwirtschaft besonders deutlich zu Tage. Vergleichbare Organisationsmonopole finden sich aber auch für die Erziehung, das Recht, die Kunst und andere.

Zu beachten ist im Gegenzug allerdings auch, dass in sozialistischen Regimen nicht für alle »klassischen« Bereiche moderner Gesellschaften Organisationen eingerichtet wurden. Vor allem diejenigen gesellschaftlichen Bereiche, in denen die politische Führung keine Möglichkeit sah, sie durch entsprechende Organisation in Einklang mit der sozialistischen Ideologie zu bringen, wurden oft kurzerhand nicht zugelassen oder zu illegalisieren versucht. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist die Religion bzw. die Kirche als Organisation, die die sozialistischen Regime offensichtlich nie umfassend in den Griff bekamen, was auch am Fehlen einer spezialisierten Massenorganisation zu erkennen ist. Interessanterweise spielte ausgerechnet die Kirche während der Revolutionen in vielen sozialistischen Staaten eine bedeutende Rolle (für die DDR vgl. Pollack 1990, 1994) und die Bindung an diese Institution entwickelte sich zu einer besonders klar erkennbaren Möglichkeit, individueller Opposition zum politischen Regime Ausdruck zu verleihen.

Indem die Massenorganisationen der Partei untergeordnet waren und den parteilichen Anweisungen und Vorgaben bezüglich ihrer Entscheidungen und Organisationszwecke Folge zu leisten hatten (was in der Regel wiederum durch die Parteimitgliedschaft der jeweiligen Führungsriege sichergestellt werden sollte), konnte die Partei potenziell auf alle gesellschaftlichen Bereiche durchgreifen und über Mitgliedschaftsentscheidungen den Zugang einzelner Personen zu diesen Bereichen beeinflussen. Gleichzeitig bestand im Verhältnis der Massenorganisationen zur Partei eine klare Trennung: Die Mitgliedschaften in beiden Organisationstypen bedingten sich weder wechselseitig noch schlossen sie sich aus – Massenorganisationen und Partei waren füreinander Umwelt.

Mit Blick auf das sowjetische Vorhaben der Vollinklusion aller Gesellschaftsmitglieder leisteten die Massenorganisationen einen für das Regime unverzichtbaren Beitrag. Die Omnipräsenz organisationaler Strukturen in allen Bereichen des alltäglichen Lebens machte es faktisch unmöglich, die Mitgliedschaft vollständig zu umgehen. Ob im Hinblick auf den Beruf, auf Freizeitaktivitäten oder auf Bildung und Erziehung, stets war der Beitritt zur entsprechenden Organisation die Voraussetzung für die Adressierbarkeit im jeweiligen gesellschaftlichen Bereich. Das Re-

sultat war ein gesellschaftsweit umfassender Organisationsgrad<sup>29</sup> unter staatlicher Kontrolle.

Verstärkt wurde der Mitgliedschaftsdruck durch Sanktionen: *Positive Sanktionen* bestanden im Gewähren persönlicher Vorteile, die für (Noch-)Nicht-Mitglieder der Massenorganisationen Beitrittsanreize darstellten und Mitglieder zu stärkerem Engagement innerhalb der Organisation anspornen sollten. So spielten beispielsweise wirtschaftliche Überlegungen für den Beitritt zu Konsumgenossenschaften eine zentrale Rolle und Gewerkschaften wurden zu wichtigen Anbietern von Urlaubsreisen und Kulturveranstaltungen (Mählert 2002: 112). Nachdem im Bereich der organisierten Produktion (also in Staatsunternehmen und Genossenschaften) das Medium Geld aus ideologischen Gründen nur begrenzt als Anreiz zur Produktivitätssteigerung zur Verfügung stand<sup>30</sup> (Luhmann 1997: 830), diente der Einsatz von Auszeichnungen und Privilegien diesem Zweck. Auf Organisationsstrukturen wurde dabei bei konkreten Motivations- und Stimulierungsmaßnahmen zurückgegriffen. So kam beispielsweise betriebsintern der Vergabe von Prämien eine hervorgehobene Bedeutung zu (Berliner 1957, 1952) (vgl. dazu auch S. 83ff). Für die Landwirtschaft sah das dritte Musterstatut,<sup>31</sup> ein standardisiertes Regelwerk für die

---

29 Genaue Mitgliedschaftszahlen für die Massenorganisationen der Sowjetunion lassen sich nicht ermitteln. Als Maßstab für den Organisationsgrad eignet sich jedoch das Beispiel der DDR, deren politisches Regime in dieser Hinsicht ähnlich strukturiert war. Im Jahr 1988 umfasste der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB), die Einheitsgewerkschaft der DDR, 9,6 Millionen Mitglieder (60 Prozent der Bevölkerung), die Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft 6,3 Millionen (rund 40 Prozent der Bevölkerung), die Freie Deutsche Jugend (FDJ) und die Pioniere 4,3 Millionen und der Deutsche Turn- und Sportbund (DTSB) 3,7 Millionen (Zahlen aus Stephan et al. 2002).

30 Ganz konnte das Regime jedoch offensichtlich nicht auf monetäre Anreize verzichten: Beispielsweise beschreibt Figes (2012: 193ff), wie seit 1950 selbst in den Arbeitslagern des Gulag, die eigentlich der sozialistischen Umerziehung ihrer Insassen dienen sollten, teilweise Lohnzahlungen als Anreiz für die Häftlinge eingeführt wurden, nachdem deren Produktivität und damit ihr Beitrag zur sowjetischen Wirtschaft nach Ansicht der politischen Führung zu stark gesunken war.

31 Die Musterstatute für die Kollektivbetriebe waren standardisierte Regelwerke, die den Status von Gesetzen hatten und die generellen Prinzipien für die interne Struktur und die Aufgaben und Verantwortlichkeiten der Betriebe festlegten. In der Geschichte der Sowjetunion waren vier Versionen des Musterstatuts in Kraft, die in den Jahren 1930, 1935, 1969 und 1988 implementiert wurden (Altrichter 1984: 195; Lindner 2008: 72). Die vierte Version von 1988 hatte jedoch aufgrund des Regimewechsels keine praktische Relevanz mehr, so dass hier ausschließlich das dritte Musterstatut von 1969 von Bedeutung ist (weitere Details dazu folgen auf S. 72ff).

Struktur landwirtschaftlicher Kollektivbetriebe, ein ganzes Bündel an »Maßnahmen zur Stimulierung der Kolchosmitglieder« vor, deren Einsatz der Entscheidung der Betriebsleitung unterlag: Belobigungen, Prämien, die Auszeichnung mit Geschenken oder Ehrenurkunden, ein Eintrag auf der Ehrentafel oder in das Ehrenbuch oder die Verleihung der Titel »Verdientes Kolchosmitglied« oder »Ehrenmitglied des Kolchos« (Drittes Musterstatut, Art. 34, zitiert nach Brunner/Westen 1970: 155; siehe auch Humphrey 1998: 111). Einer vergleichbaren Logik folgten die sogenannten »sozialistischen Wettbewerbe« (»sozsovernovanie«), die zwischen einzelnen Betriebsangehörigen oder ganzen Abteilungen sowohl innerhalb als auch zwischen Unternehmen veranstaltet wurden. Den Siegerinnen und Siegern winkten ebenfalls Prämien, die Gewährung individueller Vorteile und Vergünstigungen sowie – selbstredend – sozialistisches Prestige, das beispielsweise durch die Verleihung des »roten Banners« sichtbar gemacht wurde (Berliner 1957: 26; Humphrey 1998: 111).

*Negative Sanktionierungen* bestanden zum einen schlicht in unterlassenen positiven Sanktionen, beispielsweise der expliziten Nicht-Gewährung von persönlichen Vorteilen, die mit der Mitgliedschaft und besonderem Engagement in den Massenorganisationen verbunden waren, sie konnten aber auch eigene Formen annehmen. Wiederum am Beispiel landwirtschaftlicher Kollektivbetriebe nennt Humphrey (1998: 111) das Erteilen von Verweisen, Verwarnungen und strengen Verwarnungen, die zeitlich begrenzte Herabstufung auf eine schlechter bezahlte Stelle innerhalb der Organisation und im Extremfall die Entlassung aus dem Betrieb.

In positiver wie in negativer Richtung verstärkte das Außer-Kraft-Setzen von Konvertibilitätssperren den Effekt der Sanktionen: Unter der Bedingung funktionaler Differenzierung bewirken Konvertibilitätssperren, dass Erfolge aus einem Funktionssystem (z.B. ein in einem Teilsystem erworbener Status einer Person) nicht reibungslos in andere Funktionssysteme übermittelt werden können (Stichweh 2005: 175). Zwar wird diese theoretisch postulierte Rigidität von Konvertibilitätssperren in der Praxis häufig nicht eingelöst – wohlgemerkt auch nicht in sogenannten westlichen Gesellschaften –, sobald jedoch ein gewisses Maß an Durchlässigkeit offenkundig wird, entsteht zumindest Rechtfertigungsdruck. Ein »gesamtgesellschaftlicher Status und eine gesamtgesellschaftliche Sichtbarkeit« einzelner Personen oder Familien sind in der modernen Gesellschaft kaum denkbar (Stichweh 2005: 177). Im Gegensatz dazu war die fast universelle Transformierbarkeit von politischem Kapital – um auf Bourdieus Terminologie zurückzugreifen – ein verbreitetes und erwartbares Phänomen und organisationsübergreifende Karrieren waren, um ein Beispiel zu nennen, keine Seltenheit (Kornai 1992: 38f). Andersherum steigerte die Abwesenheit von Konvertibilitätssperren die Wahrscheinlichkeit von Exklusionsverkettungen: Innerhalb der umfassenden und omnipräsenten Strukturen der Massenorganisationen konnte nicht nur glaubwürdig mit dem Ausschluss aus

einer Organisation gedroht werden, sondern die Exklusion aus einer Organisation (und damit faktisch: aus einem gesellschaftlichen Bereich) zog über die entsprechenden Organisationen potenziell Exklusionen aus weiteren gesellschaftlichen Bereichen nach sich. Eine derartige Verkettung wurde beispielsweise durch das sogenannte Arbeitsbuch (»trudovaja knižka«) ermöglicht. Es wurde für alle Beschäftigten ausgestellt und dokumentierte Auszeichnungen ebenso wie Strafen und Vergehen. Diese Historie beeinflusste nicht allein die Beförderungsmöglichkeiten innerhalb des eigenen Unternehmens, sondern wirkte sich auch auf Aufstiegsmöglichkeiten innerhalb der Parteihierarchie oder auf potenzielle Stellenwechsel aus:

»Sometimes a fine is imposed, but more serious is the fact of documentary evidence of misdemeanours in a person's work record (*trudovaya knizhka*) – somewhat like the endorsement of a driving license in Britain – since this will affect promotion, success in the Party, and possibilities of transferring to other jobs.« (Humphrey 1998: 111)

Massenorganisation, dies legen die skizzierten Merkmale nahe, stellten innerhalb der sowjetischen Organisationsgesellschaft Strukturen bereit, die es der Partei ermöglichten, das Problem des eigenen Machterhalts zu bearbeiten, indem den Gesellschaftsmitgliedern persönliche Freiheitsgrade innerhalb politisch kontrollierbarer Strukturen geboten wurden. Dabei lässt sich eine Aufgabenteilung zwischen beiden Organisationstypen beobachten: Die *Einheitspartei* konnte sich auf eine isolierte und klar begrenzte Position zurückziehen, was ihrem gesellschaftlichen Führungsanspruch entsprach; die »unordentliche« Integration und Kontrolle der Bevölkerung wurde den *Massenorganisationen* überlassen, in die jeder eintreten durfte (und sollte), deren Führung sich jedoch immer wieder auf ihre Stellung innerhalb der gesellschaftlichen Hierarchie und damit auf die Vorgaben der Partei zurückziehen und Partizipation auf diese Weise beschneiden konnte. Sowohl der Verlust an individueller Autonomie als auch mangelnde Partizipationsmöglichkeiten wurden dabei nicht nur durch das breite Spektrum an wohlfahrtsstaatlichen Leistungen kompensiert, die der sowjetische Staat seinen Bürgerinnen und Bürgern bot (für analoge Mechanismen in der DDR vgl. Pollack 1998: 117f). Organisationsmitgliedschaft wurde darüber hinaus zur entscheidenden Voraussetzung für faktisch alle individuellen Handlungsmöglichkeiten<sup>32</sup> – Zaslavsky (1982: 142ff) verweist in die-

---

32 Mit dem empirischen Zusammenhang von Systemloyalität mit sozialer Mobilität und individuellen Karriereverläufen am Beispiel der DDR beschäftigt sich beispielsweise Solga (1994; vgl. auch Gebauer 2003). Die enge Verzahnung von wissenschaftlichen und politisch-administrativen Karrieren beschreibt Bikbov (2005: 315ff) am Beispiel zweier sowjetischer Soziologen.

sem Zusammenhang auf Strategien zur Herstellung von »organisiertem Massenkonsens«:

»Nachdem es einmal beschlossene Sache war, unabhängige Organisationen oder Interessensverbände nicht zuzulassen, mußte das Regime den Bürgern Raum lassen für individuelle Initiativen zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage und für andere Formen sozialen Aufstiegs.« (Zaslavsky 1982: 142)

Umgekehrt mussten diejenigen, die sich den politischen Ansprüchen widersetzen, damit rechnen, »disqualifiziert und an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden« (Pollack 1990: 294).

Das koordinative Verzahnen von Mitgliedschaftsmotivation und Organisationszweck – ein für Organisationen mit Blick auf das Gewinnen und Halten von Mitgliedern üblicherweise essentielles Unterfangen – konnte aus Sicht der politischen Führung unter diesen Bedingungen weitgehend ignoriert werden. Stattdessen konnte sie sich zumindest in der offiziellen Außendarstellung mit der Illusion von Freiwilligkeit als zentraler Mitgliedschaftsmotivation umgeben (zu verschiedenen Formen von Compliance in Organisationen vgl. Etzioni 1975: 9ff). Dies wiederum verweist auf eine weitere Dimension von Vollinklusion, auf die Massenorganisationen ebenfalls hinwirkten. Das Ziel der Vollinklusion beinhaltete nicht bloß den Anspruch der umfassenden Adressierbarkeit *aller*, sondern darüber hinaus der Inklusion der entsprechenden Personen *in toto*. Zum Ausdruck kam dies insbesondere in einem gigantischen Umerziehungsprojekt, das mit dem sozialistischen Gesellschaftsprogramm verbunden war und dem die Idee der Schaffung eines »Sowjetmenschen« als neuen Menschentyp zugrunde lag. Ergebnisse und Erfolge dieses Unterfangens – also die Internalisierung sozialistischer Prinzipien als psychischer Prozess – blieben für die politische Führung respektive für die Partei jedoch unbeobachtbar. Zwar sind Organisationen über Personen strukturell an psychische Systeme gekoppelt (Luhmann 2008 [1991]: 146). Letztere sind dabei jedoch stets Teil der Umwelt von Sozialsystemen und können folglich auch nur als solche wahrgenommen und behandelt werden (dasselbe gilt *vice versa*). Ein direkter Zugang zu – geschweige denn die Steuerung von – Umweltsystemen ist nicht möglich (Baraldi/Corsi/Esposito 1997: 129).

Mit der Möglichkeit, dass ihre umfassende Inklusionsabsicht unbeobachtet ins Leere laufen könnte, konnte sich die Einheitspartei angesichts ihres umfassenden Kontroll- und Führungsanspruchs jedoch kaum abfinden. Gefragt waren Indikatoren, um die Effekte des Umerziehungsvorhabens (vermeintlich) beobachtbar zu machen. Erneut kommen hier die Massenorganisationen ins Spiel: Ihre Strukturen wurden herangezogen, um die entscheidende, aber gesellschaftlich unbeobachtbare Unterscheidung Akzeptanz/Nicht-Akzeptanz sozialistischer Prinzipien und Werte in

die beobachtbare Unterscheidung Mitgliedschaft|Nicht-Mitgliedschaft in politisch kontrollierten Organisationen zu überführen, die auf beiden Seiten Anschlussmöglichkeiten für weitere Kommunikation eröffnete. Ungeachtet der damit verbundenen Selbsttäuschung, die dem Regime durchaus bewusst war, konnte die politische Führung auf Grundlage dieser Unterscheidung und unter Verweis auf den hohen Organisationsgrad der sowjetischen Gesellschaft nach innen und außen die Illusion ihrer vollständigen und bedingungslosen Unterstützung durch die Mitglieder der sozialistischen Volksgemeinschaft konstruieren und sich zudem einreden, diese stehe unter ihrer Kontrolle.

Im Zweifelsfall waren die Strukturen der Massenorganisationen unter diesen Umständen für die Partei eine Grundlage, um die Unterstützung des eigenen Programms einzufordern und jedes Gesellschaftsmitglied auf sozialistische Prinzipien festzulegen – genau dazu hatten sich die Mitglieder durch ihren Beitritt schließlich offiziell verpflichtet. Auch bei der Identifikation – oder genauer: Zuschreibung – von abweichendem oder systemkritischem Verhalten konnte die politische Führung stets auf die Massenorganisationen zurückgreifen, indem Letztere einen Rahmen boten, innerhalb dessen jegliches Verhalten als Entscheidung zu deuten und zuzurechnen war, auf die man sich in anschließenden Entscheidungen beziehen konnte: »Organisationen sind insofern *soziale Systeme*, die sich erlauben, *menschliches Verhalten so zu behandeln, als ob es ein Entscheiden wäre*« (Luhmann 2009 [1978]: 410; vgl. dazu auch Baecker 1999: 144f). In der sowjetischen Organisationsgesellschaft kam dies in der Repression von Dissidentinnen und Dissidenten ebenso zum Ausdruck wie in der Politisierung von Alltagsphänomenen wie einem ›westlichen‹ Kleidungsstil oder dem Konsum von ›kapitalistischer‹ Musik und Literatur, die unumwunden mit dem Widerstand gegen das Regime gleichgesetzt wurden (Koch 2002: 135). Aus Sicht der Mitglieder entfiel damit die Möglichkeit, sich nicht zu entscheiden – und zwar völlig unabhängig davon, ob ihnen dies bewusst war oder nicht:

»Es mag durchaus sein (und kommt nicht gerade selten vor), daß ein Funktionär gar nicht merkt, daß er entscheidet; und erst recht, daß er nicht alle Alternativen sieht, die er mit einer Entscheidung ausscheidet. Ausschlaggebend ist, dass eine Kommunikation früher oder später als (geplante, vermiedene, vollzogene) Entscheidung gelesen werden kann.« (Luhmann 2000b: 234)

Paradoxerweise und ungeachtet der daraus resultierenden Unwägbarkeiten politischer Entscheidungen – beispielsweise war ›Klassenfeind‹ eine offene Kategorie, die willkürlich mit Inhalt gefüllt wurde, so dass man nie sicher sein konnte, für vermeintliche Vergehen angeklagt und verurteilt zu werden (vgl. Applebaum 2003: 47) – entlastete die Gleichsetzung von Organisationsmitgliedschaft mit Programm-

akzeptanz und der Internalisierung sozialistischer Werte nicht nur die politische Führung selbst. Auch »normalen« Bürgerinnen und Bürgern bot sie die Möglichkeit, weitgehend unabhängig von ihren individuellen Überzeugungen nach außen Konformität zu demonstrieren, wovon nicht unerhebliche Anreize ausgingen, einer oder gleich mehrerer Organisationen beizutreten – konnte man auf diese Weise doch unangenehmen Nachfragen entgehen, auf welcher Seite man denn stehe (Mählert 2002: 113).

Gegen eine solche Darstellung der Massenorganisationen im Sozialismus lässt sich einwenden, dass auch in liberaldemokratischen Staaten Massenorganisationen in Form von Parteien, Verbänden oder Vereinen existieren. Im Unterschied zum sowjetischen Regime entstehen sie dort jedoch nicht als Produkt zentralisierter Planung, sondern in einem evolutionären Prozess, bei dem stets die Möglichkeit gegeben ist, dass Organisationen gerade nicht eindeutig funktional zuzuordnen sind (vgl. dazu Tacke 2001). Überdeutlich wird das Inkongruenzverhältnis von Funktionssystemen und Organisationen bei Verbänden. Sie können als Instrumente der strukturellen Kopplung zwischen Politik und anderen Teilsystemen gesehen werden, die sich aus Letzteren heraus entwickeln, so dass mit Konflikten oder widersprüchlichen Interessen zumindest gerechnet werden muss (Brodocz 1996). Mit Blick auf die Gesellschaft in ihrer Gesamtheit ist es aufgrund dessen faktisch ausgeschlossen, jenseits der konstitutiven Merkmale von Organisationen als Systemtyp ein gesellschaftsweit einheitliches Organisationsprinzip zu identifizieren. Im Gegensatz dazu sind Massenorganisationen in totalitären Regimen stets mit der Organisationsgesellschaft als Ganzes gleichgeschaltet und spiegeln als Fraktale<sup>33</sup> deren Struktur wider, so dass eine dominante Funktionslogik sichtbar wird und sich durch den hohen Organisationsgrad in ihrer Durchsetzungskraft verstärkt. Zusammengekommen erwiesen sich Massenorganisationen als wirkungsvolles Argument, um funktionale Differenzierung zwar – wie ich im Folgenden zeigen möchte – nicht vollständig auszuschalten, aber doch unter erheblichen politischen Druck zu setzen.

## **DIE ORGANISATIONSGESELLSCHAFT IM SOWJETISCHEN DORF**

Aufgrund von zwei Lücken wird die bisherige Beschreibung der sowjetischen Organisationsgesellschaft ihrem Gegenstand noch nicht vollständig gerecht. *Erstens* lag der Fokus bislang im Wesentlichen auf Organisationen, die mit ihren Merkma-

---

33 Darunter versteht Baecker (1999: 235) »einen Strukturwert, der unabhängig von der jeweils gewählten Ebene wieder erkennbar ist und daher als »Fraktal«, das heißt als »Selbstähnlichkeit«, verstanden werden kann«.

len und Logiken im sowjetischen Kontext überdominant waren. Die Ebene der Funktionssysteme und die Auswirkungen der dargestellten Strukturen auf basale funktionssystemspezifische Kommunikationsformen blieben bis hierhin weitgehend ausgeklammert. Unbeantwortet ist damit die Frage, was das dichte Netz an politisch kontrollierten Organisationen für funktionale Differenzierung impliziert. Lässt sich der Befund einer umfassenden politischen Adressierbarkeit (und Kontrollierbarkeit) von faktisch jeder und jedem innerhalb organisierter Strukturen mit der Schlussfolgerung gleichsetzen, dass auch funktionssystemspezifische Kommunikationsformen politisch okkupiert wurden – wie es der Absicht der Einheitspartei entsprach?

*Zweitens* beschränkte sich die bisherige Darstellung weitgehend auf die Formalstrukturen der Organisationen. Im Fokus standen also diejenigen Verhaltenserwartungen, die Bestandteil der Mitgliedsrolle sind und die ein Mitglied folglich anerkennen muss, möchte es seine Mitgliedschaft nicht riskieren – »[w]er abweicht, muß damit rechnen allein zu bleiben« (Luhmann 1964: 69). Gleichzeitig stellt der Rückzug auf die Formalstrukturen für die Mitglieder eine Möglichkeit dar, sich organisationsintern der Kritik zu entziehen und unangreifbar zu machen (Holzer 2006: 269; Kühl 2007: 272). Um den Reproduktionsmodus einer Organisation nachzuvollziehen, ist die Formalstruktur insoweit relevant, als dass sie die »tägliche Produktion und Reproduktion [der Organisation, E.M.] in bestimmte Bahnen lenkt, bestimmte Kommunikationen entmutigt, andere ermutigt, bestimmte Kommunikationen rechenschaftspflichtig macht, andere nicht, und auf diese Weise konditioniert, was möglich ist« (Baecker 1999: 136). Jede Formalstruktur wäre jedoch überlastet, wollte sie sämtliche organisationsinternen Kommunikationen erfassen und regeln, denn »[v]on all den faktischen Erwartungen, die ein soziales Handlungssystem orientieren und sinnhaft bestimmen, ist nur ein geringer Teil formalisiert« (Luhmann 1964: 268). Folglich ist es kaum denkbar, dass eine Organisation sich allein mittels ihrer Formalstrukturen reproduziert.

Die nicht-formalisierten Erwartungen können sowohl informaler als auch illegaler Art sein: *Informale* Erwartungszusammenhänge unterscheiden sich von der Formalstruktur, stehen jedoch nicht zwingend im Widerspruch zu ihr. Sie dienen dazu, die Formalstruktur auszufüllen, sie oftmals sogar zu stabilisieren und generell den Umgang mit formalen Vorgaben zu regeln. Informal wird beispielsweise festgelegt, in welchen Fällen ein Rückzug auf die formale Ordnung geboten respektive möglich ist und wann man sie ignorieren kann oder sogar muss. Während die formalen Rechte und Pflichten einer Mitgliedsrolle eindeutig bestimmt sind, ist weniger eindeutig – und gerade für neue Mitglieder und ›Uneingeweihte‹ auch wesentlich schwieriger in Erfahrung zu bringen – was über die formale Rollenbeschreibung hinaus personenbezogen (und nicht rollenbezogen!) von einem Mitglied erwartet wird (Holzer 2006: 268f). Hinzu kommt, dass die Mitglieder bei informellen Handlungen nicht auf entsprechende formale Erwartungen, d.h. die Befolgung von

Anweisungen, verweisen können und damit angreifbar werden (Kühl 2007: 273). Im Unterschied zu Informalität entbehrt *illegale* Kommunikation nicht nur der Absicherung durch die Formalstruktur der Organisation, sondern verletzt formale Erwartungen (Kühl 2007: 237; Luhmann 1964: 304). Während Informalität in Organisationen stillschweigend akzeptiert werden kann, erfordert Illegalität – sofern sie registriert wird – eine Reaktion (die auch in der Duldung bestehen kann, was aber selbst wiederum als illegal zu bewerten ist) (Kühl 2007: 273). Erst über das Zusammenspiel von formalen, informalen und gegebenenfalls auch illegalen Erwartungsstrukturen, so lässt sich diese kurze Skizze zusammenfassen, erschließt sich die spezifische Praxis einer Organisation (vgl. Luhmann 2000a: 24) – und dies galt ungeachtet des umfassenden Formalisierungs- und Kontrollanspruchs der politischen Führung auch für die sowjetische Organisationsgesellschaft.

Mit Blick auf diese beiden noch bestehenden Argumentationslücken lässt sich am Beispiel des sowjetischen Dorfes beobachten, auf welche Weise die politische Führung über die Formalstrukturen funktionssystemspezifische Kommunikation zwar beiseite drängte – also Entdifferenzierung betrieb. Gleichzeitig wird jedoch auch deutlich, auf welche Weise sich funktionssystemspezifische Kommunikationsformen gleichsam »unter der Hand«, in informalen und illegalen Nischen, durchsetzten und unter kontinuierlich mitlaufendem Verweis auf die Formalstrukturen reproduzierten. Die Beobachtung, dass Funktionssysteme im Sozialismus nicht vorkommen (Baecker 1998 [1997]-b: 128), ist zwar mit Blick auf die Formalstrukturen, die Außendarstellung und die Selbstbeschreibungen des sowjetischen Regimes plausibel. Sie lässt aber offen, ob und wie die informalen und illegalen Strukturen diese Fassade stützen oder hintergehen. Vor diesem Hintergrund zeigt das Beispiel des sowjetischen Dorfes und der sowjetischen Landwirtschaft nicht nur instruktiv, wie die skizzierten Organisationstypen real zusammenwirkten und gesellschaftliche Bezugsprobleme (hier vor allem Knappheit) bearbeiteten, sondern auch, auf welche Weise organisierte (d.h. politisierte) und unorganisierte (respektive unorganisierbare) Strukturen koexistierten und sich miteinander verzahnten. Die Möglichkeitsbedingungen für solche widersprüchlichen Strukturen wurden innerhalb des Regimes selbst geschaffen, indem die von der Partei dominierte politisch-administrative Hierarchie in den Dörfern unerwartet konterkariert wurde. Genau hier kommen die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe ins Spiel.

## Landwirtschaftliche Kollektivbetriebe als lokale Machtinstanz

Die landwirtschaftlichen Kollektiv- und Staatsbetriebe (Kolchose und Sovchose) waren aus den Massenkollektivierungen der späten 1920er und frühen 1930er Jahre hervorgegangen – alternativ mit den Worten Verderys (2003: 40) formuliert »the greatest theft in history«. Die Kollektivierungen entsprachen der ideologischen For-

derung nach Abschaffung allen Privateigentums an Produktionsmitteln und sollten den Bereich der Produktion in organisierte und kontrollierbare Strukturen überführen. Die Landwirtschaft, deren Kollektivierung auf dem 16. Parteitag der Kommunistischen Partei im November 1929 eingeleitet wurde, nahm dabei ideologisch eine hervorgehobene Stellung ein. Rückblickend heißt es dazu im dritten Parteiprogramm der KPdSU von 1961:

»In einem Land wie der UdSSR hing die Zukunft des Sozialismus wesentlich von der Lösung eines überaus schwierigen Problems ab: der Überführung der zersplitterten bäuerlichen Kleinbetriebe auf den Weg der sozialistischen Vergenossenschaftlichung. [...] Die Kollektivierung erlöste das Dorf für alle Zeiten von der Knechtung durch die Großbauern, der Klassendifferenzierung, dem Ruin und dem Elend.« (Zitiert nach Meissner 1965: 150f)

Die offizielle Begründung der Massenkollektivierung schloss zwei ideologische Dimensionen ein: Zum einen sollte die »Kulakengefahr« gebannt werden, die Stalin erstmals auf ebenjenem Parteikongress erwähnte und in diesem Zusammenhang den »dörflichen Klassenkampf« heraufbeschwor (Goehrke 2005: 31ff; Stökl 1997: 716ff). Als Kulaken (oder Großbauern) galten nach marxistischer Klassifikation jene bäuerlichen Betriebe, die nicht nur Familienmitglieder, sondern auch Außenstehende beschäftigten, und dadurch eine kapitalistische und regimefeindliche Produktionsweise verkörperten (Kornai 1992: 77). Zum anderen waren die Kollektivierungsmaßnahmen inhärenter Bestandteil des Projekts der Industrialisierung landwirtschaftlicher Produktion. Unter Verwendung der »Entkulakisierung« als Drohmittel (Goehrke 2005: 44) wurden kleine und offiziell als ineffizient bewertete Familienunternehmen, die im vorrevolutionären Russland die landwirtschaftliche Produktion prägten,<sup>34</sup> mit ihrem Besitz in genossenschaftliche Großbetriebe überführt – »provided with machines, equipped with the data of science, and capable of producing the greatest quantity of grain for the market« (Scott 1998: 209). Der politische Führungsblick richtete sich dabei stets auch auf die (kapitalistische) Umwelt, von der das eigene »Reich« strukturell entkoppelt werden sollte: Die von den Kollektivierungsmaßnahmen erhofften Effizienzsteigerungen sollten nicht zuletzt auch die Überlegenheit einer sozialistischen Wirtschaftsweise beweisen:

»Warum sollte man annehmen, dass Stalin sich selbst nicht glaubte, als er im Winter 1929 programmatisch davon sprach, dass die Sowjetunion nach der Kollektivierung und Motorisie-

---

34 Wurden 1928, am Vorabend der Kollektivierung, noch 96 Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Fläche von Kleinbauern bearbeitet, war ihr Anteil im Jahr 1940, als faktisch alle ländlichen Haushalte »kollektiviert« waren, auf 4 Prozent gesunken (Altrichter/Haumann 1986: 532; Ioffe/Nefedova/Zaslavski 2006: 20).

rung der Landwirtschaft binnen zwei, drei Jahren das getreidereichste Land der Welt werden würde, und auf dieser Basis dann auch zu einer militärisch-industriellen Weltmacht ersten Ranges?» (Koenen 2012: 85)

Doch die Ambitionen liefen schnell ins Leere: Die Hoffnungen auf (land-)wirtschaftliche Prosperität blieben unerfüllt und auch die Appelle an das Klassenbewusstsein der Landbevölkerung scheiterten am fehlenden Realitätsbezug. Der Dorf- alltag hatte mit der propagandistisch beschworenen »Klassenkampfsituation« wenig zu tun (Stökl 1997: 717), so dass die Erwartung einer freiwilligen Kollektivierung »von unten« unerfüllt blieb. Die politische Führung ließ sich davon jedoch nicht irritieren und ging schließlich dazu über, die neuen Eigentums- und Produktionsformen gewaltsam umzusetzen. Vermeintliche Großbauern – und diese Bezeichnung wurde in der Praxis sehr flexibel verwendet, denn alle, die sich gegen das Regime stellten, liefen Gefahr, als »Kulak« denunziert zu werden (Applebaum 2003: 89) – wurden enteignet, deportiert oder exekutiert (Kornai 1992: 77f; Stökl 1997: 718). Der Zwangsprozess der Massenkollektivierung führte in ein ökonomisches Desaster und eine Versorgungskrise mit dramatischen Auswirkungen: In Folge der geringen Getreideernte im Jahr 1932 und der daran anschließenden staatlichen Verteilungspolitik brach vor allem in der Ukraine und im Nordkaukasus eine Hungersnot aus, die circa sechs bis sieben Millionen Todesopfer forderte (Davies/Wheatcroft 2002; Mark/Simon 2004). Die Regierung reagierte auf die Getreideknappheit mit einer Verschärfung der Repressionen gegenüber der Landbevölkerung und vor allem gegenüber den damals noch existierenden Einzelbauern (Merl 1990: 223ff).<sup>35</sup>

Eine kontroverse wissenschaftliche Diskussion im Zusammenhang mit der Kollektivierung rankt sich um die Frage nach der Kontinuität oder dem Wandel der Eigentumsformen. Das Kontinuitätsargument vertritt beispielsweise aus historischer Perspektive Figes (1986) und verweist darauf, dass bereits in den Landkommunen vor 1917 kollektive Produktionsformen existiert hatten. Tatsächlich wurden im 19. Jahrhundert in zahlreichen Provinzen des russischen Reiches sogenannte Gemeinschaftsäcker (»obščestvennye zapaški«) betrieben, die zum Teil auf bäuerliche Traditionen zurückgingen und zum Teil per Dekret eingeführt worden waren. Im

35 In jüngerer Vergangenheit wird vor allem die Frage diskutiert, ob es sich beim sogenannten »holodomor« (wörtl.: Tötung durch Hunger) um eine »organisierte« Hungersnot gehalten habe, die von der politischen Führung als Substitut für die Deportation vermeintlicher Regimegegner bewusst herbeigeführt oder zumindest toleriert wurde (vgl. für diese Sichtweise z.B. Ellman 2005, 2007; Jahn 2004; Simon 2004; für die Gegenposition Davies/Wheatcroft 2002). Daran schließt sich die vor allem rechtlich und politisch bedeutsame Frage an, ob der »holodomor« als Genozid, also als gezielte Vernichtung des ukrainischen Volkes, anzuerkennen ist (vgl. z.B. Bilinsky 1999; Kul'čyc'kyj 2004).

letzteren Fall dienten sie vor allem dem Ziel, die Zahlung kommunaler Steuern durch die Gemeinden sicherzustellen. In ähnlicher Weise berufen sich aus geographischer Sicht auch Ioffe und Nefedova auf die Kontinuität hierarchisch-patriarchalischer Strukturen und sehen »ein klares, auf Affinität beruhendes Nachfolgeverhältnis zwischen Kolchozen und traditionellen Bauernkommunen« (Ioffe/Nefedova 1997: 60; zitiert nach Lindner 2008: 32; vgl. auch Ioffe/Nefedova/Zaslavski 2006: 13). Dagegen lässt sich argumentieren, dass diese Formen kollektiver Produktion im Unterschied zu den sozialistischen Kollektivbetrieben die private Produktion der bäuerlichen Familienbetriebe nicht ersetzten, sondern sie lediglich ergänzten. Zwar wurden damit durchaus kollektive Elemente (wie das Bewusstsein gegenseitiger Verantwortung, die Notwendigkeit gerechter Arbeitsteilung, die Selbstwahrnehmung als Produktionsgemeinschaft und ähnliches) in die landwirtschaftliche Produktionstätigkeit eingeführt, sie dürften jedoch nicht den Rang eines grundlegenden Prinzips erlangt haben, so dass die Kollektivierungsmaßnahmen ungeachtet dessen als drastischer Umbruch wahrgenommen wurden (vgl. zu dieser Sichtweise Goehrke 2005: 29ff).

Die beiden Typen sowjetischer Landwirtschaftsbetriebe – Kolchose und Sovchose –, die sich letztlich etablierten,<sup>36</sup> unterschieden sich primär durch die formalen Eigentumsverhältnisse und ihre Position in der wirtschaftlichen Planungshierarchie: Kollektivbetriebe (Kolchose) befanden sich offiziell als Zusammenschluss kleinbäuerlicher Betriebe im Eigentum ihrer Mitglieder; die trotz ihres ideologisch höheren Stellenwertes (Humphrey 1998: 74f; Lewytzkyi 1967: 119) zahlenmäßig geringer vertretenen Staatsbetriebe (Sovchose) waren staatliches Eigentum<sup>37</sup> (Altrichter/Haumann 1986: 531; Schinke/Wädekin 1985: 36). Relevant für die weitere Argumentation ist allein der Betriebstyp der Kolchose.

Für die Kollektivbetriebe waren im sowjetischen Organisationsgefüge drei Zwecke vorgesehen, die formal im ersten Abschnitt des dritten Musterstatuts von 1969 umrissen wurden: *Erstens* sollten die Kolchose als Landwirtschaftsbetriebe

---

36 In der Anfangszeit der Kollektivierung hatte man mit verschiedenen anderen Betriebsformen experimentiert, darunter die Kommune, das »artel« oder das »TOZ« (»tovariščestvo po sovместnoj obrabotke zemli«, wörtl.: Genossenschaft für die gemeinschaftliche Bearbeitung von Land), die sich jeweils durch unterschiedliche Vergesellschaftungsgrade von Boden und technischen Produktionsmitteln unterschieden (Hofmann 1983: 293).

37 Für die Praxis der landwirtschaftlichen Produktion war die Unterscheidung zwischen Staats- und Kollektiveigentum zu vernachlässigen. Ein bedeutsamer Unterschied bestand allerdings darin, dass Mitglieder von Kollektivbetrieben (im Unterschied zu Angestellten von Staatsbetrieben) die Möglichkeit hatten, neben ihrer Arbeit im Betrieb in begrenztem Umfang eigene Hoflandwirtschaften zu betreiben (zur Bedeutung dieser faktisch privaten Produktionsform im Schatten der Kollektivbetriebe siehe S. 90ff).

vor allem durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität und Produktionseffizienz die »gesellschaftliche Wirtschaft nach Kräften [...] festigen« und die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und deren Verkauf an den Staat vorantreiben. *Zweitens* sollten sie an der Erziehung der Kolchosmitglieder im Sinne des kommunistischen Ideals mitwirken, galt doch der Kolchos als »Schule des Kommunismus für die Bauernschaft« (Lindner 2008: 75f). Die Funktion der Kollektivbetriebe entsprach in dieser zweiten Hinsicht der bereits erwähnten Transmissionsfunktion der Massenorganisationen, die über die umfassende Inklusion der ländlichen Bevölkerung eine ideologische Brücke zu Letzterer schlagen sollten (Meissner 1985: 65): »[T]he ›dark‹ narod, the peasants who were perhaps the great remaining, intractable threat to the Bolshevik state, were to be replaced by rational, industrious, de-Christianized, progressive-thinking kolkhoz workers« (Scott 1998: 211). *Drittens* sollten die Kollektivbetriebe »die Dörfer allmählich in moderne, mit allen sozialen Erfordernissen ausgestaltete Siedlungen [...] verwandeln« und dabei die materiellen und kulturellen Bedürfnisse der Kolchosmitglieder befriedigen (Drittes Musterstatut, Art. 2, zitiert nach Brunner/Westen 1970: 148). Die Bereitstellung kommunaler Dienstleistungen und lokaler Infrastruktur war somit formal nicht allein die Aufgabe der Lokalverwaltung. Auch die Betriebe hatten sich zu beteiligen, solange die entsprechenden Tätigkeiten zweckgebunden im Hinblick auf die Ziele der Genossenschaft erfolgten. Im dritten Musterstatut heißt es dazu:

»Zu diesem Zweck

- baut der Kolchos Klubs, Bibliotheken und andere Kultur- und Bildungsstätten sowie Sportanlagen und [...] Kinderbetreuungsstätten;
- wirkt der Kolchos mit Elternhaus und Schule bei der richtigen Erziehung der Kinder zusammen, unterhält er enge Verbindung zur Schule [...];
- organisiert der Kolchos im Bedarfsfall Gemeinschaftsverpflegung [...];
- erweist er den Organen des Gesundheitswesens Hilfe bei ärztlichen und vorbeugenden Maßnahmen im Kolchos, stellt er Kolchosmitgliedern unentgeltlich und vordringlich Transportmittel zur Einlieferung von Kranken in medizinische Einrichtungen zur Verfügung;
- sorgt der Kolchos für die siedlungstechnische Ausgestaltung der Kolchosortschaften, für den Anschluß der Ortschaften und der Häuser der Kolchosmitglieder an das Stromnetz [...], fördert er die Organisation von Dienstleistungen für die Kolchosmitglieder und erweist ihnen nach den im Kolchos geltenden Bestimmungen Hilfe beim Bau und bei der Reparatur von Wohnhäusern [...].
- Der Kolchos sorgt für die verbesserte berufliche Fortbildung sowie für die Hebung des kulturellen und technischen Niveaus der Kolchosmitglieder.«

(Drittes Musterstatut, Art. 41, zitiert nach Brunner/Westen 1970: 158)

Zwar spricht die rechtlich-formale und territoriale Kongruenz ihrer Zuständigkeitsbereiche für ein gemeinsames Interesse von Kollektivbetrieben und Gemeindeverwaltungen (Lindner 2008: 82). Doch was auf eine (gleichberechtigte) Kooperation beider Institutionen schließen lassen könnte, entpuppte sich in der Praxis als zunehmende funktionale Abhängigkeit der Gemeindeverwaltungen von den Kollektivbetrieben (während der Massenkollektivierung, mit deren Umsetzung sie betraut waren, hatten erstere zumindest ansatzweise noch eine bedeutende Rolle gespielt, vgl. Wädekin 1969: 301). Zwar handelte es sich bei dem im Musterstatut genannten Aufgabenkatalog für den Bereich lokaler Infrastruktur weniger um verbindliche Vorgaben (wie sie beispielsweise die Wirtschaftspläne enthielten), sondern eher um eine Orientierung (Lindner 2008: 81). Nichtsdestotrotz erfüllten die Kollektivbetriebe in der Regel aber ein breites Spektrum infrastruktureller Aufgaben: Sie errichteten Kindergärten, Schulen und Bibliotheken, kümmerten sich um die Instandhaltung der Dorfwege, unterhielten Einrichtungen zur medizinischen Versorgung und ähnliches (vgl. dazu z.B. Lerman 2002: 43f; Ross 2009: 33), wozu die personellen und finanziellen Ressourcen der Gemeindeverwaltung nicht reichten. Zwar wurde die betriebliche Abhängigkeit von der staatlichen Zuteilungspolitik durchaus registriert, doch der Kolchos galt im Dorf dennoch als umfassende Organisation, als Garant für eine funktionierende Infrastruktur und letztlich auch als Vermittler staatlicher Fürsorge, der als solcher durchaus ein Gefühl der Sicherheit vermittelte – wie sich auch Gemeindemitglieder aus meinem Untersuchungsgebiet erinnern:

»Es gab eine Periode, in der der Kolchos viel gebaut hat [...], viele Gebäude im sozial-kulturellen Bereich wurden errichtet und damals wurde auch für die Wasserleitung Geld gegeben und für Wohnraum, den Kindergarten, die Schule – all das hat der Kolchos gebaut. Staatliche Mittel wurden dafür zugeteilt. [...] In der sowjetischen Zeit gab es mehr Geld als heute – aber dass man selbst etwas gebaut hat, das war nicht notwendig. Heute gibt es keine großen Bauaktivitäten mehr, aber wenn vereinzelt doch was gebaut wird, dann wird das mit eigenem Geld finanziert.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)<sup>38</sup>

»Wir [Kolchosarbeiter, E.M.] haben 16 Häuser im Jahr gebaut. Alles hat der Kolchos gebaut. [...] Der einzelne Mensch hat damals den Einfluss des Staates auf sich viel stärker gespürt. Und nicht nur wie heute, wenn jemand 200 Rubel Sozialhilfe bekommt, die sowieso unsichtbar sind – damals war das ganz konkret: einem wurde eine Wohnung gebaut. Das Kulturhaus, dort der Kindergarten – das alles hat der Kolchos von seinem eigenen Geld gebaut. Natürlich hat ihm der Staat geholfen, Hilfe vom Chef sozusagen. Aber heute gibt es keine Hilfe vom

---

38 Der Verweis auf eigene Interviews erfolgt mit der (in der Regel beruflichen) Tätigkeit der oder des Befragten und dem Datum des Interviews. Erläuterungen zum Datenmaterial und zu den Erhebungs- und Auswertungsmethoden folgen auf Seite 165ff.

Chef, keine Hilfe vom Staat – es gibt überhaupt keine Hilfe mehr.« (Gemeinderat und ehemaliger Kolchosangestellter, 13.8.2008)

Die entsprechenden Entscheidungen in diesen Angelegenheiten traf im sowjetischen Dorf die Kolchosleitung. Die Gemeindeverwaltung war bestenfalls noch ausführendes Organ mit mehr Pflichten als Rechten. Daneben war es üblich, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister respektive die Vorsitzenden der dörflichen Sowjets (»sel'sovet«) in die Kolchosleitung aufzunehmen, allerdings dort in untergeordneter Position gegenüber den Kolchosvorsitzenden. Oftmals ergänzten die Kollektivbetriebe die örtliche Verwaltung damit nicht nur, sondern verschmolzen mit ihr in funktionaler wie in personeller Hinsicht oder ersetzten sie vollständig (Wädekin 1969: 300ff; Lindner 2008: 80ff).

Der Bedeutungsverlust der Kommunen und insbesondere der örtlichen Sowjets, deren Entscheidungs- und Handlungsmöglichkeiten ohnedies bereits minimal und deren politisches Prestige denkbar gering war, wurde durch diese Konstellation zusätzlich verstärkt (Wädekin 1969: 301): »Der Vorsitz im Dorfsowjet wurde oft zu einem Abstellgleis, einer kleinen Sinekure für unfähige oder kompromittierte Funktionäre, die, da einmal in der ›Nomenklatur‹ stehend, irgendeinen Posten erhalten sollten« (Wädekin 1969: 303). Dass die lokalen Verwaltungsorgane vor diesem Hintergrund weder ein machtvolles Gegengewicht zur Leitung der Großbetriebe bilden konnten (Ross 2009: 32) noch ihre Kontrollfunktion gegenüber den Großbetrieben effektiv wahrnahmen (Wädekin 1969: 191), erscheint kaum noch erwähnenswert.

Kolchosintern gegenüber den Mitgliedern und damit faktisch gegenüber allen Dorfbewohnerinnen und -bewohnern verfügte die Betriebsleitung ohnedies über fast uneingeschränkte Macht. Betriebsinterne Mitbestimmungsrechte als Teil der offiziell proklamierten »Kolchosdemokratie« – laut den Vorgaben des dritten Musterstatuts erfolgt die Leitung des Kolchos »auf der Grundlage einer breiten Demokratie und der aktiven Teilnahme der Kolchosmitglieder an der Lösung aller Fragen des Kolchoslebens« (Drittes Musterstatut, Art. 45, zitiert nach Brunner/Westen 1970: 160) – entpuppen sich bei genauerem Hinsehen schnell als Farce: Zwar war formal die Vollversammlung das höchste Leitungsorgan, die die Kolchosleitung wählte, welche wiederum den Kolchosvorsitzenden bestimmte (Humphrey 1998: 103). Die Wahlen standen jedoch unter dem faktischen Einfluss der Parteikomitees der Bezirksebene (Wädekin 1969: 179), für den Vorsitz kandidierte häufig nur eine einzige Person und die öffentliche Wahl per Handzeichen machte »abweichendes Verhalten« unwahrscheinlich (Humphrey 1998: 331). Im Zweifelsfall konnte die Betriebsleitung zudem einzelne Personen von der Teilnahme an der Vollversammlung ausschließen (Humphrey 1998: 104). Wurden trotz dieser Gleichschaltungs-

mechanismen Vorsitzende erfolgreich abgelehnt, war dahinter das stillschweigende Placet der Bezirksverwaltung zu vermuten (Wädekin 1969: 180).

Ohnedies waren die Kompetenzen der Kolchosleitung gegenüber der Vollversammlung im Musterstatut nur sehr ungenau beschrieben, wodurch sich Auslegungsspielräume eröffneten, die im Zweifel dazu genutzt wurden, die dominante Position der oder des Vorsitzenden zusätzlich zu stärken (Wädekin 1969: 188ff):

»Wenn aus dem Musterstatut beispielsweise nicht eindeutig hervorging, für welche Fragen die Vollversammlung zuständig war, dann war ebenso wenig klar, was der Vorsitzende des Kolchoz alleine entscheiden durfte und was nicht. Derartige Unbestimmtheiten waren ganz offensichtlich beabsichtigt und öffneten willkürlichen Entscheidungen beziehungsweise einer starken Machtkonzentration in den Händen des Vorsitzenden Tür und Tor.« (Lindner 2008: 78)

Die einzige annähernd unabhängige kolchosinterne Institution war die Revisionskommission, die ebenfalls von der Vollversammlung bestimmt wurde und deren Aufgabe in der Überprüfung der Wirtschafts- und Finanztätigkeit der Betriebsleitung bestand (Humphrey 1998: 104; Lindner 2008: 77), ihre faktische Bedeutung als Kontrollorgan war über finanzielle und wirtschaftliche Fragen hinaus jedoch zu vernachlässigen (Wädekin 1969: 191f). Wie bereits im Fall der Lokalverwaltung beruhte der Einfluss der Partei auf die Kollektivbetriebe weniger auf formalen Entscheidungskompetenzen im Hinblick auf die Belange des Unternehmens, sondern ergab sich in der Sozialdimension über das Personal. Über 90 Prozent aller Kolchosvorsitzenden waren Parteimitglieder, was sie faktisch unangreifbar machte (Lindner 2008: 79; Wädekin 1969: 192).

Die Machtposition der Kolchosleitung im Dorf, so lässt sich zusammenfassen, speiste sich aus zwei Quellen: Über die *organisationsinternen* Strukturen waren die Kolchosmitglieder – und damit die überwiegende Mehrheit der Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner – der Kolchosleitung untergeordnet und verfügten über keine nennenswerten Mitbestimmungsmöglichkeiten; *organisationsextern* resultierte die dominante Position der Kolchosleitung gegenüber der formalen Autorität des »sel'sovet« (der Gemeindeverwaltung) aus der umfassenden und für das Dorf alternativlosen Funktion des Kollektivbetriebs im Bereich lokaler Infrastruktur. Der Kollektivbetrieb als »Massenorganisation der Bauernschaft« (Meissner 1985: 65) war auf diese Weise im Dorfkontext kaum zu umgehen und in praktisch allen Bereichen des alltäglichen Lebens handlungs- und entscheidungsrelevant. Die Kolchosleitung nahm eine Doppelrolle »sowohl als Organisator der Produktion als auch als Führer der Gesellschaft« ein (Janov zitiert nach Wädekin 1969: 198), in deren Händen mehr oder weniger sämtliche lokalen Fäden zusammenliefen: »[C]ollective farm administration does not discriminate between economic, politi-

cal, and legal power. Any official holds all these powers in some degree« (Humphrey 1998: 108; vgl. auch Ross 2009: 33).

Zwar befand sich die Kolchosleitung selbst innerhalb der Hierarchie der Organisationsgesellschaft in untergeordneter Stellung, im Dorf war jedoch ungeachtet dessen der direkte Einfluss der Partei zweitrangig, zumal das zuständige Parteikomitee in der Regel nicht im Dorf selbst, sondern auf höheren Verwaltungsebenen verankert war (Merl 1985: 98). Die resultierenden Machtverhältnisse beschreibt Wädekin als Kombination von »Ohnmacht nach oben« (1969: 178) und »Machtfülle nach unten« (1969: 188). Humphrey (1998: 328) betont mit Blick die Inversion der dörflichen Machtstrukturen im Vergleich mit der nächsthöheren Ebene des Bezirks: »Therefore we can summarise the relations of power at the level of the district as a whole as: Party → enterprise → Soviets, while at the locality the pattern is more likely to be: enterprise → Party → sel'sovet«. In identischer Weise berichtet eine Bürgermeisterin aus meinem Forschungsgebiet über die sowjetische Vergangenheit:

»Zu sowjetischer Zeit hatte der Vorsitzende des Sel'sovet [der Gemeindeverwaltung, E.M.] überhaupt keine Macht. Er war formal zwar eine Autorität, aber er hatte keine Macht. Der Vorsitzende des Kolchos war die einflussreichste Instanz auf dem Territorium. Nach ihm kam der Sekretär der lokalen Parteiorganisation.« (Bürgermeisterin, 8.8.2008)

Zusammengenommen lässt sich diese Situation des sowjetischen Dorfes als eine (begrenzte) Entkopplung innerhalb der politisch-administrativen Hierarchie beschreiben. Sie ist als Beispiel dafür zu lesen, wie sich innerhalb der Formalstrukturen des Regimes Spielräume für widersprüchliche Kommunikationsformen eröffneten. Um diese sichtbar zu machen, werfe ich im Folgenden zunächst einen Blick auf die andere Seite der Unterscheidung, die dieser Beobachtung zugrunde liegt: auf die nicht-widersprüchlichen, vom Regime vorgesehenen organisierten Strukturen landwirtschaftlicher Produktion. Mit Blick auf die wirtschaftliche Funktion der Kollektivbetriebe lässt sich dabei illustrieren, auf welche Weise die politische Führung über das sozialistische Programm nicht nur auf die Inhaltsebene wirtschaftlicher Kommunikation zugriff, indem die Art und der Umfang der Produktion über verbindliche Planziele vorgegeben wurden, sondern darüber hinaus auch die Codeebene okkupierte und den Gehalt von Zahlungen unterminierte.

## Hierarchisierte Knappheitskommunikation

Ungeachtet variierender Bezeichnungen als Planwirtschaft, Zentralverwaltungswirtschaft oder Kommandowirtschaft stimmen Beschreibungen der sowjetischen Wirtschaftsordnung darin überein, dass der Versuch zentralistischer Planung sämtlicher

ökonomischer Aktivitäten als ihr Herzstück betrachtet wird. Aus systemtheoretischer Perspektive ist Planen die »Festlegung von *Entscheidungsprämissen* für künftige Entscheidungen, oder kürzer formuliert: Planen heißt über Entscheidungen entscheiden« (Luhmann 2007 [1971]: 67) – und dies im Hinblick auf ein bestimmtes Ziel. Dabei werden künftige Entscheidungen nicht vorweggenommen, denn in der Planung geht es um die »Definition eines Entscheidungsproblems«, nicht »um die Festlegung der Bedingungen seiner Lösung« (Luhmann 2007 [1971]: 68). Ein Planungsprozess ist ohne Entscheidungen nicht denkbar und als planende Sozialsysteme kommen somit allein Organisationen in Frage. Für die Planung wirtschaftlicher Kommunikation wurde die Formalstruktur des sowjetischen Wirtschaftssystems als strikte Hierarchie eingerichtet (respektive einzurichten versucht), indem System-Umwelt-Grenzen durch die Bildung von Subsystemen in das System hineingeholt wurden (Luhmann 1964: 307). Suborganisationen waren Betriebe, Behörden und Parteikomitees, die sowohl intern als auch im Verhältnis zueinander hierarchisch geordnet wurden: Übergeordnete Ebenen gaben unteren Ebenen die Entscheidungsprämissen vor und untergeordnete Ebenen waren nach oben rechen-schaftspflichtig. Wiederum nach Art der Fraktale spiegelte sich auf diese Weise die (Formal-)Struktur des Gesamtsystems in seinen Teilen und sollte mit Blick auf den Planungsprozess maximale Kontrollierbarkeit aller Ebenen durch die politische Führung sicherstellen.

Oberstes Planungsorgan war die zentrale Planungsbehörde »Gosplan«. Sie arbeitete unter der Kontrolle und mit Zustimmung der Partei (respektive des Zentralkomitees) und weiterer staatlicher Institutionen Wirtschaftspläne für Zeiträume von einem und fünf Jahren aus. Während die Fünfjahrespläne generelle wirtschaftspolitische Zielsetzungen absteckten und als Entscheidungsprämissen im Produktionsprozess von nachrangiger Bedeutung waren (Kornai 1992: 111), enthielten die Einjahrespläne detaillierte Vorgaben über Produktionsmengen, -qualitäten und -zusammensetzungen sowie den Einsatz von Arbeitskräften,<sup>39</sup> regelten die Abwicklung des Verkaufs an den Staat sowie die Verwendung der Überschussproduktion<sup>40</sup> (Humphrey 1998: 95). Die Planvorgaben verstanden sich als Anweisungen – »Our plans are not forecast-plans, not guess-work plans, but directive plans« (Stalin zitiert nach Kornai 1992: 113) –, die entlang von Weisungsketten von der Hierar-

---

39 Die Einjahrespläne wiesen folgende einheitliche Struktur auf: (1) Produktion; (2) Verwendung der Produktion; (3) Arbeit; (4) Investitionen; (5) Ziele für die technische Entwicklung; (6) Außenhandel und internationale Wirtschaftsbeziehungen; (7) Finanzen (Kornai 1992: 111ff).

40 Landwirtschaftliche Kollektivbetriebe waren beispielsweise verpflichtet, mindestens 35 Prozent der Überschussproduktion an Getreide und rund 10 Prozent der Überschussproduktion an Vieh an den Staat zu verkaufen (Humphrey 1998: 95).

chiespitze nach unten weitergegeben und auf diese Weise sukzessive disaggregiert wurden. Ausgerichtet an den Jahresplänen wurden betriebsintern Vierteljahres- und Monatspläne erstellt und tägliche Planziele für jede Abteilung und sogar für einzelne Arbeiterinnen und Arbeiter und Angestellte abgeleitet. Die Disaggregation der Planziele bewirkte in erster Linie eine Bindung der umfangreichen und detaillierten Planvorgaben an identifizierbare Adressen innerhalb des Organisationengefüges. Wurde ein (Teil-)Ziel nicht erfüllt oder kam es zu Verzögerungen, konnte dies unmittelbar der entsprechenden Stelle innerhalb der Hierarchie zugerechnet und die Stelleninhaberin oder der Stelleninhaber zur Verantwortung gezogen werden: »Each inanimate figure in the plan is matched by a live bureaucratic institution with a responsible (and accountable) head« (Kornai 1992: 113). Die Freiheitsgrade der ausführenden Suborganisationen wurden auf diese Weise auf ein Minimum beschränkt und die größtmögliche Sichtbarkeit von Abweichungen hergestellt.

Die Kollektivierung von Eigentum an Land, Vieh und technischen Produktionsmitteln lässt sich vor diesem Hintergrund als eine wesentliche Voraussetzung für die Organisation und Hierarchisierung der landwirtschaftlichen Produktion beobachten. Scott (1998: Kap. 6) beschreibt den Kollektivierungsprozess als Großprojekt mit dem Ziel, den ungeordneten und aus Sicht der politischen Führung »unleserlichen« (»illegible«) ländlichen Raum des vorrevolutionären Russlands »lesbar« und damit kontrollierbar zu machen (eine ähnliche Sichtweise findet sich u.a. auch bei Kornai 1992: 82; Stökl 1997: 713). Kolchose und Sovchose waren in diesem Sinne Instrumente zur (vermeintlichen) Komplexitätsreduktion, indem die dezentrale und unübersichtliche kleinbetriebliche Produktion durch zentral gelenkte Großbetriebe ersetzt wurde: »In place, therefore, of an agriculture in which planting, harvesting, and marketing decisions were in the hands of individual households, the party-state had built a rural economy where all these decisions would be made centrally« (Scott 1998: 214). Es entstanden beobachtbare und gezielt adressierbare Einheiten, die sich im Unterschied zur Vielzahl der Familienbetriebe als Suborganisationen der Wirtschaft einrichten ließen. Als solche wurde ihnen zwar ein gewisser Handlungsspielraum eingeräumt, jedoch gleichzeitig ein fester Platz in der Hierarchie zugewiesen: Die staatlichen Sovchose unterstanden dem Landwirtschaftsministerium; die Kolchose galten formal als eigenständige Genossenschaften und waren als solche den Parteikomitees auf der Bezirksebene (»rajon«) unterstellt. Die Kolchose waren damit zwar in die Planungshierarchie eingebunden und hatten vorgegebene Produktionsziele zu erfüllen, für betriebsinterne Entscheidungen konnten jedoch seitens der Politik keine direkten Anweisungen ausgesprochen werden, wohl aber Empfehlungen (Wädekin 1969: 156ff).

Ungeachtet dieser begrenzten Entscheidungsfreiheit waren die Kolchose ebenso wie andere sowjetische Betriebe hinsichtlich ihrer Reproduktionsfähigkeit fast vollständig von den übergeordneten Hierarchieebenen abhängig, die über Planvorgaben

und die Zuteilung von Produktionsfaktoren und damit buchstäblich über »Leben oder Tod« eines Betriebs entschieden (Kornai 1992: 115). Entscheidungsgrundlage waren meist – aus Betriebssicht – undurchschaubare Kriterien: »Firms with losses were about as likely to obtain resources as firms with profits« (Olson 2000: 147) und unrentable Unternehmen galten häufig sogar als erfolgreich (Birman 1978: 159). Aus wirtschaftswissenschaftlicher Perspektive werden diese Praktiken in Kontrastierung mit der Logik des Marktes meist als »weiche« Budgetbeschränkungen beschrieben, die weitgehend profitunabhängigen, politischen oder schlicht willkürlichen Kriterien unterlagen (Kornai 1986). Alle ökonomischen Parameter wurden auf diese Weise vertikal, d.h. mit höheren Hierarchieebenen, verhandelbar<sup>41</sup> (Kornai 2000: 30, 1992: 140ff). Die Unterstützung wirtschaftlich schwacher Betriebe durch eine entsprechende Investitionspolitik, so stellt Wegren (1998: 25) mit Blick auf die Landwirtschaft fest, wurde zum »unique feature of soviet-style agriculture«. Zum wesentlichen Parameter für Erfolg oder Misserfolg eines Unternehmens entwickelten sich vor diesem Hintergrund die Position und der Einfluss der Betriebsleitung in der Planungshierarchie, »ihre Beziehungen nach »oben«« (Wädekin 1969: 181; auch Humphrey 1998: 94ff): »Ultimately, [...] the income of an enterprise is not given by its contribution to the achievement of the Politburo's objectives or by the revenue from its sales but by its political administrative power« (Olson 2000: 147). Ohnedies waren die Anreize Profit zu erzielen für die Unternehmen denkbar gering: Kapitalbesitz war ihnen nur in sehr geringem Umfang gestattet und Gewinne waren ab einem bestimmten Schwellenwert zu verstaatlichen. Zur freien Verwendung für kleinere Investitionen blieben lediglich »informelle« Gewinne, die an den Kontrollbehörden vorbeigeschleust wurden (Berliner 1952: 351f). Die Reproduktionsfähigkeit eines Betriebs wurde auf diese Weise effektiv von seiner Zahlungsfähigkeit entkoppelt.<sup>42</sup>

Ein bedeutendes Instrument, um im Rahmen dieses Entkopplungsprozesses konkrete unternehmensinterne Entscheidungen auf die politischen Vorgaben auszurichten und mit dem Planungsprozess gleichzuschalten, waren Prämien als leis-

---

41 Kornai (1992: 141f) nennt beispielsweise »weiche« Subventionen, Besteuerung, Kreditvergabe oder Preissetzung.

42 In ähnlicher Weise verwies das Geldvermögen eines Haushaltes nur vage auf den Zugang zu Konsumgütern und die Möglichkeit der Bearbeitung individueller Knappheiten. Die Ursache hierfür war in erster Linie die chronische Mangelsituation als Konsequenz der umfassenden Organisation des Wirtschaftssystems. An die Stelle generalisierter Käuferwartungen (vgl. dazu Kasuga 1987: 552) traten Zugangsrechte (als Nebeneffekt von Mitgliedschaft) und personalisierte Netzwerke.

tungsabhängige, monetäre oder nicht-monetäre<sup>43</sup> Ergänzungen zum Arbeitslohn: »The salary is paid for doing the job, the premium for doing it well« (Berliner 1957: 46). Über die Prämienvergabe entschieden teils die Ministerien, teils aber auch die Betriebsleitungen selbst. Betriebsintern hatte dies den Effekt, dass sich bereits in den Anfangsjahren der Sowjetunion sämtliche Entscheidungen über alle Ebenen hinweg maßgeblich an den Prämien orientierten und diese letztlich zu einem zentralen Fluchtpunkt unternehmensinterner Kommunikation avancierten: »Since the striving for premia is uppermost in the minds of management, and since premia are paid according to certain formalized criteria, these criteria become effective determinants of managerial decisions« (Berliner 1952: 349). Die (zumindest vordergründige) Planerfüllung, an die die Prämien direkt oder indirekt gekoppelt waren, wurde so zum obersten Organisationsziel, auf das sich ein ganzes Spektrum informaler Managementprinzipien ausrichtete. Diese hatten zwar allesamt positive Effekte auf die Reproduktionsfähigkeit der Betriebe innerhalb der Planungshierarchie und vor allem auf die individuelle wirtschaftliche Lage der Mitglieder der Betriebsleitungen, wirkten sich jedoch tendenziell negativ auf die Wirtschaftsleistung (gemessen an Indikatoren wie Produktionsmenge, Qualität und Bedarfsorientierung) aus:

- *Aushandlung günstiger Planvorgaben:* Um für den Betrieb möglichst günstige Ausgangsbedingungen zu schaffen, wurde der Planungsprozess durch die Aushandlung »weicher«, also geringer und leicht zu erreichender Planziele und durch die Übertreibung des eigenen Bedarfs an Produktionsfaktoren zu beeinflussen versucht (Berliner 1952: 353ff; für das Beispiel landwirtschaftlicher Kollektivbetriebe Wädekin 1969: 177f).
- *Horten von Ressourcen:* Das Aufsparen oder Horten zugeteilter Ressourcen verschaffte den Betrieben immerhin ein begrenztes Maß an Flexibilität und Entscheidungsspielraum, da auf diese Weise eine Reserve an Produktionsmitteln verfügbar war, die sie nach eigenem Ermessen einsetzen konnten. Zudem bildeten diese Vorräte die Grundlage für ein netzwerkförmiges Tauschsystem zwischen den Betrieben (Berliner 1957: 182ff; Verdery 1996: 20ff), das sich in einer Grauzone zwischen Informalität und Illegalität auf sämtliche Arten reziproker »Gefälligkeiten« zur Aufrechterhaltung des Produktionsprozesses bezog und unter der Bezeichnung »blat« bekannt war.<sup>44</sup> Gegenstand von »blat« waren neben dem direkten Tausch von Inputfaktoren zwischen Betrieben auch die bevorzugte Be-

43 Nicht-monetäre Prämien waren beispielsweise zusätzliche Urlaubstage, der Aufenthalt in einem Ferienlager und dergleichen (Berliner 1957: 27ff).

44 Für eine umfassende Darstellung von »blat« als netzwerkförmige Struktur informalen Austauschs im sowjetischen und postsowjetischen Kontext vgl. Ledeneva (1998, 1999).

handlung auf Wartelisten für bestimmte Lieferungen oder generell die Umgehung bürokratischer Hindernisse im Produktionsprozess.

- *Simulierte Planerfüllung*: Neben Versuchen, die tatsächliche Produktionsleistung im Hinblick auf die Erfüllung der Planvorgaben zu beeinflussen, kam eine Reihe von Täuschungsmanövern zum Einsatz, um die Planerfüllung zu simulieren und die eigene Leistung in bestmöglichem Licht darzustellen (Berliner 1952: 355ff): Die Outputqualität wurde zu Gunsten einer größeren Produktionsmenge herabgesetzt, gegenüber den Behörden wurden falsche Angaben über die im Produktionsprozess befindlichen – und damit kaum kontrollierbaren – Mengen gemacht, finanzielle Mittel wurden zweckentfremdet, fiktive und tatsächliche Kosten bei der Berechnung der planungsrelevanten Selbstkosten eines Produkts mit Blick auf das strategisch erwünschte Resultat beliebig umgeschichtet (für Letzteres vgl. Kitching 2001)<sup>45</sup> oder die Zusammensetzung der Produktpalette eigenmächtig geändert »by shifting factors of production away from the less advantageous planned products into the overfulfillment of the targets for the more advantageous products. Thus the firm simulates plan overfulfillment by producing an unplanned product-mix« (Berliner 1952: 355f).

An die Stelle von Wirtschaft, so lässt sich resümieren, trat eine (politisch kontrollierte) Hierarchie, innerhalb derer sich die Betriebe primär an Macht und nicht an Zahlungen (in Form von Profit und Zahlungsfähigkeit) orientierten. Primärorientierung heißt, dass die Organisation ihren Zweck auf die Funktion eines Funktionssystems ausrichtet und ihre Entscheidungskriterien ebenso wie ihre Kriterien »der Hoffnungslosigkeit des Weitermachens« (Luhmann 2009: 471) aus diesem Funktionssystem als relevanter (jedoch nicht einzig relevanter!) Umwelt bezieht.<sup>46</sup> Richtet sich die Primärorientierung einer Organisation auf die Wirtschaft (wie es bei Unternehmen üblicherweise der Fall ist), ist die Stoppregel verhältnismäßig simpel und

---

45 Kitching (2001) bezieht sich in seiner Studie auf das Beispiel landwirtschaftlicher Kollektivbetriebe, die gegenüber den Planungsbehörden im jährlichen Rechenschaftsbericht für jedes Produkt die Selbstkosten anzugeben hatten.

46 Instrukтив sind in diesem Zusammenhang die Überlegungen von Tacke (2001) zum Verhältnis von Organisationen und Funktionssystemen. Die Zuordnung von Organisationen zu Funktionssystemen sei, so Tacke, eine typologische Simplifikation. Dies ist solange unproblematisch, wie die empirische Zuordnung der Organisation in der Gesellschaft eindeutig und unbestritten ist (was im hier dargestellten Beispiel der Fall ist). Sobald sich hinsichtlich der Zuordnung jedoch empirische oder theoretische Inkonsistenzen ergeben, indem beispielsweise Selbst- und Fremdzusammenordnung einer Organisation auseinanderfallen, ist eine Auflösung dieser Simplifikation angebracht (Tacke 2001: 148). Letzteres wird im Kontext postsowjetischer Transformation relevant.

verhindert ein zu starkes Abweichen von der Orientierung am Knappheitsproblem.<sup>47</sup> Die Organisation gilt als gescheitert, wenn sie (dauerhaft) zahlungsunfähig ist (Luhmann 2009: 263f). Wohlgermerkt impliziert diese wirtschaftliche Stoppregele nicht, dass sämtliche organisationsinternen Entscheidungen durchweg ökonomisch rational sind. Aber um Profit oder zumindest die glaubwürdige Kommunikation von Gewinnerwartungen kommt ein Unternehmen im Interesse der eigenen Existenz zumindest langfristig nicht herum. Gleichzeitig verweist der Gewinn von Wirtschaftsorganisationen stets auf die Wirtschaft selbst, während über Löhne und Steuern Geld an die Umwelt der Wirtschaftsorganisation und an nicht-wirtschaftliche Teilsysteme überführt wird – das allerdings indirekt auch wieder an die Wirtschaft gebunden ist, indem es hier letztlich seine Verwendung findet (Luhmann 2009: 466ff).

Zwar wurden auch in sowjetischen Betrieben Gewinne und Verluste berechnet, die Resultate blieben jedoch weitgehend folgenlos für das Weitermachen der Organisation. Und auch in sowjetischen Betrieben wurden Entscheidungen über die Gestaltung des Produktionsprozesses getroffen, die Entscheidungskriterien ergaben sich jedoch aus den Planzielen, die unabhängig von ihrer ökonomischen Rationalität, d.h. ihrem Beitrag zur Bearbeitung des Knappheitsproblems, zum Selbstzweck wurden (Birman 1978: 158). Gewinnorientierung oder der Blick auf die (Wieder-)Herstellung der betrieblichen Zahlungsfähigkeit gewannen bestenfalls Bedeutung, wenn der Profit in Zusammenhang mit der Planerfüllung und Prämienzahlung stand, wie Berliner (1952: 350) die Beschreibungen seiner Interviewpartner zusammenfasst:<sup>48</sup> »Profits were desirable »if the [output, E.M.] plan was fulfilled«, and then the informant proceeded to list not the direct benefits of profit plan fulfillment, but the direct benefits of output plan fulfillment«. Zwar mochte sich die politische Leistungsbewertung in Einzelfällen mit ökonomischen Kriterien überschneiden (beispielsweise wenn Prämien für die Entwicklung von Maßnahmen zur Optimierung des Produktionsprozesses, für Kosteneinsparungen oder für technische

---

47 Im Gegensatz dazu geben andere Funktionssysteme weniger klare Stoppregele vor: Wann gilt eine Organisation, die primär auf das Bildungs-, das Wissenschafts- oder das Gesundheitssystem hin ausgerichtet ist, als gescheitert?

48 Von Berliner (1952, 1957) stammt eine der umfangreichsten und vor allem eine der frühesten Studien über die Organisationsprinzipien und Funktionslogiken sowjetischer Unternehmen. Die Arbeit basiert auf Interviews, die der Autor mit aus der Sowjetunion emigrierten ehemaligen Führungspersonlichkeiten aus verschiedenen Betrieben geführt hatte (Berliner 1957: 4ff). Auch wenn sich die Studie auf eine sehr frühe Phase der Sowjetunion bezieht, finden sich (bestätigende) Verweise auf die von Berliner skizzierten Phänomene regelmäßig auch in späteren Texten anderer Autorinnen und Autoren zur sowjetischen Wirtschaft (beispielsweise Grossman 1977, 1981).

Innovationen vergeben wurden) und auf diese Weise zwischen wirtschaftlicher Leistungsabhängigkeit und politischem Gehorsam oszillieren,<sup>49</sup> in jedem Fall verwies das System jedoch immer wieder auf sich selbst und das heißt: auf die Hierarchie der Politik. Produziert wurde nicht mit Blick auf die Frage, was in der Gesellschaft für knapp gehalten wurde, sondern entsprechend der politischen Knappheitsvorgaben.

Mit Blick auf das Knappheitsproblem wäre ein solches Vorgehen dann unproblematisch, wenn die Kongruenz beider Knappheitskonzepte sichergestellt ist. Angesichts der chronischen Komplexitätsüberlastung der Spitze der Planungshierarchie war der Grad der Übereinstimmung jedoch regelhaft eher gering: Für die Erstellung und Kontrolle der Planziele galt es, eine kontinuierlich steigende Menge an Informationen zu sammeln und zu verarbeiten, um der gesellschaftlichen Komplexität zumindest ansatzweise gerecht zu werden (Kornai 1992: 127). Mit Blick auf die regional unterschiedlichen Produktionsbedingungen wurden beispielsweise für Getreide im Jahr 1965 zunächst acht Preiszonen festgelegt und diese Anfang der 1970er Jahre auf 35 Zonen und Subzonen ausgeweitet. Im Jahr 1978 schließlich existierten bereits 199 Preiszonen allein für Weizen. Ähnliche Entwicklungen lassen sich auch für andere Produkte beobachten (Wegren 1998: 29f). Schätzungen zufolge war die Anzahl der Einzelpreise Ende der 1970er Jahre auf mindestens zehn Millionen gestiegen. Die Preise wurden auf Listen dokumentiert und in einem zunehmend undurchschaubaren Prozess vom Staatlichen Preiskomitee, dessen Abteilungen in den Sowjetrepubliken und unter Mitwirkung von Ministerien, lokalen Preisbehörden sowie teilweise einzelnen Betrieben festgelegt, revidiert und auf ihre Umsetzung hin überprüft (Bornstein 1978).

Für die Verarbeitung dieser Informationen standen vergleichsweise begrenzte Kapazitäten zur Verfügung: Gemäß den Programmvorgaben bündelten sich die relevanten Entscheidungskompetenzen an der Hierarchiespitze, deren Entscheidungen wiederum für sämtliche untergeordneten Ebenen Prämissencharakter hatten. Für eine einzelne Koordinationsinstanz wie die zentrale Planungsbehörde war dies eine kaum zu bewältigende Aufgabe. Letztlich markiert dieser »Engpaß des Hierarchiemodells« in Form des begrenzten »Informationsverarbeitungs- und Kommuni-

---

49 Die Meinungen, die dazu in der Literatur zu finden sind, divergieren: Beispielsweise betont Berliner auf Grundlage seiner Analyse die wirtschaftliche Leistungsabhängigkeit der Prämien als »a very real incentive« (1957: 28) für talentierte Angestellte, die selbst aus eingefleischten sowjetischen Managern den Homo oeconomicus herauskitzelten (1957: 49f). Kornai (1992: 116f) und Humphrey (1998: 111) rücken hingegen das Moment politischer Disziplinierung in den Vordergrund: »[B]onuses and penalties are not directly linked with performance, but clearly intended to stiffen discipline and obedience to superiors« (Kornai 1992: 116f).

kationspotential[s] der Spitze« (Luhmann 2007 [1971]: 70) den zentralen Gegensatz zur Koordination von Knappheitskommunikation über den Markt, dessen dezentrale und polykontexturale Struktur es erlaubt, die zu verarbeitende Komplexität auf viele Beobachter zu verteilen und damit zu absorbieren (vgl. dazu Goeke/Moser 2011: 232).

Um dennoch Pläne erstellen und ihre Umsetzung koordinieren und kontrollieren zu können, kamen zwei Strategien zum Einsatz: Erstens wurde versucht, die zu verarbeitende Komplexität zu reduzieren, indem beispielsweise große Teile der verfügbaren Informationen bei Entscheidungen mehr oder weniger gezielt unberücksichtigt blieben.<sup>50</sup> Zweitens sollte die Komplexitätsverarbeitungskapazität der Planungshierarchie durch eine kontinuierliche Ausweitung des Verwaltungsapparates gesteigert werden, indem immer mehr Institutionen in den Planungsprozess eingebunden und intern zusätzliche Stellen geschaffen wurden. Da auf diese Weise auf jede unregulierte oder unerfasste ›Lücke‹ mit neuen Regulierungen und einer Ausweitung und Verdichtung des bürokratischen Netzes reagiert werden musste (Kornai 1992: 128f), geriet die sowjetische Bürokratie unter einen ständigen Expansionsdruck, bis schließlich fast alle Institutionen des Regimes in den Planungsprozess eingebunden waren:

»Thousands upon thousands of functionaries in the party apparatus, the state administration, the firm and cooperative managements, and the mass organizations negotiate, calculate, renegotiate, and recalculate before the millions of planning commands finally emerge at all levels.« (Kornai 1992: 114)

Dies wiederum führte in erster Linie dazu, dass das kommunikative Rauschen im System lauter wurde und die Anzahl derjenigen Interaktionen zunahm, die für die Bearbeitung der eigentlichen Aufgabe folgenlos blieben, weil sie allein der Kontrolle dienten. Ohne Entscheidungskompetenzen blieb den unteren Hierarchieebe-

---

50 In diesem Kontext identifiziert Birman (1978) die Vorgehensweise »from the achieved level« als dominierendes Prinzip der Planerstellung, die im Wesentlichen darin besteht, die Produktion vergangener Perioden mit einer Wachstumsrate zu versehen: »The well known ›from the achieved level‹ denote that the plan indicators are derived by means of adding to the relevant *ex post* figures a certain percentage of growth. That is the foundation of all the technique, all the methodology of Soviet planning« (1978: 161). Auf der Grundlage dieser Berechnung wurde ein erster Entwurf erstellt, auf den Aushandlungen mit den untergeordneten Ebenen (vor allem den Betrieben) folgten. Die faktische Relevanz solcher Rückmeldungsschleifen für Planänderungen, die oftmals auch noch im Verlauf der Implementierung vorgenommen wurden, war jedoch fraglich (vgl. dazu Berliner 1957: 18; Birman 1978: 163).

nen gar nichts anderes übrig als unbearbeitete Komplexität zusammen mit Verantwortung entlang der bürokratischen Hierarchie nach oben weiterzureichen. Dies kostet Zeit (vgl. Luhmann 2010: 187) und Geld und beeinträchtigt die Fähigkeit des Systems, sich zeitnah an Veränderungen anzupassen. Die Planungshierarchie reproduzierte sich unter diesen Bedingungen zwar selbst, indem sie kontinuierlich Entscheidungen traf und Anordnungen weitergab, die Bearbeitung des Knappheitsproblems geriet dabei jedoch aus dem Blick.

Ungeachtet dessen fanden Zahlungen auch unter dem sowjetischen Wirtschaftsprogramm statt: Haushalte zahlten für Konsumgüter und erhielten Löhne, Unternehmen verkauften ihre Produktion an den Staat und erzielten im Produktionsprozess Gewinne oder Verluste und mit jeder Zahlung wurde Zahlungsfähigkeit weitergegeben. Das Knappheitsproblem blieb davon jedoch weitgehend unberührt, indem die Überbrückungsfunktion, die Geld als symbolisch generalisiertes Kommunikationsmedium für gewöhnlich erfüllt (Baecker 1998 [1997]-a: 83ff; Luhmann 1997: 319), politisch durchbrochen wurde. Grossman (1962: 212) beschreibt diesen Effekt als partielle Entmonetarisierung der sowjetischen Wirtschaft: »[M]oney must be deprived of ›moneyness‹, and prices must be kept ›passive‹ – mere accounting and measurement units« (mit Verweis auf Grossman: Ericson 2006: 57). Mit der Sinnentleerung von Geld verschwinden auch die Freiheitsgrade, die üblicherweise mit Geldbesitz verbunden sind (vgl. dazu mit Verweis auf Simmel Deutschmann 2009b: 227), woraus der politischen Führung zusätzliche Kontrolleffekte erwuchsen. Ebenso unterlagen die administrierten Preise der Entscheidung der Planungsbehörde und fungierten als Kontrollinstrumente im Planungsprozess (Bornstein 1962: 65), nicht jedoch – wie im Marktkontext – als Instrument der Beobachtung zweiter Ordnung und als Spiegel von Erwartungserwartungen der anderen Marktteilnehmer (Luhmann 1988: 18; vgl. auch Goeke/Moser 2011: 234). Administrierte Preise im Sozialismus ähnelten vor diesem Hintergrund eher einer Form von Steuern, bei denen staatliche Organisationen im Moment der Entscheidung davon ausgehen können, dass die entsprechenden Zahlungen stattfinden (oder im Notfall gewaltsam erzwungen werden) (Humphrey 1998: 96), und in denen sich die politisch-ideologisch motivierten Knappheits- und Verteilungsentscheidungen der politischen Führung respektive der zentralen Planungsbehörde widerspiegeln.<sup>51</sup>

---

51 Die konkrete Ausgestaltung des sowjetischen Preissystems führte zum Teil zu grotesken Effekten (Humphrey 1998: 96): Beispielsweise erhielten die Betriebe für den Verkauf von Überschussproduktion (in Relation zu den Planvorgaben) höhere Preise als für den Absatz derjenigen Produktion, die unterhalb des Plansolls lag. Dies führte erstens zu erheblichen Kalkulationsproblemen, da Unsicherheit darüber bestand, von welchen Preisen auszugehen war. Zweitens hatte das Preissystem den Effekt, dass der Gewinn, den ein Betrieb erzielte, bei identischer Menge und Qualität der Produktion von den ausgehan-

In einem Substitutionsprozess, so lassen sich die vorhergehenden Überlegungen zusammenfassen, wurde innerhalb der Formalstrukturen der sowjetischen Wirtschaft Macht an die Stelle von Geld gesetzt und in der Folge durch Zahlungen nicht Knappheit kommuniziert, sondern politische Entscheidungen. In diese Hierarchie organisierter Produktion gliederten sich auch die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe ein. Jedoch: Die oben beschriebene Konterkarierung der Machtverhältnisse im Dorfkontext schuf einen Möglichkeitsraum, in dem sich neben den Kollektivbetrieben, die »von oben« fest in diese politisch organisierten Strukturen eingebunden waren, kleinbäuerliche und als solche »regimefremde« Strukturen landwirtschaftlicher Produktion in Form privater Hoflandwirtschaften entwickelten, auf der Außenseite der Planungshierarchie reproduzierten und deren funktionale Defizite zumindest für einen begrenzten Bereich kompensierten.

### **Knappheitskommunikation »unter der Hand«**

Den offiziellen Beteuerungen zum Trotz wurden private Produktionsformen in der sowjetischen Landwirtschaft nie vollständig abgeschafft. Schätzungen gehen davon aus, dass spätestens seit den 1970er Jahren rund ein Viertel der Lebensmittelproduktion auf den privaten Sektor entfiel, obwohl dieser nur etwa zwei Prozent der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen bearbeitete (vgl. Tabelle 2). Die Einkünfte aus privater Produktion machten mindestens die Hälfte des Monatseinkommens eines Kolchosbauern aus<sup>52</sup> (Wädekin 1973: 190ff) und auch ein erheblicher Anteil des Viehbestands befand sich in privatem Besitz (vgl. Tabelle 3).

Die formale Grundlage für die sogenannten persönlichen Hoflandwirtschaften (»ličnoe podsobnoe chozjajstvo«) geht auf die Frühphase der Massenkollektivierung zurück: Die Zwangskollektivierung zielte ursprünglich darauf ab, das Privateigentum der bäuerlichen Haushalte vollständig in Großbetriebe zu überführen. Nachdem jedoch die erste Kollektivierungswelle, mit deren Umsetzung die örtlichen Verwaltungsorgane betraut waren, auf unerwartet heftige Gegenreaktionen gestoßen war, entschloss sich die politische Führung, kleine private Nebenerwerbswirtschaften zu dulden.

---

delten Planzielen – und damit seiner Verhandlungsmacht innerhalb der Planungshierarchie – abhing. Drittens stieg auf diese Weise das Preisniveau mit der Produktionsmenge an, so dass beispielsweise in der Landwirtschaft in guten Erntejahren höhere Preise erzielt wurden als in schlechten Perioden.

52 Schätzungsweise stammte das monatliche Einkommen eines Kolchosbauern im Jahr 1964 zu 43,4 Prozent aus dem Kolchoslohn (einschließlich Naturalzahlungen), zu 43,9 Prozent aus privater Produktion und zu 12,8 Prozent aus anderen Quellen (Wädekin 1973: 190f)

*Tabelle 2: Anteile privater Produktion in der sowjetischen Landwirtschaft*

| <b>Anteil an:</b>                      | <b>1940</b> | <b>1960</b> | <b>1970</b> | <b>1980</b> | <b>1990</b> |
|----------------------------------------|-------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| Landwirtschaftlicher Fläche gesamt     | k.A.        | 1 %         | 2 %         | 2 %         | 2 %         |
| Landwirtschaftlicher Produktion gesamt | k.A.        | k.A.        | 31 %        | 29 %        | 26 %        |
| Getreide                               | 1 %         | 1 %         | 0 %         | 0 %         | 0 %         |
| Kartoffeln                             | 54 %        | 63 %        | 65 %        | 65 %        | 66 %        |
| Gemüse                                 | 45 %        | 48 %        | 41 %        | 33 %        | 30 %        |
| Fleisch                                | 65 %        | 41 %        | 33 %        | 30 %        | 25 %        |
| Milch                                  | 70 %        | 48 %        | 34 %        | 27 %        | 24 %        |

Quelle: Berechnung auf Grundlage von Ioffe/Nefedova/Zaslavski (2006: 21).

*Tabelle 3: Anteil privater Viehhaltung am sowjetischen Viehbestand*

|      | <b>Kühe</b> | <b>Schweine</b> | <b>Schafe</b> | <b>Ziegen</b> |
|------|-------------|-----------------|---------------|---------------|
| 1950 | 66 %        | 35 %            | 16 %          | 53 %          |
| 1960 | 47 %        | 26 %            | 21 %          | 82 %          |
| 1969 | 39 %        | 25 %            | 21 %          | 82 %          |

Quelle: Wädekin (1973: 52ff).

Dieser »Sieg der russischen Bäuerinnen über den Sozialismus« erwies sich als folgenreich für das gesamte Kolchossystem (Merl 1990: 257f). Nach anfänglichen Formalisierungsschwierigkeiten dieser Produktionsform (vgl. dazu Merl 1990: 259) wurden die Hoflandwirtschaften schließlich im dritten Musterstatut aus dem Jahr 1969 berücksichtigt.<sup>53</sup> Das Statut gewährte jedem Kolchosmitglied das Recht, ein Stück Hofland privat zu nutzen (maximal 0,5 Hektar, die formal weiterhin Kolchos- und damit Gemeinschaftseigentum waren), eine begrenzte Menge an Nutzvieh zu halten (vor allem Kleinvieh wie Schweine, Schafe, Ziegen und Hühner) und die daraus hervorgehende Produktion auf eigene Rechnung zu verkaufen. Der Status des Kolchosmitglieds war dabei sehr weit gefasst: Die Möglichkeit einer privaten Hoflandwirtschaft stand nicht nur Kolchosebäuerinnen und -bauern offen, sondern auch Lehrerinnen und Lehrern, medizinischem Personal, Verwaltungsangestellten und anderen Fachkräften im Dorf. Auch Rentnerinnen und Rentner durften nach ihrem formalen Ausscheiden aus dem Betrieb ihre Hoflandwirtschaft weiterführen (Drittes Musterstatut, Art. 42 bis 44, zitiert nach Brunner/Westen 1970: 158ff).

<sup>53</sup> Vergleichbare Regelungen fanden sich bereits im Musterstatut des landwirtschaftlichen »artel«, einem Vorläufer des Kolchos, aus dem Jahr 1935 (Goehrke 2005: 70).

Die Kollektivbetriebe unterstützten die Hoflandwirtschaften, indem sie technisches Gerät für private Zwecke zur Verfügung stellten und Produktionsmittel wie Futter, Düngemittel oder Saatgut zu vergünstigten Preisen verkauften oder teilweise sogar kostenlos als Kompensation für ausbleibende Lohnzahlungen abgaben. Entsprechende formale Regelungen dazu fanden sich ebenfalls ansatzweise im Musterstatut, das nicht nur das Recht der Kolchosmitglieder festlegte, »Kolchosweiden, Kolchoseigenes Arbeitsvieh und Kolchoseigene Transportmittel für persönliche Zwecke nach den im Kolchos geltenden Bestimmungen zu nutzen« (Drittes Musterstatut, Art. 4, zitiert nach Brunner/Westen 1970: 149), sondern auch Vorgaben enthielt, zu welchen Leistungen der Betrieb gegenüber den Hoflandwirtschaften verpflichtet war. Ohne diese Leistungen wären diese wiederum kaum in der Lage gewesen, sich zu reproduzieren, da sie weder über die entsprechenden technischen Geräte verfügten noch aus eigener Kraft Zugang zu den notwendigen Produktionsmitteln hatten (Nove 1980: 127; Osteuropa-Archiv 1989: A 284).

Die übliche Praxis dieser Unterstützungsleistungen überstieg jedoch regelmäßig den formalen Rahmen und spielte sich in einer Grauzone zwischen Informalität und Illegalität ab: So gehörte es zum Beispiel unter Kolchosangehörigen zum Repertoire legitimer Verhaltensweisen, sich an Produktionsmitteln zu nehmen – respektive zu stehlen –, was ihnen nach eigenem Ermessen zustand, sie aber nicht erhielten, weil die vorgegebenen Mengen zu gering waren, der Kolchos die Herausgabe verweigerte oder Lohnzahlungen in Naturalien erfolgten (Goehrke 2005: 96; Grossman 1977: 26; Wädekin 1973: 232). Ausschlaggebend waren dabei Zugangsmöglichkeiten, die an die diversen formalen Mitgliedsrollen im Betrieb gekoppelt waren und auf deren Grundlage sich teilweise rege Tauschaktivitäten innerhalb des Dorfes entwickelten:

»Die Melkerinnen und Stallarbeiter hatten Zugang zu Milch, der Aufseher der Tankstelle konnte Benzin besorgen, der Traktorist Brennholz transportieren und die Verfügungsgewalt eines Vorsitzenden erstreckte sich im Grunde auf alle in einem Betrieb vorhandenen Güter und Betriebsmittel.« (Lindner 2008: 143)

Dass diese Praktiken und die daran geknüpften Legitimitätsvorstellungen mit dem Zusammenbruch des sowjetischen Regimes keinesfalls endeten, illustriert anekdotisch eine Umfrage aus dem Jahr 2000: 857 Bewohner ländlicher Gemeinden wurden dabei auf ihre Akzeptanz bestimmter Verhaltensweisen – darunter auch Diebstahl – und ihre Beobachtung von privatem und kollektivem Eigentum hin befragt (Efendiev/Bolotina 2002: 105; auch Ioffe/Nefedova/Zaslavski 2006: 99). Ging es um das Entwenden von Eigentum des ehemaligen Kolchos – eine Melkerin hat Milch gestohlen, um über die Runden zu kommen, ein Dorfbewohner hat für seine Kuh Heu und Futter entwendet –, beurteilte die Mehrheit dieses Verhalten zwar als

unerwünscht, war jedoch nach eigenem Bekunden bereit ein Auge zuzudrücken. Ging es hingegen um das Eigentum der Dorfbewohnerinnen und -bewohner – von einem Dorfbewohner wird Geld oder das bereits gemähte Heu gestohlen –, wurde der Sachverhalt durchweg als inakzeptabel beurteilt.<sup>54</sup> War der Zugriff auf ein Gut durch entsprechende Zugangsrechte »gedeckt«, so könnte man sowohl mit Blick auf die Umfrageergebnisse als auch auf das sowjetische Dorf schlussfolgern, treten Eigentumsrechte und die damit verbundenen Mechanismen der Inklusion und Exklusion demgegenüber in den Hintergrund (zur Unterscheidung von Zugangs- und Eigentumsrechten im sowjetischen und postsowjetischen Kontext vgl. ausführlich Amelina 2000: 486ff, 2001: 44ff).

Aus rechtlicher Perspektive wäre im sowjetischen Regime in den beschriebenen Fällen der Tatbestand des Diebstahls kollektiven oder staatlichen Eigentums zweifellos erfüllt (vgl. dazu das Interview mit einem Vertreter des Innenministeriums in Osteuropa-Archiv 1989: A 284ff) und die Kolchosleitung in Kenntnis dieser illegalen Erwartungsstrukturen zum Handeln gezwungen gewesen, um sich nicht ebenfalls schuldig zu machen. Genau dies geschah jedoch selten und selbst offenkundiger Diebstahl wurde bisweilen von der Betriebsleitung ignoriert: »In other words: If the kolkhoznik is not given what he vitally needs, then he is forced to steal it; many in authority who perceive this desperate situation tolerate it more or less tacitly« (Wädekin 1973: 232). Im selben Zusammenhang zitiert Ledeneva (1998: 136) einen Kolchosarbeiter, der von seinem Vorgesetzten explizit darum gebeten wurde, nicht zu große Mengen aus dem Betrieb zu entwenden, um ihn nicht zu zwingen, den Vorfall aktenkundig werden zu lassen. Beschränkten sich die Arbeiterinnen

54 Auszug aus den Umfrageergebnissen (Efendiev/Bolotina 2002: 105):

|                                                                                       | Völlig in-<br>akzeptabel | Unerwünscht,<br>aber akzeptiert | Völlig<br>akzeptabel |
|---------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------|---------------------------------|----------------------|
| Melkerin stiehlt beim Kolchos Milch,<br>um über die Runden zu kommen.                 | 20,6%                    | 54,3%                           | 24,8%                |
| Traktorist gräbt jemandem den Ge-<br>müsegarten um.                                   | 77,6%                    | 18,6%                           | 3,7%                 |
| Diebstahl von Geld aus einem priva-<br>ten Haushalt.                                  | 95,3%                    | 3,9%                            | 0,9%                 |
| Dorfbewohner stiehlt für seine Hof-<br>landwirtschaft beim Kolchos Heu und<br>Futter. | 33,4%                    | 51,9%                           | 14,7%                |
| Dorfbewohner stiehlt einem anderen<br>die Heuernte.                                   | 93,8%                    | 4,7%                            | 1,5%                 |

und Arbeiter dagegen auf den Diebstahl überschaubarer Mengen, so wurde dieses Verhalten als kompensatorische Maßnahme für ausbleibende Lohnzahlungen stillschweigend hingenommen. Goehrke (2005: 96) beschreibt, wie ein Kolchosvorsitzender gegenüber einer Gruppe von Kolchosbäuerinnen, die Korn gestohlen hatten, auf seinen eigenen Entscheidungsspielraum verwies. Er könne sie dafür einsperren lassen, entscheid sich aber letztlich, über das Vergehen hinwegzusehen (angeblich wohl wissend, dass diese Drohung nicht umzusetzen gewesen wäre, da er auf ihre Arbeitskraft nicht hätte verzichten können). Auch die politische Führung wusste von diesen Praktiken, ihre Reaktionsmöglichkeiten waren jedoch angesichts der Position und faktischen Entscheidungsspielräume der Kolchosleitungen in den Dörfern begrenzt, wie implizit eingeräumt wurde. So stellte ein hochrangiger Beamter des Innenministeriums zum verbreiteten Problem des Futterdiebstahls fest: »Es ist klar, daß vieles von den Betriebsleitern abhängt. Manchmal begünstigen sie geradezu die Verstöße gegen das Gesetz« (Osteuropa-Archiv 1989: A 286).

Angesichts dieser Situation und der Machtposition der Kolchosleitung im Dorf steht zu vermuten, dass es sich für die Kollektivbetriebe bei alldem um »brauchbare Illegalität« handelte (vgl. zu diesem Begriff Luhmann 1964: 304). Illegalität, also organisationsinterne Kommunikation, die explizit im Widerspruch zu den formalen Erwartungsstrukturen steht (siehe oben und Kühl 2007: 237; Luhmann 1964: 304), erweist sich aus Organisationssicht immer dann als brauchbar, wenn die Verstöße gegen die Formalstruktur entweder zum Aufbau informaler Strukturen führen, welche die Formalstruktur auf indirektem Wege stärken, oder Raum für schöpferisches Verhalten schaffen, das die Fähigkeit der Organisation zur Umweltanpassung erhöht. Ungeachtet dessen muss Illegalität jedoch stets latent bleiben – und dies gilt für das illegale Verhalten selbst genauso wie für seine Funktion (Luhmann 1964: 313). Die Kolchosleitung löste diese Latenzanforderung, indem sie ihre einflussreiche Position nutzte, um im Bereich der Illegalität die Unterscheidung zwischen Informalität und Illegalität erneut einzuführen. Die beiden Seiten dieser zusätzlichen Unterscheidung wurden markiert durch die (akzeptable) großzügige Interpretation der formalen Regeln durch die Kolchosmitglieder (»informale Illegalität«) und den (inakzeptablen) Diebstahl von Kollektiveigentum (»illegale Illegalität«). Auf diese Weise eröffneten sich auf der Seite der »informalen Illegalität« Anschlussmöglichkeiten, die sowohl der Kolchosleitung als auch den Mitgliedern gelegen kamen. Um von der einen auf die andere Seite zu wechseln, diente wiederum die untergeordnete Stellung des Betriebs in der Hierarchie als strategisch einsetzbares Mittel: Während sich die Kolchosleitung bei Restriktionen oder (der Androhung von) Sanktionen auf die Formalstruktur zurückziehen und glaubwürdig auf ihre »Ohnmacht nach oben« (Wädekin 1969: 178) verweisen konnte, wurden Zugeständnisse stets als eigene Entscheidung ausgewiesen.

Worin bestand aber die ›Brauchbarkeit‹ dieser illegalen Erwartungsstrukturen für die Organisation Kolchos? Ein wesentlicher Grund für die vermeintliche Großzügigkeit der Betriebsleitung gegenüber den Mitgliedern lag in der symbiotischen Beziehung, über die beide Produktionsformen – Hoflandwirtschaften und Kollektivbetrieb – unauflöslich aneinander gekoppelt waren. *Erstens* stellten die Hoflandwirtschaften eine bedeutsame Einkommensquelle der ländlichen Haushalte dar und trugen damit erheblich zur Sicherung der materiellen Lebensgrundlage der Kolchosmitglieder bei, was den Betrieb entlastete und damit auch in seinem Interesse war. Selbst unter sowjetischen Beobachterinnen und Beobachtern bestand Einigkeit darüber, dass die Kolchase erheblich mehr hätten produzieren müssen, wenn sie selbst für die Versorgung ihrer Mitglieder verantwortlich gewesen wären (mit Verweis auf die sowjetische Ökonomin Tatjana Zaslavskaja, die für diese hypothetische Zusatzproduktion konkrete Zahlen nennt, vgl. Wädekin 1973: 189). *Zweitens* und darüber hinaus spielten die Hoflandwirtschaften eine entscheidende Rolle bei der Erfüllung der Planvorgaben. Da die Kollektivbetriebe die Wirtschaftspläne häufig nicht aus eigener Kraft, d.h. mittels der ihnen zugewiesenen Produktionsmittel, erfüllen konnten, griffen sie zur Verbesserung des Betriebsergebnisses auf die private Produktion ihrer Mitglieder zurück (Goehrke 2005: 97f; Wädekin 1973: 185f). Das Ausmaß und der Grad der Freiwilligkeit dieser Praxis und die zugrundeliegenden Arrangements zwischen dem Kollektivbetrieb und den Hoflandwirtschaften variierten beträchtlich: Während es in extremen Fällen vorkam, dass die Großbetriebe lediglich als Schirm für private Produktion fungierten und sämtliche Kolchoserzeugnisse tatsächlich aus den Hoflandwirtschaften stammten, griffen andere Betriebe nur in Krisenzeiten oder zur Übererfüllung der Pläne auf die private Produktion zurück und teilten in diesem Fall die Bonuszahlungen mit den Haushalten (Grossman 1977: 31; Nove 1980: 128). Die Art der Arrangements deckte dabei das gesamte Spektrum von freiwilligen Vereinbarungen bis hin zu forcierten Abgaben ab<sup>55</sup> (Humphrey 1998: 169f; Lindner 2008: 86). Formal waren die Kollektivbetriebe dabei zwar verpflichtet, den von den Hoflandwirtschaften erworbenen Teil der Produktion in ihrer Buchhaltung auszuweisen. Da die kolchaseigene Produktion allein häufig die Planvorgaben nicht erfüllt hätte und in diesem Fall mit Sanktionen zu rechnen war, geschah dies in den meisten Fällen jedoch nicht (Wädekin 1973: 236f). Die Produktion aus den privaten Hoflandwirt-

---

55 Humphrey (1998: 169f) beschreibt zum Beispiel, wie das Prinzip des ›sozialistischen Wettbewerbs‹ zum Teil auch auf die Hoflandwirtschaften ausgeweitet wurde, so dass sich einzelne Haushalte trotz propagierter Freiwilligkeit faktisch kaum entziehen konnten: »[S]ocialist competition« can invade even the private sector of production: people may ›voluntarily‹ take on the obligation to provide specific products from their own household economies towards the plan.«

schaften wurde entweder direkt als die eigene ausgegeben oder entsprechend ›verschleiert‹, indem beispielsweise Vieh aus privater Produktion zunächst für ein Jahr im Kolchos behalten wurde, bevor man das Fleisch als vermeintlich betriebseigenes Erzeugnis an den Staat verkaufte (Wädekin 1973: 237). Solche Strategien waren den Kontrollorganen und Planungsbehörden nicht unbekannt, wurden jedoch meist stillschweigend akzeptiert.<sup>56</sup>

Aus Sicht der Hoflandwirtschaften waren die Arrangements mit den Kollektivbetrieben teils vorteilhaft, teils mangels Alternativen unumgänglich: Sofern die eigene Produktion nicht der Selbstversorgung diente, hatten sie zwar die Möglichkeit, ihre Erzeugnisse auch außerhalb des Dorfes zu verkaufen. Eine Absatzmöglichkeit waren die städtischen Kolchosmärkte, die ursprünglich für den Verkauf der überschüssigen Produktion der Kollektivbetriebe eingerichtet worden waren. Die verhältnismäßig hohen Preise, die auf diesen Märkten erzielt werden konnten, machten diese Möglichkeit auch sehr attraktiv. Aufgewogen wurde dieser Vorteil jedoch durch die großen Entfernungen, denn die Märkte waren für viele Privatproduzenten schlicht schwer zu erreichen (Schinke 1989: 6f; Wädekin 1973: 127ff; auch Der Spiegel 1984). Und weil die Dorfbewohnerinnen und Dorfbewohner untereinander nur selten handelten, blieb letztendlich doch nur eigene Betrieb als Abnehmer übrig. In jedem Fall, daran lassen weder zeitgenössische noch rückblickende Beobachtungen einen Zweifel, waren die Kollektivbetriebe – und damit der offizielle oder organisierte Teil landwirtschaftlicher Produktion in der Sowjetunion – und private, faktisch kleinbäuerliche Produktionsformen in hohem Maße voneinander abhängig.

Bemerkenswert an dieser wechselseitigen Abhängigkeit und engen Verzahnung beider Produktionsformen ist, dass das Musterstatut die Hoflandwirtschaften zwar in Grundzügen in der Formalstruktur des Regimes verankerte, diese dabei aber in mindestens zweifacher Hinsicht den sozialistischen Prinzipien widersprachen und für beträchtliche Reibung sorgten: *Erstens* operierten die Hoflandwirtschaften nach der Logik (privaten) Eigentums, auch wenn das von ihnen bearbeitete Agrarland formal dem Kolchos gehörte und nur temporär zur Verfügung gestellt wurde. Ungeachtet dieser rechtlichen Eigentumsverhältnisse boten sich damit klare Anhalts-

---

56 Interessant ist in diesem Zusammenhang die von Wädekin (1973: 237) skizzierte Diskussion aus den frühen 1960er Jahren, die sich um die Frage drehte, inwieweit sich solche Praktiken noch innerhalb des rechtlichen Rahmens bewegten oder bereits als illegale Manipulation einzustufen seien. Anstoß für die Diskussion war ein im Jahr 1961 erscheinender Bericht in einer der führenden sowjetischen Fachzeitschriften für Statistik, der entsprechende Daten enthielt. In dem Beitrag wurden auch verschiedene konkrete Möglichkeiten für den Umgang mit den fraglichen Praktiken vorgeschlagen, unter anderem der Vorschlag, nur die Gewichts Differenz der Tiere der Kolchosproduktion zuzurechnen.

punkte für Knappheitskommunikation, die das sozialistische Programm mit den Kollektivierungsmaßnahmen eigentlich verschleiern wollte: Das ›Kollektiv‹ war kommunikativ kaum greifbar, Eigentum damit nicht (oder nur diffus) zurechenbar und die Frage, wer im konkreten Fall zu welchem Zugriff berechtigt war, in vielen Fällen nicht mehr zu beantworten. Für die Kolchose galt damit ebenso wie für alle sowjetischen Staatsbetriebe: »[T]here is no individual, family, or small group of partners to whom one can point as owners. [...] [P]roperty in this sense is not only depersonalized, but eliminated. State property belongs to all and to none« (Kornai 1992: 75). Wohlgemerkt bleibt unbestritten, dass Eigentum als Rechtskategorie durchaus existierte und ›auf dem Papier‹ zugeordnet werden konnte. Für die Codierung von Knappheit blieben diese Kategorien jedoch folgenlos. Mit Blick auf die Knappheitscodierung wurde die Grenze zwischen Eigentum und Nicht-Eigentum stattdessen durch eine Grauzone ersetzt und unbeobachtbar. Anschlussmöglichkeiten auf beiden Seiten wurden entsprechend verwässert und Knappheit somit nicht mehr kommunizierbar: »Die Abschaffung allen Eigentums gilt daher als Voraussetzung für die Abwehr allen Übels. Unklar bleibt dabei allerdings, wie man wirtschaften soll, wenn es nicht möglich ist, Knappheit zu kommunizieren und dabei Eigentum vorauszusetzen« (Baecker 2006: 55).

Eine Folge der diffusen Zurechenbarkeit waren Probleme, die in den Wirtschaftswissenschaften allgemein als Effekte öffentlicher Güter oder unter dem Titel »Tragik der Allmende« diskutiert werden (klassisch: Hardin 1968; auch Ostrom 1990): Die Übernutzung und Tendenz zur Verschwendung von Ressourcen infolge unklarer Verantwortlichkeiten und fehlender Sanktionsmöglichkeiten.<sup>57</sup> In diesem Sinne lässt sich auch die Beschreibung eines Kolchosbrigadiers:

»Zwei Jahre nach der Kollektivierung hatten sie alles zerbrochen, nichts war mehr funktionstüchtig, weder Wagen, noch Schlitten. Jedermann verhielt sich zum Kolchoseigentum wie zu etwas Fremdem und nicht wie früher zu etwas, das einem gehört.« (Goehrke 2005: 96)

Im Falle der privaten Hoflandwirtschaften lässt sich hingegen beobachten, dass die Grenze zwischen Eigentum und Nicht-Eigentum an Kontur gewann: Die Frage, wer im Hinblick auf den Zugriff auf und die Nutzung von einem privat bearbeiteten Stück Land, privat gehaltenem Vieh und ähnlichem in- oder exkludiert war und welche Pflichten und Verantwortlichkeiten dies auf beiden Seiten der Unterscheidung einschloss, stand weitgehend außer Frage. Sogar der Einfluss machtvoller dörflicher Instanzen wie dem Kolchos brach sich offensichtlich an dieser Grenze

---

57 Als Erfolgsstrategie bei der Bewirtschaftung sogenannter Allmendgüter ermittelt Ostrom (1999: 241) auf Grundlage ihrer empirischen Fallstudien unter anderem auch die Einführung von Zurechnungsmechanismen.

zwischen Eigentum und Nicht-Eigentum: In aller Regel griff er auf private Produktion nicht einfach zu, sondern handelte mit den Hoflandwirtschaften entsprechende Vereinbarungen aus (die mangels Alternative auf Seiten der Hoflandwirtschaften allerdings häufig zu seinem Vorteil ausfielen). Die Anhaltspunkte für Knappheitskommunikation, die sich daraus ergaben, gerieten in scharfen Widerspruch zu den unklaren Eigentumsstrukturen der Kolchose und damit zu den Grundprinzipien des sozialistischen Programms.

Widersprüchlichkeit wird darüber hinaus noch in einer *zweiten*, daran anschließenden Hinsicht deutlich: Zwar waren die Hoflandwirtschaften über die Kolchosmitgliedschaft mindestens eines Haushaltsmitglieds formal an die Kolchose gebunden, im Unterschied zu den Kollektivbetrieben bezogen sie ihre Entscheidungskriterien jedoch bestenfalls indirekt aus der Planungshierarchie. Stattdessen waren die Verfügbarkeit von und die Preise für Inputfaktoren sowie – neben der Selbstversorgung – die Absatzmöglichkeiten über die Kollektivbetriebe und auf den Kolchosmärkten ausschlaggebend für die Produktionsentscheidungen dieser landwirtschaftlichen Kleinorganisationen. Sicher wäre es unangemessen und übertrieben, die Hoflandwirtschaften angesichts dessen als kapitalistische Kleinunternehmen innerhalb des sowjetischen Regimes zu bezeichnen. Und dennoch: Im Hinblick auf ihre eigene Reproduktionsfähigkeit war für sie Knappheit maßgeblich und politische Macht nachrangig (vgl. auch Merl 1990: 454). Die Hoflandwirtschaften verwiesen somit zwar einerseits über die Bindung an den Kolchos immer wieder auf die Formalstruktur des Regimes, mändrierten gleichzeitig jedoch kontinuierlich über deren Grenzen hinweg. Die Entscheidungen von Kolchos und Hoflandwirtschaften bezogen sich aufeinander, waren füreinander jedoch nicht bindend. Letztere entzogen sich auf diese Weise der direkten Adressierbarkeit in der politischen (Planungs-)Hierarchie und entglitten der unmittelbaren Kontrolle durch die politische Führung, waren aber gleichzeitig in funktionaler Hinsicht für die sowjetische Landwirtschaft unverzichtbar.

Die reine Existenz privater Produktionsstrukturen innerhalb des sowjetischen Regimes – ganz zu schweigen von ihrer ökonomischen Bedeutung – stürzte die politische Führung in erhebliche Schwierigkeiten. Sie musste dieses Phänomen legitimieren und »propagandistisch [...] bemänteln« (Pollack 1998: 121, Fn. 32). Mit anderen Worten: Es galt, die ideologische Anschlussfähigkeit innerhalb des sozialistischen Programms herzustellen. Zwar waren die Hoflandwirtschaften über das Musterstatut der Kollektivbetriebe zumindest in rudimentärer Form formalisiert. Es war jedoch kaum möglich, darüber hinaus und im Hinblick auf ihre tatsächliche Funktion formale Entscheidungsprämissen zu formulieren und verbindlich festzulegen, ohne den ideologischen Kern des Regimes zu delegitimieren und damit seine funktionalen Defizite (hier: mit Blick auf das Knappheitsproblem) offen einzugehen. In dieser Hinsicht zeigten die vorsichtigen Formalisierungsschritte und die

zögerliche politische Liberalisierung gegenüber dieser von der Parteiideologie abweichenden Produktionsform seit den späten 1970er Jahren bereits erste desintegriative Tendenzen in der sowjetischen Gesellschaftsordnung an (Wädekin 1989b: 547, 1989a: 384ff; Osteuropa-Archiv 1989: A 284). Als einzige gangbare Möglichkeit des offiziellen Umgangs mit den Hoflandwirtschaften erschien letztlich die Strategie des Latenthaltens – und allein dies erforderte beträchtliche ideologische Volten: Die Hoflandwirtschaften wurden gezielt entideologisiert, bagatellisiert<sup>58</sup> und als Übergangsphänomen auf dem Weg zur vollständigen Kollektivierung abgetan (Merl 1990: 258; Wädekin 1973: 2). Darüber hinaus wurde im offiziellen Sprachgebrauch die Bezeichnung ›privat‹ (»častnyj«) in Zusammenhang mit den Hoflandwirtschaften durch ›persönlich‹ (»ličnyj«) ersetzt und damit versucht, eine vermeintlich klare Trennlinie gegenüber kapitalistischen Produktionsformen zu ziehen und die ideologische Kluft zumindest semantisch zu überbrücken<sup>59</sup> (Wädekin 1973: 10).

Im Transformationskontext erlebten die Hoflandwirtschaften als vermeintliche Keimzelle privatwirtschaftlicher Produktion eine späte Konjunktur: Bereits Gorbatschow hatte – in der Hoffnung auf Effizienzsteigerungen in der Landwirtschaft – deutliche Schritte in Richtung einer Liberalisierung unternommen, indem 1989 privatbäuerliche Betriebe legalisiert und Möglichkeiten geschaffen wurden, Land unabhängig vom Kolchos zu pachten (nicht jedoch privat zu besitzen). Die private Produktion wurde so von der Mitgliedschaft im Kolchos entkoppelt und bis 1992 entstanden daraufhin knapp 50.000 privatbäuerliche Betriebe (Wegren 1998: 36f). Der damalige Landwirtschaftsminister Viktor Chlystun prognostizierte angesichts dieser Entwicklung im Jahr 1993 die Entstehung von 600.000 bis 650.000 privatbäuerlichen Betrieben bis Ende 1995, die ein Fünftel der landwirtschaftlich genutzten Flächen Russlands bearbeiten sollten (Craumer 1994: 339; zitiert nach Lindner 2003: 20f). Ein ambitioniertes Ziel, das jedoch um Längen verfehlt wurde: Im Jahr 2005, knapp anderthalb Jahrzehnte nach der Auflösung der Sowjetunion, waren offiziell 257.400 privatbäuerliche Betriebe registriert (Rosstat 2006).

Ich möchte das Beispiel der sowjetischen Landwirtschaft nicht überstrapazieren und ende an dieser Stelle mit meiner Darstellung, die sich sicher an dem einen oder anderen Punkt vertiefen und mit weiteren Details füllen ließe. Ich möchte auch

---

58 So äußerte sich beispielsweise Stalin offiziell mit folgender Beschreibung der Lage: »Gewiß, es hat zwischen der Sowjetmacht und den Kollektivbäuerinnen vor nicht langer Zeit ein kleines Mißverständnis gegeben. Es handelte sich um die Kuh. Jetzt aber ist die Sache mit der Kuh geregelt und das Mißverständnis beseitigt« (Zitiert nach Merl 1990: 258).

59 Ob diese beiden Vorhaben geglückt sind, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden, die Bezeichnung ›persönliche Hoflandwirtschaft (oder Nebengewirtschaft)‹ (»ličnoe pod-sobnoe chozjajstvo«) hat sich jedoch bis heute im alltäglichen Sprachgebrauch erhalten.

nicht behaupten, dass die Strukturen des sowjetischen Dorfes, wie sie hier beschrieben wurden, der alleinige Schlüssel zum Verständnis der Operationsweise der sowjetischen Organisationsgesellschaft in all ihren empirischen Idiosynkrasien sind. Jedoch: Mit Blick auf die eingangs zu diesem Kapitel dargestellten theoretischen Überlegungen zu Programmen, Codes und Organisationen erlaubt der Blick ins sowjetische Dorf *erstens* exemplarische Rückschlüsse auf die Reichweite und die Grenzen des sowjetischen Gesellschaftsprojekts und eignet sich zur Visibilisierung ausgewählter Mechanismen, die dabei zum Tragen kamen. *Zweitens* verdeutlicht die obige Beschreibung eine Reihe von Strukturmerkmalen des sowjetischen Dorfes, die für die nachfolgende Analyse der Transformationsgesellschaft am Beispiel des ländlichen Raums und speziell mit Blick auf politische Dezentralisierungsprozesse bedeutsam sind. Auf beide Aspekte möchte ich in einem abschließenden Fazit zu diesem Kapitel eingehen.

## **REICHWEITE UND GRENZEN DER SOWJETISCHEN ORGANISATIONSGESELLSCHAFT**

Die sowjetische Gesellschaftsordnung war das Ergebnis des Versuchs, gesellschaftliche Reproduktion nach den Vorgaben des sozialistischen Programms zu steuern. Eingesetzt und umgesetzt wurde das Programm von der sozialistischen Einheitspartei, die dazu eine moderne oder zumindest sich modernisierende Gesellschaft<sup>60</sup> in eine organisierte Hierarchie unter politischer Führung verwandelte. Das Problem der vergleichsweise geringen Kapazität organisierter Kommunikation zur Verarbeitung von Umweltkomplexität war gleichermaßen Ursache und Effekt dieses Vorhabens: Indem die politische Führung versuchte, das Problem ihrer eigenen geringen Komplexitätsverarbeitungskapazität handhabbar zu machen, übertrug sie es auf das gesamte Regime. Fluchtpunkte der politisch angestrebten Strukturänderungen waren zum einen die vollständige Inklusion aller Gesellschaftsmitglieder in Form einer umfassenden politischen Adressierbarkeit und zum anderen mit Blick auf die ideologischen Prämissen des Marxismus-Leninismus eine grundlegende Umstellung wirtschaftlicher Kommunikation durch die Transformation von Privat-

---

60 Die Diskussion, inwieweit es sich beim vorrevolutionären Russland um eine stratifizierte oder um eine moderne, d.h. funktional differenzierte Gesellschaft handelte, würde den Rahmen dieser Studie übersteigen. Spätestens seit der Abschaffung der Leibeigenschaft 1856 und den anschließenden einschneidenden Reformen im Bereich der Kommunalverwaltung, der Bodennutzungsrechte, der Justiz und des Steuersystems lassen sich in Russland jedoch deutliche Differenzierungs- und Modernisierungstendenzen beobachten (vgl. dazu z.B. Stökl 1997: 536ff).

in Kollektiveigentum und die Unterdrückung respektive Verdrängung von Markt durch Hierarchie.

Die Formalstruktur des sowjetischen Regimes zeichnete sich durch die Kombination aus der Einheitspartei an der Spitze der gesellschaftlichen Hierarchie und den ihr untergeordneten Massenorganisationen aus. Letzteren konnten (und sollten) alle Gesellschaftsmitglieder beitreten und wurden mit ihrem Beitritt politisch adressierbar. Über die Massenorganisationen sollten darüber hinaus politisch kontrollierte ›Funktionsmonopole‹ für möglichst alle gesellschaftlichen Bereiche eingerichtet und damit Strukturen etabliert werden, die die vollständige Umgehung einer Mitgliedschaft faktisch unmöglich machten. Der Entzug des Mitgliedschaftsstatus bedeutete unter diesen Bedingungen den Entzug der Adressierbarkeit in einer oder mehreren sozialen Sphären.

Das Ergebnis dieses Umbauprozesses war ein gesellschaftsweit umfassender Organisationsgrad, der es der Einheitspartei erlaubte, über die entsprechenden Organisationen nicht nur auf die Inhaltsebene, sondern auch auf die Codeebene der gesellschaftlichen Funktionssysteme zuzugreifen. Die gesellschaftsinterne Umwelt, in der die Funktionssysteme operierten, war in einer Weise konstruiert, die es den teilnehmenden Systemen unmöglich machte, die Politik (respektive die Partei) zu umgehen. Wie sich am Beispiel landwirtschaftlicher Kollektivbetriebe und der Hierarchisierung von Knappheitskommunikation im Bereich der Agrarproduktion zeigen lässt, ging diese Strategie zumindest in begrenztem Maße auch auf. Die Dominanz der Einheitspartei resultierte dabei als eine Art Eigenwert des sowjetischen Regimes: Zum einen schritt sie entsprechend der formalen Hierarchie der Struktur des sowjetischen Regimes voraus, zum anderen verwies jede Operation innerhalb des Regimes mindestens indirekt auf die Einheitspartei und das von ihr etablierte Gesellschaftsprogramm, so dass ihre Position durch den Vollzug von Gesellschaft kontinuierlich bestätigt und gestärkt wurde. Die Partei stellte sicher, dass nichts ohne sie, aber alles mit ihr möglich war.

Die Annahme, dass die Vollinklusion aller Gesellschaftsmitglieder in organisierte Strukturen mehr oder weniger automatisch dazu führte, dass die gesellschaftlichen Funktionssysteme ausgeschaltet wurden und Kommunikation vollständig kontrollierbar wurde, erkennt jedoch das Ausmaß gesellschaftlicher Komplexität, das weiterhin mit im Spiel war. Schließlich war immer noch Gesellschaft (und nicht Organisation!) die Umwelt, mit der die Organisationen umgehen mussten – und dies auch dann, wenn sie unter politischer Kontrolle standen. Diese Feststellung, so lässt sich berechtigt einwenden, ist aus systemtheoretischer Perspektive wenig überraschend und wurde auch an anderen Stellen und in anderen Kontexten bereits getroffen. Interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings die Frage nach den Ansatzpunkten, über die sich widersprüchliche, regimefremde Erwartungsstrukturen innerhalb der sowjetischen Organisationsgesellschaft etablierten.

In dieser Hinsicht bietet das sowjetische Dorf ein instruktives Beispiel: Aufgrund des Unvermögens der lokalen Verwaltungsorgane, die ihnen zugewiesenen Funktionen zu erfüllen, etablierten sich die landwirtschaftlichen Kollektivbetriebe als umfassende Organisationen und die Betriebsleitung als Machtinstantz in den Dörfern. Die formale Hierarchie, an deren Spitze auf allen Ebenen die Partei vorgehen war, verkehrte sich im Dorfkontext in ihr Gegenteil um. Die Kolchosleitung fungierte strukturell als Kommunikationsunterbrechung, die entlang der Hierarchie weder von oben noch von unten ohne weiteres zu durchdringen war. Dies wiederum bewirkte, dass sich die Dörfer innerhalb des Regimes als Kommunikationszusammenhang entkoppeln, schließen und einen begrenzten Grad an Autonomie erlangen konnten. Zwar wäre es vermessen, in diesem Zusammenhang von einem einheitlichen Welthorizont zu sprechen (vgl. dazu Bohn 2005: 53ff), aber zumindest richtete sich die lokale Kommunikation an einem Horizont aus, der sich nicht auf die offiziellen ideologischen Prinzipien reduzieren ließ, sondern deutlich darüber hinaus ging. Die auf diese Weise entstehenden Freiheitsgrade ermöglichten, dass (politisch) organisierte (entdifferenzierte) Kommunikationsformen und – aus der Perspektive des sozialistischen Programms – deviante Erwartungsstrukturen im Dorf nicht nur koexistierten, sondern eng miteinander verzahnt und wechselseitig voneinander abhängig waren. Dabei deutet vieles darauf hin, dass sich derartige Nischen funktionssystemspezifischer Kommunikationsformen nicht nur ungeachtet aller Kontroll- und Organisationsansprüche der politischen Führung Bahn brachen, sondern den Operationsmodus ebenso wie die Reproduktionsfähigkeit der sowjetischen Gesellschaft mitbestimmten.

Zwei solcher Anhaltspunkte für funktionale Differenzierung, auf die meine Argumentation verweist, möchte ich abschließend noch einmal auf den Punkt bringen: Ein *erster* Grund für die Anschlussfähigkeit ideologisch devianter Kommunikationsformen lag zweifellos in der Komplexitätsüberfrachtung des Partei- und Verwaltungsapparats als eine Konsequenz des Versuchs, funktionssystemspezifische Kommunikationsformen unter politische Kontrolle zu bringen und dort zu halten. Die politische Führung erwies sich als unfähig, die entsprechenden Bezugsprobleme, die sich gerade nicht politisch ausschalten lassen, in einer Weise zu bearbeiten, die gesellschaftliche Reproduktion ermöglichte. In der Folge entzog sich die Kommunikation zunehmend den Formalstrukturen des Regimes, um Lösungen in davon abweichenden Formen zu suchen – und das bedeutete: in der Logik der Funktionssysteme. Private Produktion in der Landwirtschaft ist (mit allen genannten Einschränkungen) ein Beispiel für diesen Mechanismus. Aber auch andere Bereiche der sogenannten sowjetischen Schattenwirtschaft (ausführlich dazu Simis 1982; auch Ericson 2006; Grossman 1977, 1981) oder die verschiedenen Formen von Untergrundkunst (wie beispielsweise das sogenannte »samizdat« [wörtl.: Selbstverlag], ein weitläufiges System für die Verbreitung regimekritischer Literatur, vgl.

z.B. Joo 2004; Komaromi 2004) sind Evidenz dafür, dass sich funktionssystem-spezifische Kommunikationsformen in von der Politik unbeobachteten oder still-schweigend akzeptierten Nischen herausbildeten, nach eigenen Maßgaben reproduzierten und Anschlussfähigkeit generierten.

Ein *zweiter* Anhaltspunkt für widersprüchliche Strukturen innerhalb des sowjetischen Regimes, der in meiner Darstellung nur am Rande tangiert wurde, ging von den Strukturen der Weltgesellschaft aus: Ungeachtet aller Konfrontationsrhetorik gegenüber dem ›Westen‹ war das sozialistische Programm ohne ständig mitlaufenden Verweis auf die Weltgesellschaft kaum denkbar, denn letztlich vollzog sich die durch das Programm induzierte Entkopplung und Abgrenzung immer auch im Modus der Konkurrenz im Horizont der Weltgesellschaft. Komplementär dazu baute sich im Inneren des Regimes Erfolgsdruck auf: »The Soviet Union was ostensibly committed to increasing production, to churning out all those tractors, all that pig iron, and to ›catching up and surpassing‹ the West in the economic sphere« (Clark 2011: 9). Massenkollektivierung und die Etablierung industrieller Produktionsformen in der Landwirtschaft zielten vor diesem Hintergrund immer auch darauf, die Überlegenheit der Sowjetunion gegenüber der restlichen (kapitalistischen) Welt zur Schau zu stellen. Einem vergleichbaren Erfolgsdruck war nicht nur die Wirtschaft ausgesetzt, sondern auch der sowjetische Sport, die sowjetische Wissenschaft und andere. Um die vermeintliche eigene Überlegenheit nachzuweisen, war die Teilnahme – und damit Adressierbarkeit – in weltgesellschaftlichen Kommunikationskontexten unumgänglich. Diese Form globaler Anschlussfähigkeit war wiederum nur zu generieren, indem man sich auf die Logik von Funktionssystemen als einer zentralen Eigenstruktur der Weltgesellschaft (Stichweh 2006: 241ff) einstellte. In dieser Hinsicht wurden beispielsweise in den sowjetischen Natur- und Ingenieurwissenschaften nicht nur international sichtbare Erfolge erzielt, sondern beide waren auch in Kommunikationszusammenhänge außerhalb der Grenzen des sowjetischen Regimes eingebunden (beispielsweise in Form von Zitationen oder der Teilnahme an Konferenzen).<sup>61</sup> Die entsprechenden Wissenschaftlerinnen und Wissen-

---

61 In den Sozialwissenschaften als ideologisch hochsensibles Unterfangen, um ein Gegenbeispiel zu nennen, griff das sozialistische Programm hingegen explizit auf die Codeebene der Kommunikation durch, indem wissenschaftliche Anschlussfähigkeit an ideologische Konformität gekoppelt wurde (zur Frage der Autonomie der sowjetischen und postsowjetischen [russischen] Soziologie vgl. Bikbov 2005). In diesem Sinne forderte der »Berufskodex des Soziologen« beispielsweise »das Prinzip der Parteilichkeit der Wissenschaft« ebenso ein wie »einen klaren Klassenstandpunkt« ihrer Vertreterinnen und Vertreter (Sovetskaja sociologiceskaja asociacija [Sowjetischer Soziologenverband] 1989 [1988]). Die anerkanntesten Soziologinnen und Soziologen hatten Positionen sowohl im Sowjetischen Soziologenverband als auch in der Einheitspartei inne, »was in

schaftler schützte dies regimeintern allerdings nicht vor politischer Verfolgung (Graham 1994: 173ff). Ähnliche Beispiele lassen sich auch für andere Funktionssysteme finden, wie beispielsweise den Sport, wo sowjetische Athletinnen und Athleten in vielen Disziplinen zur Weltspitze gehörten, oder – mit Einschränkungen – auch für die Kunst.

Die katalysatorische Wirkung in Richtung funktionaler Differenzierung, die sowohl von den funktionalen Defiziten als auch von der Weltgesellschaft als Horizont sowjetischer Selbstbeobachtung ausging, kreierte eine Eigendynamik, die kaum umfassend politisch einzuhegen war, wollte das Regime weder seine eigene Stabilität noch seine Position in der Weltgesellschaft aufs Spiel setzen. Stattdessen endeten die Reaktionsmöglichkeiten der politischen Führung in der Regel mit der nachträglichen Korrektur der Symptome,<sup>62</sup> wie beispielsweise dem Absetzen einzelner Personen von entscheidenden Stellen in der Organisationshierarchie oder der Verhaftung und damit Exklusion einzelner Personen aus bestimmten Kommunikationszusammenhängen.<sup>63</sup> Darüber hinaus konnte lediglich versucht werden, ideologische Semantiken an offensichtliche Strukturen anzupassen (wie das Beispiel der Hoflandwirtschaften zeigt) – *nota bene* nicht andersherum –, wobei für die politische Führung allerdings stets das Risiko mitschwang, sich zunehmend in Paradoxien zu verstricken.

---

entscheidender Weise die thematischen und theoretischen Prioritäten der sowjetischen Soziologie bestimmte« (Bikbov 2005: 314). Derartige explizite Politisierungen leisteten wiederum einer fast hermetischen Schließung der entsprechenden Kommunikationszusammenhänge gegenüber dem nicht-sozialistischen Ausland Vorschub.

- 62 Die Intensität solcher Eingriffe variierte dabei nicht nur über verschiedene gesellschaftliche Bereiche hinweg, sondern auch in der Zeitdimension: Dies zeigen Beispiele wie die wechselvolle Politik gegenüber den Hoflandwirtschaften (vgl. Wegren 1998: Kap. 2), aber auch generelle Tendenzen wie der Kontrast zwischen dem strikten Regime unter Stalin und der sogenannten Tauwetterperiode unter Chruschtschow, als über alle gesellschaftlichen Bereiche hinweg, vor allem aber in der Kunst, ein temporärer Rückzug des Programms auf die Inhaltsebene zu beobachten war (vgl. Sakwa 1998: 55f).
- 63 Um Missverständnissen vorzubeugen: Die Zwangsmaßnahmen, die von der politischen Führung ausgingen und sich gegen einzelne Personen oder Personengruppen richteten, nahmen zum Teil drastische Ausmaße an, die durch die hier gewählte Form der Analyse und Darstellung keinesfalls verharmlost werden sollen.